

# BESCHLUSSBUCH ZUR LDK 1.22

23. - 24. April 2022 im Refugio Neukölln



 **JUSOS  
BERLIN**

# Inhalt

---

Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	3
Anträge .....	6
Antragsbereich A: Arbeitsprogramm .....	7
A1_1/22 Landesarbeitsprogramm 2022 - 2024 .....	7
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung .....	30
B1_1/22 Sichere Perspektiven schaffen! – Studierende auf der Flucht.....	30
B2_1/22 Die Wiederherstellung der Parität in der Schulkonferenz an Berliner Schulen .....	36
B3_1/22 Politische Bildung als allgemeiner Teil der Lehrkräfteausbildung .....	37
B6_1/22 Angleichung der Abschlüsse von Sozialpädagog*innen .....	38
B7_1/22 Gegen Kinderarbeit im Internet! .....	39
Antragsbereich E: Europa und Internationales .....	42
E2_1/22 Die Fehler von 1992 auf dem Westbalkan nicht wiederholen – Putin, hands off Bosnia .....	42
E3_1/22 Für eine Rückgabe von kolonialer Raubkunst.....	44
E5_1/22 Klare Kante gegen Angriffskriege – Kriegstreiber aus der SPD .....	45
Antragsbereich G: Gesundheit und Pflege .....	47
G4_1/22 Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus! .....	47
Antragsbereich I: Inneres und Demokratie .....	53
I1_1/22 Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei! .....	53
I3_1/22 Pressefreiheit auf Demonstrationen schützen .....	55
I4_1/22 Freiheiten anerkennen und das Neutralitätsgesetz abschaffen! .....	57
I6_1/22 Hass auf Telegram – Geltendes Recht auch online durchsetzen.....	59
I7_1/22 Platzverweis für Menschen ohne Obdach – Verdrängung aus dem öffentlichen Raum verhindern .....	62
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform .....	64
O1_1/22 Projektgruppe „neue Sicherheitsarchitektur für Europa“ .....	64
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität .....	65
V1_1/22 Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für die Mobilitätswende in Berlin! .....	65
V2_1/22 Sanieren statt Abriss und Neubau .....	76

V3_1/22	Transparenz und Ernsthaftigkeit – „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ darf nicht verschleppt werden! .....	78
Antragsbereich W: Wirtschaft, Steuern und Finanzen.....		80
W1_1/22	Erben für alle – Für ein Gesellschaftserbe.....	80
W2_1/22	Kein Geld für umweltschädliche Technologien! Erdgas und Atom gehören nicht in die EU-Taxonomie! .....	85
Initiativanträge (Ini):.....		87
Ini1_1/22	Keine weitere Planung für den 17. Bauabschnitt der A100.....	87

# Vorschlag zur Geschäftsordnung

---

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist\*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner\*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je antragstellender Gliederung müssen die Anträge zu mindestens 40 Prozent von Frauen\* eingebracht werden. Zu Beginn der Landesdelegiertenkonferenz melden die antragstellenden Gliederungen dem Präsidium die Personen, welche Anträge einbringen werden. Das Präsidium überprüft die Quotierung. Wird diese nicht erreicht, erklären die antragstellenden Gliederungen, für welche Anträge sie auf die mündliche Einbringung verzichten, um die Quotierung zu erreichen. Diese Regelung findet keine Anwendung, wenn eine antragstellende Gliederung nur einen einzelnen Antrag stellt. Änderungs- und Initiativanträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Das Ziel bleibt ein 50-prozentiger Redeanteil von Frauen\*.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Frauen\*, Männern\* und divers identifizierten Personen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei Geschlechter dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip. Zu der Redeliste zählt bereits die

Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein einzelner Redebeitrag zur Erwiderung auch dann möglich, wenn keine weitere Frau\* mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.

9. Wenn keine Frauen\* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen\* melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der\*dem oder den Antragsteller\*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.
12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (31.03.2022) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 23. April 2022, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 23. April 2022, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die\*der Antragsteller\*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (18.04.2022, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der\*dem Antragsteller\*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind

in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.

15. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter\*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen\* ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen\* in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskonferenz zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen\* sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

# Anträge

---

## Antragsbereich A: Arbeitsprogramm

Antrag A1\_1/22

---

**Antragssteller\*innen:** Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

# A1\_1/22 Landesarbeitsprogramm 2022 - 2024

## Selbstverständnis und Grundwerte:

Wir Jusos Berlin sind als sozialistischer, internationalistischer, antirassistischer, antifaschistischer und feministischer Richtungsverband Teil der Sozialdemokratie und Teil der gesellschaftlichen Linken. Unser Ziel ist die Gesellschaft der Freien und Gleichen - ohne jede Form von Unterdrückung und Menschenfeindlichkeit. Diese Gesellschaft wünschen wir uns für unsere Stadt Berlin, die Zentrum unseres politischen Handelns steht und in der jede\*r selbstbestimmt und frei von Ängsten leben können soll.

Wir stellen uns in der Tradition der Arbeiter\*innenbewegung gegen jede Form der Ausbeutung. Dass einige Menschen von der geleisteten Arbeit anderer oder dem geerbten Vermögen leben können und die Mehrheit spiegelbildlich ausgebeutet und in Armut lebt, bleibt zentrale Ungerechtigkeit unserer Gesellschaft. Daher wollen wir den Systemwandel: Der Kapitalismus muss überwunden, alle Lebensbereiche müssen demokratisiert werden. Unsere Vision ist ein sozialistisches Wirtschaften, in dem die Produktion in der Hand der Gesellschaft ist und der erwirtschaftete Mehrwert ihr zugutekommt.

Als internationalistischer Verband und Teil von IUSY (International Union of Socialist Youth) und YES (Young European Socialists) solidarisieren wir uns mit demokratischen Sozialist\*innen weltweit. Die Herausforderungen unserer Zeit, wie globale Ausbeutungsstrukturen, Klimawandel und Kriege können nur grenzüberschreitend und solidarisch gelöst werden. Menschen die nach Berlin kommen, egal ob sie vor Krieg, Unterdrückung oder Armut fliehen, oder ob sie einfach gerne hier leben möchten, heißen wir willkommen.

Wir stellen uns gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Das bedeutet für uns, dass wir auf strukturellen Rassismus in Staat und Gesellschaft hinweisen und Wege finden, ihn zu bekämpfen. Es bedeutet auch, dass wir als mehrheitlich weiß geprägter Verband anerkennen, dass auch unsere Strukturen von rassistischen Mustern geprägt sind und sich folglich ändern müssen. Für uns gilt so wie für die Gesellschaft: Weiße Menschen müssen Privilegien abgeben und BIPOC müssen empowert werden, sich ihren Teil vom Kuchen zu nehmen.

Wir Jusos sind seit unserer Gründung überzeugte Antifaschist\*innen. Wo auch immer wir mit neofaschistischen Bewegungen, Parteien oder Ideologien konfrontiert sind, stellen wir uns dieser entgegen - durch unsere Bildungsarbeit, auf Demos oder sozialen Plattformen. Seit der Coronapandemie vereinen sich Nazis mit Coronaleugner\*innen und Schwurbler\*innen und

31 unterstützen ihre sexistischen, rassistischen, antisemitischen und demokrartiefeindlichen Programme  
32 gegenseitig. Für uns ist klar: Niemand muss mit Nazis laufen - kein Fußbreit dem rechten Pack!

33 Unser Feminismus ist divers und intersektional. Wir setzen uns für die Gleichstellung aller Geschlechter  
34 ein und sind uns dabei darüber bewusst, dass die unterschiedlichen Diskriminierungsformen – wie  
35 Sexismus, Rassismus, Ableismus, Queer- und Transfeindlichkeit sowie Klassismus - zusammenwirken.  
36 Wir stehen für die Überwindung patriarchaler und heteronormativer Strukturen ein - im eigenen  
37 Verband und darüber hinaus. An der Seite der queeren Community in unserer Stadt engagieren wir  
38 uns gegen Queer- und Transfeindlichkeit.

### 39 **Verortung der Jusos Berlin**

40 Wir wollen auch weiterhin als Jusos Berlin innerhalb des Bundesverbandes sichtbar auftreten und  
41 Berliner Akzente setzen. Wir verstehen uns als eigenständiger und kritischer Verband innerhalb der  
42 SPD und als treibende Kraft innerhalb der Parteilinken. Unser Verhältnis zur SPD ist eines der kritischen  
43 Solidarität. Wir arbeiten in der SPD für eine Sozialdemokratie, die im eigenen Regierungshandeln und  
44 im Wahlkampf für solidarische, sozialistische Positionen einsteht und diese durchsetzt. Wir üben aber  
45 auch öffentlich Kritik und schaffen unseren Forderungen Gehör, wenn die SPD vom richtigen Pfad  
46 abkommt. Dabei scheuen wir uns nicht davor, selbst für Ämter und Mandate anzutreten und  
47 Verantwortung zu übernehmen.

48 Dass Jusos nach dem Wahljahr 2021 in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten sind und wir auch im  
49 Abgeordnetenhaus mehrere Jusos haben und zahlreichen Bezirksverordnetenversammlungen viele  
50 Jusos als Mitglieder und ihren Ausschüssen als Bürgerinnendeputierte angehören, stellt den Verband  
51 vor neue Chancen und Herausforderungen. Wir haben die Möglichkeit, die Debatten, die wir seit  
52 Jahren in unseren Strukturen führen, auf die größte politische Bühne des Landes zu tragen und sie so  
53 zu gesamtgesellschaftlichen Debatten zu machen. Die Herausforderung für uns als Verband ist, dass  
54 wir unsere Eigenständigkeit, unsere solidarisch-kritische Grundhaltung zur SPD und zur Politik ihrer  
55 Parlamentarier\*innen beibehalten und inhaltlicher Motor der Partei sowie der Bewegung bleiben. Wir  
56 wollen eine breite Debatte in unserem Verband darüber führen, wie wir dieser Doppelrolle gerecht  
57 werden können und was wir ändern müssen, um nicht Gefahr zu laufen, uns zu einer reinen SPD-  
58 Nachwuchsorganisation zu entwickeln.

59 Mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie verstehen wir uns als Teil der gesellschaftlichen Linken. Unter  
60 dem Begriff Doppelstrategie verstehen wir die Zusammenarbeit sowohl mit der SPD als auch mit  
61 unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Einerseits wollen wir in der SPD agieren und durch die  
62 Besetzung wichtiger Positionen, die inhaltliche Mitgestaltung und die aktive Einbringung in Debatten  
63 innerhalb der Partei möglichst viel Rückhalt für unsere Positionen erzielen. Andererseits sehen wir es  
64 als wichtig an, in gesellschaftlichen Bewegungen wie z.B. antifaschistischen, migrantischen und  
65 postmigrantischen Gruppen, Umweltbewegungen oder bei Netzaktivist\*innen und  
66 Gewerkschaftsjugenden präsent zu sein und für gemeinsame inhaltliche Positionen in unserer  
67 Mutterpartei zu werben. Wir setzen uns für eine lebendige, enge und langfristige Zusammenarbeit mit  
68 den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein.

## 69 **Post-Corona-Programm:**

### 70 **Gesundheit**

71 Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wo die größten Schwachstellen in unserem Gesundheitswesen  
72 liegen und die Notwendigkeit für einen grundlegenden gesundheitspolitischen Wandel noch einmal  
73 unterstrichen.

74 In der Pandemie hat sich noch einmal bewiesen, dass unser Gesundheitssystem ein fundamentaler  
75 Bestandteil unserer Daseinsvorsorge ist und kein kapitalistisches Spekulationsobjekt sein darf. In  
76 unserem Gesundheitswesen besteht ein massiver Personalmangel, den die Pandemie noch einmal  
77 verstärkt hat. Der Hauptgrund für den Personalmangel ist die Profitorientierung des  
78 Gesundheitswesens gepaart mit den daraus folgenden Arbeitsbedingungen, die eine  
79 patient\*innengerechte Versorgung größtenteils unmöglich machen. Trotz Schichtarbeit und einer  
80 enormen psychischen und physischen Arbeitsbelastung, werden Pflegeberufe nicht ausreichend gut  
81 bezahlt. Wir wollen uns weiterhin damit beschäftigen, wie ein soziales und stärker am Gemeinwohl  
82 ausgerichtetes Gesundheitssystem aussehen kann und wie dieses die genannten Beispiele und weitere  
83 Probleme beheben kann. Wir werden uns für konkrete Verbesserung in den Pflegeberufen einsetzen.  
84 Dazu werden wir mit Betriebsräten, Gewerkschaften, Berufsverbänden und Bündnissen in der Pflege  
85 zusammenarbeiten. Dies gilt insbesondere für die betriebliche Mitbestimmung.

86 Die Corona-Krise hat noch weiter verdeutlicht, dass unsere Gesundheitsversorgung und unsere  
87 Gesellschaft insgesamt auf patriarchalen Strukturen basiert. Ein Beispiel dafür ist, dass bezahlte und  
88 unbezahlte Care-Arbeit (beispielsweise Arbeiten im Haushalt, Kindererziehung, Pflege) weiterhin zum  
89 Großteil von Frauen ausgeführt wird. Das hat sich im unbezahlten Bereich während der Pandemie  
90 drastisch gesteigert. FINTA-Personen (cis Frauen, Inter- und non-binäre Personen sowie trans\* Frauen  
91 und Agender-Personen), Menschen mit Behinderung und von Rassismus betroffene Menschen sind  
92 durch meist geringeres Einkommen und Diskriminierung im Gesundheitswesen im Zugang zu  
93 Gesundheitsleistungen, Versorgungsplätzen und Fachbehandlungen eingeschränkt. Daher wollen wir  
94 uns damit beschäftigen, wie eine feministische Gesundheitsversorgung ausgestaltet werden kann.

95 Außerdem werden wir uns mit Long Covid und dessen Auswirkungen auf die Betroffenen beschäftigen.  
96 Wir werden uns darüber informieren, welche Auswirkungen die Erkrankung gerade auf jüngere  
97 Menschen hat und basierend auf diesen Erkenntnissen ein Konzept für den politischen Umgang mit  
98 Long Covid erarbeiten. In diesem Rahmen werden wir uns auch mit Therapieberufen im  
99 Gesundheitswesen beschäftigen und uns über die Vorteile und positiven Auswirkungen  
100 interdisziplinärer Behandlungen informieren.

### 101 **Mentale Gesundheit: Kein Tabu, sondern selbstverständlich!**

102 Isolation, Existenzängste und Perspektivlosigkeit – die Pandemie hat massive Auswirkungen auf die  
103 psychische Gesundheit von uns allen. Erste Studien zeigen: Nicht nur die Anzahl an psychischen  
104 Erkrankten hat während der Pandemie enorm zugenommen, sondern auch die Schwere der  
105 Erkrankungen. Gerade für junge Menschen haben die Einschränkung des öffentlichen Lebens starke  
106 psychische Belastungen mit sich gebracht.

107 Psychische Erkrankungen sind immer noch Tabu-Thema in unserer Gesellschaft. Besonders in der  
108 Politik ist das Thema mentale Gesundheit chronisch unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern! Wir  
109 Jusos Berlin wollen das Thema auf die politische und gesellschaftliche Tagesordnung bringen, denn so  
110 lange sich die Politik nicht der Aufgabe annimmt, werden Betroffene in unterschiedlichsten  
111 Lebensbereichen wie z.B. der Arbeitswelt strukturell benachteiligt.

112 Wir wollen uns in den nächsten zwei Jahren intensiv damit beschäftigen, wie wir uns eine lückenlose  
113 mentale Gesundheitsversorgung mit ausreichenden Kapazitäten, niedrighschwelligen Angeboten und  
114 kurzen Wartezeiten in unserer Stadt vorstellen. Dabei wollen wir weiterhin an unserer Forderung nach  
115 von deutlich mehr Kassensitzen für Psychotherapeut\*innen und Fachärzt\*innen für Psychiatrie und  
116 Psychotherapie festhalten. Aufklärung, Prävention und Entstigmatisierung retten Leben: Wir wollen  
117 uns Konzepte überlegen, wie man psychische Gesundheit und psychische Überlastung in  
118 verschiedenen Lebenswelten stärker thematisieren kann.

119 Wir wollen den Blick auch auf unseren Verband richten: Die ehrenamtliche Arbeit im Bereich Politik  
120 bietet oft selbst keine optimalen Voraussetzungen, die die mentale Gesundheit fördern oder  
121 zumindest nicht gefährden. Neben Lohnarbeit, Studium, Ausbildung oder Schule investieren wir oft  
122 viel Zeit, Arbeit und Energie in unsere Herzensprojekte, sodass vieles andere, das auch wichtig ist, in  
123 den Hintergrund gerät. Dann laufen wir Gefahr, die gesunde Balance zwischen unseren  
124 Lebensbereichen und vielleicht auch den Spaß am Ehrenamt zu verlieren. Wir Jusos Berlin wollen uns  
125 deshalb zu gesunden Arbeitsmechanismen im politischen Ehrenamt weiterbilden und ganz besonders  
126 auf die Vereinbarkeit mit anderen Lebensbereichen achten.

127 Auch in allen anderen Politikfeldern wollen wir unsere Aufmerksamkeit stärker auf das Thema lenken.  
128 Ob in der Bildungspolitik, Migrationspolitik, Queerpolitik, Arbeits- oder Wirtschaftspolitik –  
129 Mentale Gesundheit muss dringend mitgedacht werden. Für uns Jusos Berlin steht fest: Mentale  
130 Gesundheit zählt.

## 131 **Digitalisierung**

132 Die Digitalisierung hat in den letzten Jahrzehnten jeden Bereich des Lebens schon maßgeblich  
133 verändert und wird dies auch weiterhin zu. Durch die erforderlichen Maßnahmen zur  
134 Pandemiebekämpfung in den letzten zwei Jahren wurde die Beschleunigung der Digitalisierung in der  
135 Bildungs- und Arbeitswelt in Deutschland nochmal verschärft. Die Auswirkung dieser Entwicklungen  
136 wollen wir so gestalten, dass wir unserem Ziel des Demokratischen Sozialismus näher kommen. Dazu  
137 gehören kleine wie große Schritte.

138 Im Zuge der Pandemie wurden nicht nur Schüler\*innen ins Home-Schooling geschickt, sondern viele  
139 Arbeitnehmer\*innen konnten und mussten durch die Home-Office-Pflicht ihre Arbeit von zuhause aus  
140 verrichten. Für den Gesundheitsschutz war dies durchaus notwendig. Auf Bundesebene gibt es bereits  
141 Pläne, dieses Recht auf Home Office auch nach der Pandemie beizubehalten. Mit dem Home Office  
142 geht oftmals eine Flexibilisierung der Arbeit einher, wie flexiblere Arbeitszeiten. Allerdings kann dies  
143 auch zu einer Entgrenzung zwischen der Arbeitswelt und des Privatlebens der Arbeitnehmer\*innen  
144 führen. Dies kann zum Beispiel zu mehr Überstunden, Wochenendarbeit und generell zu mehr  
145 Belastung führen. Hinzu kommt, dass es oftmals zu einer extremen Überwachung am Arbeitsplatz im  
146 Home Office gekommen ist, da Arbeitgeber\*innen ihre Arbeitnehmer\*innen auch zuhause  
147 kontrollieren wollten. Dies ist nicht hinnehmbar. Wir befürworten dennoch das Recht auf Home Office

148 und wollen an seiner arbeitnehmer\*innenfreundlichen Umsetzung arbeiten. So wollen wir Konzepte  
149 von Arbeit mit mehr Flexibilität diskutieren, die zu einer besseren Work-Life-Balance führen. Diese  
150 Konzepte müssen beinhalten, dass die Mitbestimmung von Arbeitnehmer\*innen gesichert bleibt,  
151 Arbeitsplätze geschützt werden, die Privatsphäre der Arbeitnehmer\*innen geachtet wird sowie das  
152 Recht auf den Arbeitsplatz trotz Homeoffice-Möglichkeit bleibt. Der Entgrenzung der Arbeitswelt muss  
153 dabei Einhalt geboten werden.

154 Große Digitalkonzerne wie Facebook, Google oder Amazon stellen immer mehr eine Gefahr für den  
155 sozialen Frieden und die Demokratie unserer Gesellschaft dar. Ihre Marktmacht ist mittlerweile  
156 weltumspannend und führt dazu, dass sie sich aussuchen können, an welche Regeln sie sich halten und  
157 an welchem Ort sie Steuern zahlen. Immer mehr digitale Dienste und Produkte dieser wenigen  
158 Konzerne werden genutzt und weisen häufig einen fehlenden Datenschutz und Datensicherheit,  
159 diskriminierende und klassifizierende Künstliche Intelligenz (KI)-Systeme unter ausbeuterische  
160 Arbeitsbedingungen auf. Es zeigt sich, dass die derzeitigen Regulierungsmaßnahmen nicht ausreichen,  
161 um die Macht der großen Digitalkonzerne zu brechen und diese Monopole zu entflechten. Wir  
162 möchten weiterhin an unseren Konzepten zur Demokratisierung des digitalen Raumes und der  
163 Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung in Digitalunternehmen arbeiten. Mit Bedeutung und  
164 Einfluss neuer digitaler Finanz- und Vermögensdienstleistern, wollen wir uns ebenfalls beschäftigen.  
165 Der digitale Überwachungskapitalismus darf nicht zum vorherrschenden Gesellschaftssystem werden!  
166 Wir setzen uns dafür ein, dass die individuelle Freiheit, Privatsphäre sowie der Besitz an den eigenen  
167 Daten als Grundlage für staatliche und nicht-staatliche Angebote im digitalen Raum gelten.

## 168 **Bildungssystem updaten**

### 169 **Gute Kitas – gute Zukunft**

170 Wir als Jusos denken Bildung ganzheitlich von Kindertagesstätten, über Schulen, Berufsschulen,  
171 Studium und lebenslangem Lernen. Dabei legen Kitas den Grundstein für das spätere Leben und hier  
172 beginnen auch die Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen und Chancenungleichheiten, welche sich  
173 dann durch das gesamte Leben ziehen. Diese wollen wir konsequent bekämpfen und uns deshalb  
174 ausführlicher mit der Kitalandschaft in Berlin auseinandersetzen. So werden wir uns in den  
175 kommenden Jahren mit den Erzieher\*innen vernetzen und uns gemeinsam für bessere  
176 Arbeitsbedingungen einsetzen. Zudem wollen wir auch mit Auszubildenden und Studierenden  
177 Lösungen für den Erzieher\*innen-Mangel finden. Auch wollen wir Wege erarbeiten, wie wir die  
178 Früherziehung wieder in staatliche Hand bringen und das Recht auf einen Kitaplatz praktisch,  
179 personell und räumlich umsetzen können.

### 180 **Zukunftsperspektive Schule**

181 Für uns ist gute Bildung eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Denn nur durch  
182 gute, lebenslange Bildung können wir dafür sorgen, dass die Menschen mit bereits existierenden und  
183 zukünftig auftretenden Herausforderungen umgehen sowie Probleme selbstständig lösen können. Die  
184 Bildung im Hier und Jetzt hat also erhebliche Auswirkungen darauf, wie zukünftige Generationen  
185 gesellschaftliche Krisen meistern und die Gesellschaft als Ganzes verändern. Die Pandemie hat einen  
186 wunden Punkt offen gelegt, den wir Jusos immer schon angemerkt haben: Unser Bildungssystem  
187 bereitet junge Generationen nicht angemessen auf ihre Zukunft vor. Wir denken Bildung aus Sicht der  
188 Schüler\*innen und setzen uns für eine zeitgemäße Bildung an allen Schulformen ein.

189 Als Jusos Berlin wollen wir Konzepte erarbeiten, vorhandene Selektionsmechanismen abzubauen,  
190 Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu fördern, den Bildungserfolg vom  
191 familiären Hintergrund zu entkoppeln und den Gedanken einer Bildung für alle fortzusetzen. Unser Ziel  
192 der Gemeinschaftsschule als Regelschule wollen wir im engen Austausch mit Mitstreiter\*innen – im  
193 und abseits des Parlaments – verfolgen. Uns ist es wichtig, dass alle Lernenden entlang ihrer  
194 Fähigkeiten und Bedürfnisse gefördert werden. Außerdem wollen wir einen stärkeren Fokus auf die  
195 berufliche Bildung und Vernetzung mit Jugendberufsagenturen legen.

## 196 **Lehren aus der Pandemie für die Bildung Berlins**

197 Während der Corona-Pandemie kam es immer wieder zu Schulschließungen. Während dieser Zeiten  
198 wurden die Schüler\*innen im Homeschooling, das heißt zu Hause, digital unterrichtet. Dies verschärfte  
199 bestehende Ungleichheiten. Nicht alle hatten einen eigenen Schreibtisch, einen ruhigen und sicheren  
200 Ort zum Lernen oder die notwendige Ausstattung an digitalen Endgeräten mit entsprechender  
201 Software. Ebenso hatten nicht alle eine ausreichende Internetverbindung. Diese Ungleichheiten in der  
202 digitalen Bildung wollen wir konsequent angehen. Unser Ziel bleibt, dass alle Schüler\*innen Zugang zu  
203 digitalen Endgeräten, kostenloser Software und dem Internet haben. Insbesondere von Armut  
204 betroffene Haushalte müssen wir dabei unterstützen. Die Zeit des Homeschooling hat auch gezeigt,  
205 dass reguläre Lehrkräfte sich nicht noch zusätzlich zu ihren Aufgaben um den technischen Support  
206 kümmern können. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass ausreichend neue sowie feste Stellen im  
207 Bereich des technischen Supports in Schulen geschaffen werden. Zudem wollen wir uns Möglichkeiten  
208 überlegen, wie Lehrer\*innen in der Ausbildung, aber auch danach, im Bereich der Digitalisierung  
209 weitergebildet werden können.

210 Um die richtigen Lehren aus über zwei Jahren Pandemie zu ziehen und konkrete Maßnahmen zur  
211 Verbesserung der aktuellen Situation zu erarbeiten, werden wir uns aktiv mit Bündnispartner\*innen  
212 austauschen, um die im Rahmen des Basiskongresses 2021 begonnene Vernetzung fortzuführen.  
213 Konkret wollen wir über die gemachten Erfahrungen diskutieren und Wege aufzeigen, wie mit den  
214 durch Corona entstandenen Lernlücken umgegangen werden muss. Zweifelsohne hat sich Schule in  
215 den zwei Jahren verändert. Gute Konzepte, wie das selbstständige und digitale Arbeiten, wollen wir  
216 beibehalten. Wir wollen das Recht auf Bildung updaten, hin zu einem Recht auf zeitgemäße Bildung.  
217 Das heißt auch, dass wir uns dafür einsetzen wollen, dass jede\*r Schüler\*in einen Zugang zum Internet  
218 garantiert bekommt.

219 Zeitgemäße Bildung heißt für uns neben einer effektiven Nutzung von analogem und digitalem Lernen  
220 auch, dass wir zwischen allgemeinbildender und berufsbildender Schule und Ausbildung und Studium  
221 weniger unterscheiden wollen und diese Bereiche sinnvoll weiter vernetzen wollen. Dazu setzen wir  
222 uns für mehr Zusammenarbeit allgemeinbildender und berufsbildender Schulen ein, insbesondere im  
223 Bereich der Berufsorientierung.

224 Wir werden uns dem Thema „Gesunde Schule/ mentale Gesundheit in der Schule“ widmen und für  
225 eine Ausweitung der Präventions-, Aufklärungs-, Sozial- und Stressbewältigungsarbeit einsetzen.  
226 Außerdem setzen wir uns für eine breitere Verankerung von Demokratieförderung, Antirassismus,  
227 Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den Lerninhalten ein. Im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine wollen  
228 wir auch die Integration Geflüchteter begleiten und für deren Aufnahme in Regelklassen einsetzen.

## 229 **Ausbildung unterstützen**

230 Wir Jusos setzen uns für die Interessen von Auszubildenden ein und wollen nicht nur die  
231 Ausbildungsbedingungen und -qualität stetig verbessern, sondern Auszubildende spürbar entlasten.  
232 Die Corona-Pandemie hat diese Gruppe mit am stärksten getroffen: Viele Auszubildende konnten ihre  
233 Ausbildung aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht beginnen. Vielerorts mussten sie  
234 in Kurzarbeit oder konnten ihre praktischen Anteile im Betrieb nicht wie geplant stattfinden lassen.  
235 Der Wechsel- oder gar ausgefallene Unterricht führte zudem dazu, dass prüfungsrelevante Inhalte  
236 nicht vermittelt wurden. Insgesamt sank die Übernahmequote im Jahr 2020 und nicht wenige  
237 Auszubildende blicken mit Sorge in die Zukunft. Wir Jusos nehmen das nicht hin und werden  
238 zusammen mit den Auszubildenden, Berufsschulvertreter\*innen, Jugendausbildungsververtretungen und  
239 Gewerkschaften die Ausbildungsbedingungen beleuchten und uns für eine Qualitätsoffensive in der  
240 Ausbildung einsetzen. Ganz besonders wollen wir dabei die Berufsschulen und die schulische  
241 Ausbildung in den Blick nehmen. Außerdem wollen wir uns in den kommenden zwei Jahren mit  
242 flexiblen Ausbildungsmodellen und der finanziellen Unterstützung von Auszubildenden  
243 auseinandersetzen. Anknüpfend an die im Koalitionsvertrag beschlossene Ausbildungsgarantie wollen  
244 wir Wege für eine Arbeitsplatzgarantie erarbeiten. Unsere Ideen zur Stärkung der Ausbildung wollen  
245 wir auch in einer Kampagne an Berufsschulen und Oberstufenzentren mit Auszubildenden diskutieren.

246 Für die Mobilität wollen wir eine Angleichung von Azubi-Ticket und Studi-Ticket prüfen, die sich bislang  
247 noch preislich und nach Reichweite unterscheiden. Außerdem treten wir für mehr Wohnraum für  
248 Studierende und Azubis in Berlin ein und stehen gemeinsamen Wohnheimen offen gegenüber.

## 249 **Wirtschaft und Arbeit**

250 Über zwei Jahre Pandemie haben zu einem starken Anstieg der Ungleichheiten in Deutschland geführt.  
251 So ist zum Beispiel die Schere zwischen Arm und Reich noch größer geworden, da es vor allem die  
252 unteren Einkommenschichten waren, die in Kurzarbeit geschickt oder arbeitslos wurden. Einkommen  
253 und Vermögen sind in Deutschland so ungleich verteilt, wie zuletzt vor dem ersten Weltkrieg - auch in  
254 Berlin. Wir werden uns in den nächsten zwei Jahren dafür einsetzen, dass die Datengrundlage hierfür  
255 verbessert wird, um hohe Einkommen und Vermögen in Berlin aufzuspüren und die Ungleichheit  
256 nachhaltig abzubauen.

257 Von den Auswirkungen der Pandemie sind überdurchschnittlich junge Menschen betroffen. Viele  
258 klassische Studi-Jobs wie in der Gastronomie und im Berliner Tourismus sind plötzlich weggefallen.  
259 Während das Kurzarbeitssystem dafür gesorgt hat, dass gesicherte Arbeitsplätze erhalten blieben,  
260 wurden indes massiv Auszubildendenstellen durch Unternehmen abgebaut, in der Hoffnung, Kosten  
261 senken zu können. Gerade in Berlin als Studierenden- und Auszubildendenstadt, in die jedes Jahr viele  
262 junge Menschen fürs Studium oder die Ausbildungen hinzuziehen, sind diese Herausforderungen sehr  
263 präsent. In den nächsten zwei Jahren wollen wir uns intensiv damit beschäftigen, wie sich die  
264 Berufswelt für junge Menschen durch Corona verändert hat und wie wir jungen Menschen einen  
265 gerechten, gut bezahlten und einfachen Berufseinstieg in unserer Stadt ermöglichen können.

266 Besonders deutlich gezeigt hat sich auch: In der Gesellschaft braucht es ein neues Verständnis von  
267 Arbeit in der Daseinsvorsorge. Das kapitalistische System dahinter muss aufgebrochen werden und der  
268 reine Fokus auf Profite und Wirtschaftlichkeit ein Ende haben. Nach diesem Prinzip müssen die  
269 Arbeitsverhältnisse im systemrelevanten Bereich neu strukturiert werden. Wir wollen, dass Berlin bei  
270 dieser Entwicklung voranschreitet. Deshalb wollen wir uns in den nächsten Jahren insbesondere mit  
271 den Arbeitsbedingungen von Menschen in der Berliner Daseinsvorsorge auseinandersetzen und

272 gemeinsam mit unseren gewerkschaftlichen Partner\*innen u.a. Lösungen zur Aufwertung dieser  
273 Berufe entwickeln.

## 274 **Stadtentwicklung und öffentliche Räume**

275 Die Stadt und ihre Räume sollen sich so weiterentwickeln, dass wieder mehr der Mensch und die  
276 Aufenthaltsqualität im Mittelpunkt stehen.

### 277 **Mobilität für alle**

278 Wir wissen, dass der motorisierte Individualverkehr in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig ist.  
279 Aufgrund der pandemiebedingten Abnahme der Nutzung des ÖPNV wollen wir Menschen wieder vom  
280 ÖPNV überzeugen. Dies wollen wir unter anderem durch den Ausbau von orthogonal, das heißt  
281 senkrecht durch die Stadt verlaufenden Buslinien und flexibleren Haltemöglichkeiten, vor allem in den  
282 Nachtzeiten, erreichen.

283 Zugleich haben die zu Beginn der Pandemie gestarteten Pop-up-Radwege gezeigt, dass wir mehr und  
284 vor allem sichere Fahrradwege brauchen. Und weil wir erkennen, dass es auch künftig große Konflikte  
285 geben wird, wenn Fuß-, Rad-, Auto-, Bus- und Tramverkehr über einen Straßenzug laufen, wollen wir  
286 uns mit der Umsetzung eines berlinweiten, flächendeckenden Fahrradstraßennetzes beschäftigen.  
287 Durch Entflechtung der verschiedenen Fortbewegungsmittel wird der Verkehr entspannter und  
288 sicherer und die Kreuzungsverkehre entschärft. Insgesamt brauchen wir mehr Fahrradstellplätze und  
289 -parkhäuser, insbesondere an Knotenpunkten mit anderen Verkehrsarten. Hierbei wollen wir  
290 besonders auch die Randbezirke nicht vergessen. Fahrradwege dürfen nicht nur innerhalb des Rings  
291 gut funktionieren, sondern müssen in ganz Berlin zugänglich sein.

292 Mobilität und deren Anbieter müssen sich auch mehr vernetzen. Wir wollen, dass die Vernetzung von  
293 verschiedenen Fortbewegungsmitteln einfach und günstig gestaltet wird. Dabei müssen auch  
294 geschlechtsspezifische Unterschiede im Mobilitätsverhalten berücksichtigt werden. Wir treten dafür  
295 ein, dass der Wettbewerb der Mobilitätsangebote nicht zu Lasten des ÖPNV geführt wird, sondern in  
296 allen Bezirken stattfindet und Zubringerfunktionen zum ÖPNV übernimmt. Wir fordern, dass ein  
297 besonderer Fokus auf die Angebote von Mobilität in den Randbezirken gelegt wird. Die ÖPNV-  
298 Anbindung dort muss besser gestaltet werden. Mobilität für alle heißt für uns JUSOS auch, dass im Sinne  
299 der Barrierefreiheit Zugänge zu Angeboten vor Ort und digital einfacher gestaltet werden.

### 300 **Räume für Jugendliche**

301 Die Pandemie hat viele der Aufenthaltsräume für junge Menschen, wie Bars und Jugendzentren, nicht  
302 mehr verfügbar gemacht. Viele von ihnen nutzen, besonders im Sommer, öffentliche Parks, um sich zu  
303 treffen. Beschwerden von Anwohner\*innen oder Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz waren  
304 hierbei Anlass, die Jugendlichen teilweise mit Helikoptereinsatz aus den Parks auszuschließen.

305 Es ist wichtig, dass Jugendliche Orte haben, an welchen sie sich treffen können. Es braucht eine  
306 Gesamtstrategie, die einen einheitlichen Prozess für die jeweiligen Orte formuliert. Dabei sollen  
307 sowohl die Bedürfnisse von Anwohner\*innen, als auch die Sauberkeit und Qualität von Parks und die  
308 Interessen von Jugendlichen ganzheitlich betrachtet und zu einer für alle vertretbaren Lösung geführt  
309 werden. Zudem müssen wir mehr mit Jugendlichen sprechen, um ihre Bedürfnisse zu kennen und diese  
310 dann politisch umzusetzen. Hierzu gehört vor allem, wie öffentliche Räume von jungen Menschen

311 genutzt werden und wie wir diese Nutzung angenehmer für alle gestalten können. Wir Jusos wollen  
312 dafür noch aktiver ansprechbar sein.

### 313 **Vereinsleben stärken**

314 Viele Vereine – gerade im Sport – leiden während der Pandemie nicht nur unter den Ausfällen von  
315 Trainings und Treffen, sondern auch finanziell unter dem Verlust von Mitgliedern. Vereine sind ein  
316 wichtiger Teil der Gesellschaft und des sozialen Lebens und brauchen deshalb Unterstützung. Die  
317 Vereine, die auf Grund von Corona finanzielle Schwierigkeiten haben und hatten, müssen  
318 ausreichende und angemessene Unterstützung erhalten. Wir möchten Strategien entwickeln, mit  
319 denen Vereinen langfristig Planungssicherheit und Finanzierung ermöglicht wird.

### 320 **Clubkultur unterstützen**

321 Wir Jusos wollen zudem die Clubkultur stärken. Sie sind wichtige Orten für Miteinander und  
322 Minderheiten und zugleich auch ein wirtschaftlicher Faktor. Clubs sind durch Corona finanziell  
323 belastet. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Unterstützungen ankommen. Zugleich wollen  
324 wir eine langfristige Strategie zusammen mit den Clubs, der Clubcommission und dem Senat  
325 erarbeiten, wie künftige Corona-Wellen, hohe Inzidenzen, Virusvarianten etc. gemeistert werden. Wir  
326 wollen Sicherheit für Betreiber\*innen und Beschäftigte in den Bereichen schaffen. Zugleich ist es uns  
327 ein Anliegen, Clubs nachhaltig in den Kiezen zu halten und die Clubkultur beispielsweise bei  
328 Nachhaltigkeit mit weiterzuentwickeln.

### 329 **Kulturerleben für alle**

330 Der Museumssonntag ist ein wichtiger Beitrag, der allen Menschen Zugang zu Museen ermöglicht. Wir  
331 setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass der kostenfreie Eintritt in die öffentlichen Museen weiter  
332 ausgeweitet und das ganze Jahr über gelten soll. Darüber hinaus wollen wir uns damit befassen, wie  
333 wir weitere Kultureinrichtungen und Veranstaltungen, wie z.B. Kinos, Konzerte oder Theater, für alle  
334 ohne finanzielle Hürden zugänglich machen können, ohne dabei die Entlohnung der Arbeit der  
335 Kulturschaffenden zu gefährden. Wir wollen, dass Menschen, die Transferleistungen erhalten,  
336 besonders angesprochen werden. Wir werden uns in den kommenden Jahren mit den Auswirkungen  
337 von Einkommen auf gesellschaftliche Teilhabe im kulturellen und sportlichen Bereich  
338 auseinandersetzen. Es müssen Strategien ausgearbeitet werden, die die daraus resultierende soziale  
339 Ungleichheit minimieren.

## 340 **Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

### 341 **Auswirkungen von Coronaprotesten**

342 Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern in ihren Auswirkungen auch  
343 eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Für demokratiegefährdende Akteur\*innen, extreme  
344 und populistische Rechte sowie menschenfeindliche Narrative und Verschwörungsideologien hat sich  
345 durch die Coronakrise und ihre Folgen ein Möglichkeitsfenster geöffnet und Antisemitismus,  
346 Rassismus, sowie Wissenschafts- und Medienfeindlichkeit haben stark zugenommen. Wir stellen uns  
347 diesen Entwicklungen klar entgegen und werden in den kommenden zwei Jahren weiterhin für eine  
348 rassismusfreie und diskriminierungsfreie Stadt arbeiten. Dazu zählt der engere Austausch mit  
349 Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, welchen wir intensivieren wollen.

## 350 **Demokratieförderung, Jugendbeteiligung**

351 Das Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen in Deutschland ist während der Pandemie  
352 gesunken. Besonders das Vertrauen der Jüngeren in die Politik hat massiv gelitten. Laut einer  
353 Befragung der Generationen Stiftung fühlen sich 84 Prozent der unter 26-Jährigen während der  
354 Pandemie von der Regierung im Stich gelassen. Die Politikverdrossenheit in Deutschland ist mit Corona  
355 also gefährlich gewachsen.

356 Junge Menschen müssen stärker mitbestimmen können. Andernfalls droht ein Generationenkonflikt,  
357 der zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen könnte! Als ersten Schritt wollen wir die längst  
358 überfällige Absenkung des aktiven Wahlalters in Berlin auf 16 Jahre in dieser Legislatur umsetzen.  
359 Außerdem setzen wir uns daher dafür ein, dass junge Menschen direkt bei demokratischen  
360 Entscheidungen mitbestimmen können. Wir wollen umsetzbare Lösungen erarbeiten und den aktiven  
361 Austausch mit Jugendbüros, -beirat sowie -parlament suchen, um best practice-Beispiele zu erfahren.

362 Insgesamt ist unser Ziel, dass wir Jusos als Bindeglied die Interessen, Sorgen und Wünsche junger  
363 Menschen in die Partei tragen und junge Menschen sich wieder stärker durch bzw. mit uns politisch  
364 beteiligen.

## 365 **Armut beenden:**

### 366 **Armut erkennen**

#### 367 **Armutsindikatoren und -dimensionen**

368 Wir möchten verstehen, wie sich Armut auf verschiedene Gruppen und in verschiedenen Dimensionen  
369 des privaten und gesellschaftlichen Lebens auswirkt, um sie bestmöglich bekämpfen zu können. Um  
370 Armut und ihre Hintergründe sowie Auswirkungen ausreichend verstehen zu können, müssen wir  
371 zunächst feststellen, was Armut bedeutet und wie sie gemessen wird. Armutsindikatoren versuchen,  
372 Armut empirisch (wissenschaftlich) zu messen und zu beschreiben. Grundlage dessen ist in den  
373 meisten Fällen die ökonomische Situation der Menschen der Haushalte. Für uns steht bei der Messung  
374 von Armut aber nicht nur die ökonomische Lage im Fokus, vielmehr gehören dazu auch  
375 soziodemographische Faktoren, wie zum Beispiel Bildung, Geschlecht und Gesundheit oder  
376 Informationen wie Diskriminierungs- und Ausgrenzungsstrukturen. Weitverbreitete  
377 Armutsindikatoren sind kaum in der Lage, die Komplexität von Armut vollständig zu erfassen: zum  
378 Beispiel werden bestimmte Gruppen, insbesondere solche, die von extremer Armut betroffen sind, zu  
379 wenig erfasst und sind deutlich unterrepräsentiert. Das stellt nicht nur die Bekämpfung auf nationaler  
380 Ebene vor große Herausforderungen, es macht eine internationale Herangehensweise und  
381 Vergleichbarkeit auch deutlich schwieriger.  
382 Armut ist mehrdimensional. Um dies zu messen, müssen dementsprechende verschiedene Faktoren  
383 mit einbezogen werden. Für unsere politische Arbeit muss diese Mehrdimensionalität auch die  
384 Grundlage bilden.

385 In der Armutsforschung wird außerdem zwischen absoluter Armut (Ausgangspunkt ist ein minimaler  
386 Bedarf) und relativer Armut (Ausgangspunkt ist die Verteilung von Einkommen) unterschieden. Wir  
387 werden diese Konzepte vergleichen und neben der Auswahl geeigneter Faktoren zur Messung von

388 Armut entscheiden, welche für uns und unser Verständnis von Armut(sbekämpfung) entscheidend  
389 sind.

### 390 **Vermögensarmut & Verschuldung**

391 Neben der Einkommensarmut müssen wir auch die Vermögensarmut in den Blick nehmen. Circa 40%  
392 der Bevölkerung in Deutschland werden als vermögensarm im Vergleich der Vermögen insgesamt  
393 bezeichnet. Insbesondere Frauen sind stark von Vermögensarmut betroffen. Ebenso werden  
394 Vermögen über Generationen vererbt, in anderen Fällen aber auch Schulden. Dass Armut und  
395 Reichtum, und damit u.a. Chancen und Teilhabe, so vom Elternhaus abhängen, ist nicht hinnehmbar.  
396 Die Ungerechtigkeit, die ein Fortbestehen über Generationen, aber auch die ungleichen Möglichkeiten  
397 zur Bildung eines Vermögens, mit sich bringen, müssen durch eine effektive Umverteilung bekämpft  
398 werden. Wir wollen uns hierfür geeignete Instrumente ansehen und politische Maßnahmen  
399 entwickeln, Vermögensarmut und generationsübergreifende Armut (durch Vererbung von Schulden)  
400 zu beenden.

### 401 **Armut verstehen**

#### 402 **Kinderarmut**

403 Jedes 5. Kind unter 15 Jahren ist in Deutschland armutsgefährdet und/oder beziehen Leistungen nach  
404 dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), die unter anderem die sogenannten Hartz-Gesetze beinhalten.  
405 Sie erfahren massive Einschränkungen im Alltag, beispielsweise in der sozialen Teilhabe und der  
406 Mobilität sind sie eingeschränkt., Auch in Phasen guter gesamtwirtschaftlicher Entwicklung in  
407 Deutschland beliebt Kinder- und Jugendarmut ein strukturelles Problem. Wir wollen die  
408 Auswirkungen auf die Chancengerechtigkeit besonders in den Fokus unserer Analyse rücken.

#### 409 **Feministische und Queere Perspektiven**

410 Als feministischer Verband werden wir auch eine queerfeministische Sicht auf Armut einnehmen. Das  
411 bedeutet, dass wir uns mit den Faktoren für und Wirkungen von Armut auf FINTA- (cis Frauen, Inter-  
412 und non-binäre Personen sowie trans\* Frauen und Agender-Personen) und queere Personen  
413 besonders auseinandersetzen wollen.

#### 414 **Jugendarbeitslosigkeit**

415 Jugendarbeitslosigkeit beschreibt die Erwerbslosigkeit junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren.  
416 In Berlin liegt die Jugendarbeitslosigkeit durchschnittlich bei fast 11 %. Ursachen dafür sind u.a., dass  
417 diese junge Menschen keinen Schulabschluss haben oder nach ihrem Schulabschluss keinen  
418 Ausbildungsplatz oder nach Ausbildungsabschluss keine Anschlussbeschäftigung finden. Um dieses  
419 Problem anzugehen, wurden 2015 sogenannte Jugendberufsagenturen in Berlin eingeführt.

420 Wir wollen die besonderen Ursachen und Hintergründe der Jugendarbeitslosigkeit ergründen und mit  
421 den Jugendberufsagenturen ins Gespräch kommen, um zu erörtern, welche Verbesserungsbedarfe es  
422 für Jugendliche gibt.

#### 423 **Working Poor - Arm trotz Arbeit**

424 Prekäre Beschäftigungsformen sind insbesondere in Berlin sehr weit verbreitet. Besonders die  
425 Rider\*innen und Paketzusteller\*innen sind in den letzten Monaten wegen ihrer schlechten  
426 Arbeitsbedingungen und der enormen Ausbeutung, mit denen sie konfrontiert sind, in den politischen  
427 Fokus geraten. Tatsächlich leben noch viele andere Menschen trotz einer Beschäftigung in Armut. Die  
428 Beschäftigungsformen sind von Risikofaktoren wie fehlender Sozialversicherung, dem Arbeiten im  
429 Niedriglohnsektor, einer hohen Erwerbslosigkeitsgefahr oder hoher psychischer oder physischer  
430 Belastung geprägt. Von der Anhebung des Mindestlohnes auf 12 EUR/Stunde werden zwar viele  
431 Millionen Menschen profitieren, prekäre Beschäftigung wird aber dennoch ein großer Armutsfaktor  
432 bleiben. Auch weil durch die geplante Anhebung der Verdienstgrenzen bei Mini- und Midijobs viele  
433 Menschen trotz des höheren Mindestlohns weiter ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung  
434 bleiben. Wir möchten uns im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit unseren  
435 gewerkschaftlichen Bündnispartner\*innen mit den verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung  
436 auseinandersetzen und Wege aus der Armut trotz Beschäftigung skizzieren.

### 437 **Armut als Gesundheitsrisiko**

438 Armut ist mit einer geringeren Lebenserwartung, höherer Kindersterblichkeit und einem höheren  
439 Ansteckungsrisiko bezüglich Infektionskrankheiten, vor allem HIV und Tbc, assoziiert, heißt es in einem  
440 Report der WHO. Die Hintergründe sind vielfältig. Hohe Mieten zwingen Leute in Stadtquartiere, in  
441 denen die Lebensqualität durch mehr Hitze, Lautstärke, Schadstoffbelastung, etc. höher ist. Eine  
442 gesunde, ausgewogenere Ernährung ist auch in Deutschland noch deutlich teurer und damit nicht für  
443 jede\*n erschwinglich. Armut erhöht auch den psychosozialen Stress und Druck, der wiederum  
444 zahlreichen Krankheiten und Gesundheitsrisiken die Tür öffnet: Er erhöht die Anfälligkeit für  
445 Bluthochdruck, Magengeschwüre oder Herz-Kreislauf-Krankheiten, führt aber auch zu Depressionen.  
446 Diese wiederum führen in vielen Fällen dazu, dass ein gesunder Lebensstil nicht mehr möglich ist.  
447 Entscheidende Faktoren sind neben der finanziellen Armut auch die Bildungszugänge.

448 Bei der Betrachtung von Armut als Gesundheitsrisiko muss allerdings auch der Zusammenhang zur  
449 globalen Gesundheit beachtet werden und damit zu Klimawandel und Migrationsprozessen. Armut als  
450 Gesundheitsrisiko zeigt ein Mal mehr den Teufelskreis der Armut und die Notwendigkeit, zielgerichtete  
451 politische Instrumente zu nutzen, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

### 452 **Altersarmut**

453 Armut macht auch nicht vor dem Alter halt. Viele Erwerbstätige erhalten keine auskömmliche Rente  
454 und sind auf die Unterstützung von gemeinnützigen Organisationen wie "Die Tafel" angewiesen oder  
455 stocken im hohen Alter mit Minijobs ihre Rente auf. Die Ursachen für Altersarmut sind vielfältig: Viele  
456 von Altersarmut betroffene Personen sind prekär beschäftigt und zahlen deshalb wenig bis gar nicht  
457 in die Rentenversicherung ein. Besonders Frauen über 65 sind von Altersarmut fast doppelt so oft  
458 betroffen: Jede vierte von ihnen arbeitet im Niedriglohnsektor und Frauen sind durchschnittlich öfter in  
459 Teilzeit beschäftigt als Männer, zum Beispiel weil sie nebenher notwendige Sorge- und Pflegearbeit  
460 übernehmen. Der Gender Pay Gap wird mit dem Alter verstärkt und entwickelt sich zu einem Gender  
461 Pension Gap. Auch im Ost-West-Vergleich wird die Ungleichheit deutlich. Viele der Erwerbstätigen in  
462 den neuen Bundesländern weisen lückenhafte Erwerbsbiografien auf und bekommen daher  
463 oft niedrigere Rentenzahlung.

464 Hinzukommt, dass das deutsche Rentensystem von einer Bezieher\*in ausgeht, die als  
465 Vollzeiterwerbstätige mit 45 Arbeitsjahren in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt. Zudem wird  
466 mithilfe von staatlicher Förderung und Steuererleichterungen die private Altersversorgung als eine  
467 wichtige Säule der Alterssicherung suggeriert. Das Alterssicherungssystem, wie es derzeit besteht, wird  
468 in einer alternden Gesellschaft wie unserer zunehmend auf die Probe gestellt und muss reformiert  
469 werden.

470 In den kommenden zwei Jahren wollen wir uns darum verstärkt mit Modellen auseinandersetzen, um  
471 die Alterssicherungssysteme zukunftsfest zu gestalten. Weiter wollen wir auch darüber diskutieren,  
472 wie wir besonders armutsgefährdete Frauen im Alter schützen können.

## 473 **Armut bekämpfen**

### 474 **Zukunft des Sozialstaats**

475 Der Sozialstaat muss so umgebaut werden, dass er Armut vermeidet bzw. Menschen aus der Armut  
476 hinaus hilft. Dass Sanktionen unter das Existenzminimum bei staatlichen Leistungen inakzeptabel sind  
477 und wir Hartz IV überwinden müssen, ist in unserem Verband lange Konsens. Wir wollen aber unseren  
478 Blick darauf lenken, wie wir uns die Überwindung von Hartz IV tatsächlich vorstellen und was an die  
479 Stelle des bisherigen Systems treten soll. Hierzu möchten wir uns mit den verschiedenen Modellen der  
480 sozialen Sicherung bei Erwerbslosigkeit beschäftigen. Wir wollen das Bürger\*innengeld, das  
481 Solidarische Grundeinkommen und das Bedingungslose Grundeinkommen einander gegenüberstellen  
482 und uns am Ende dieses Prozesses zu der Frage positionieren, wie wir uns die soziale Absicherung  
483 gegen Armut vorstellen.

### 484 **Entbürokratisierung von Sozialleistungen**

485 Viele Sozialleistungen werden in Deutschland nicht direkt ausbezahlt, sondern müssen von den  
486 Betroffenen selbst beantragt werden. Dies zieht meist eine lange Kette von verschiedenen Formularen  
487 und Bescheinigungen nach sich, was dazu führt, dass viele Menschen, die anspruchsberechtigt wären,  
488 keine Sozialleistungen beantragen. Bei Hartz IV beträgt der Gap zwischen denen, die Anspruch haben  
489 und denen, die Leistungen tatsächlich beantragen, bei geschätzt ca. 50 Prozent. Bei der  
490 Grundsicherung im Alter wird diese Quote auf 60 Prozent geschätzt. Dies stellt ein ernstes Problem  
491 dar, da so viele Ziele des Sozialstaats nicht erreicht werden können. Der Zugang zu Sozialleistungen  
492 muss daher vereinfacht werden. Zusätzlich ist es wichtig, den Antragsprozess so zu gestalten, dass  
493 Anspruchsberechtigte weitgehend vertraulich Leistungen beantragen können, da Studien zeigen, dass  
494 Stigmatisierung viele Menschen davon abhält, staatliche Hilfe anzunehmen.

495 Problematisch ist auch, dass die meisten Formulare nur in „Amtsdeutsch“ vorliegen, was es  
496 Sprachanfänger\*innen und Menschen mit kognitiven und körperlichen Beeinträchtigungen sehr  
497 schwer macht, die Anträge zu stellen. Daher wollen wir Maßnahmen diskutieren, um diesen  
498 Personengruppen geeignete Hilfen zur Verfügung zu stellen.

### 499 **Mobilität als gesellschaftliche Teilhabe**

500 Die Möglichkeit zur Mobilität bedeutet die Möglichkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben. Daher muss  
501 jede\*r Zugang zu Mobilitätsangeboten haben, die sicher, wohnortnah und praktikabel sind. Vor allem  
502 in den Außenbezirken sind ÖPNV und Radwege schlecht ausgebaut, sodass Menschen hier häufig auf

503 das Auto angewiesen sind. Dies ist nicht nur ökologisch bedenklich, sondern schließt auch alle  
504 Menschen aus, die sich kein eigenes Auto leisten können. Ärmere Menschen, Ältere und Kinder gehen  
505 am häufigsten zu Fuß und bilden damit die schwächste Gruppe der Verkehrsteilnehmer\*innen. Wir  
506 wollen eine Vision für die Verkehrswende entwickeln, die dies berücksichtigt und den Fußverkehr  
507 besonders schützt. Wir wollen uns mit Finanzierungsmodellen für den ÖPNV beschäftigen; z.B. über  
508 eine ÖPNV-Abgabe für alle Antragsteller\*innen von Anwohner\*innen-Parkausweisen.

### 509 **Armutsbekämpfung und Klimaschutzmaßnahmen**

510 Klimawandel und Armut sind auf viele Arten miteinander verknüpft. Die Folgen des Klimawandels wie  
511 z. B. Extremwetterereignisse (Fluten etc.) werden erheblichen negativen Einfluss auf die weltweite  
512 Wirtschaft haben. Bis 2100 könnte ein Drittel des weltweiten Bruttosozialproduktes eingebüßt  
513 werden. Zudem ist wahrscheinlich, dass der Klimawandel geeignet ist, in Zukunft Kriege und  
514 Pandemien mitzuerursachen. Das heißt, der Kampf gegen den Klimawandel ist zugleich auch  
515 langfristig ein Kampf gegen die Armut. Kurzfristig können Klimaschutzmaßnahmen jedoch durch  
516 höhere Preise für bestimmte klimaschädliche Produkte oder auch CO<sub>2</sub> im Allgemeinen,  
517 einkommensschwache Haushalte überproportional stark belasten. Statt deshalb auf sinnvolle  
518 Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verzichten, muss hier unsere Antwort als sozialistischer  
519 Jugendverbund sein: dann schaffen wir die Armut ab! Wir möchten uns daher damit beschäftigen, wie  
520 wir Klimaschutzmaßnahmen so ausgestalten können, dass sie sich nicht armutsverschärfend  
521 auswirken. Genauso ist uns aber auch bewusst, dass unsere Sozial- und Entwicklungspolitik  
522 klimafreundlich sein muss. Wir setzen uns national wie international für Klimagerechtigkeit ein. Länder  
523 des globalen Südens wollen wirtschaftliches Wachstum, nutzen dafür allerdings häufig fossile  
524 Energieträger. Wir wollen in den kommenden zwei Jahren, Möglichkeiten erarbeiten, wie Deutschland  
525 an einem klimafreundlichen Wachstum des globalen Südens beteiligt sein kann.

### 526 **Progressive Wirtschafts- und Finanzpolitik**

527 Die deutsche Wirtschaftspolitik ist seit Jahrzehnten von neoliberalen Denken geprägt. Auch und  
528 gerade gesellschaftliche linke Gruppierungen neigen dazu konservatives Framing und Denkmuster in  
529 die eigene Argumentation zu übernehmen. Deshalb wollen wir in den Fokus rücken, wie unser  
530 Währungssystem und Staatsfinanzierung funktionieren und darauf aufbauend ein Konzept für  
531 progressive Finanz- und Geldpolitik entwickeln. Vor einer endgültigen Abkehr von der Schuldenbremse  
532 wollen wir Ideen entwickeln, mit der gepredigten "angespannten Haushaltslage" auch in Land und  
533 Bezirken kreativ umzugehen. Wir wollen Angebote zur Weiterbildung schaffen, damit  
534 jungsozialistische Ideen und Vision in den Parlamenten nicht an scheinbaren haushalterischen  
535 Zwängen scheitern.

536 Die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz verhindert es, die Finanzierung staatlicher  
537 Ausgaben durch Kredite zu tätigen. Deshalb ist es notwendig die Schuldenbremse abzuschaffen und  
538 eine Steuerreform umzusetzen, um den Investitionsrückstand der vergangenen Jahre aufzuholen,  
539 nötige Investitionen zur Verhinderung der Klimakrise zu tätigen und wichtige Projekte in der Zukunft  
540 finanzierbar zu machen.

541 In keinem anderen Land der Welt wird Einkommen aus Arbeit so stark besteuert und Einkommen aus  
542 Kapital so sehr privilegiert wie in Deutschland, in kaum einem anderen Land ist das Vermögen so  
543 ungleich verteilt. Diese Vermögen manifestieren die bestehenden Chancen- und

544 Machtungleichgewichte in der Gesellschaft. Deshalb betrachten wir Steuern als Kerninstrument zum  
545 Abbau dieser Ungleichheiten.

546 Wir Jusos Berlin sind uns sicher: Der Staat muss die wohlhabendsten Menschen unserer Gesellschaft  
547 mehr zur Kasse bitten. Deshalb wollen wir uns in den nächsten zwei Jahren mit der Frage  
548 auseinandersetzen, wie genau die steuerliche Umverteilung ausgestaltet werden soll.

549 Wir müssen als internationalistischer Verband auf die Folgen deutscher "solider Haushaltspolitik" für  
550 andere Länder innerhalb der EU aufmerksam machen und einen Gegenentwurf propagieren. Dazu  
551 wollen wir mit den Jugendverbänden unserer europäischen Schwesterparteien zusammenarbeiten.

## 552 **Soziales Aufstiegsversprechen neu definieren**

553 Wir sind überzeugt: Alle jungen Menschen verdienen den gerechten Zugang und gleiche Chancen in  
554 allen Lebenslagen z. B. auf Bildung, Gesundheit und Selbstbestimmung. Gerade in Berlin stammt etwa  
555 jeder dritte junge Mensch aus Familien, die Sozialleistungen beziehen oder ohne akademische Bildung.  
556 Bildung ist jedoch entscheidend für den Weg in die spätere Erwerbsarbeit. Menschen mit höherem  
557 Bildungsabschluss verdienen im Schnitt mehr, sind statistisch zufriedener und leben länger. Wir  
558 möchten allen jungen Menschen, die Chance geben, ihre Träume zu verwirklichen.

559 Daher wollen wir das Aufstiegsversprechen neu definieren, damit wirklich alle Kinder die gleichen  
560 Möglichkeiten haben, ihren Interessen zu folgen. Dabei legen wir einen großen Wert auf die  
561 Bekämpfung von Bildungsungleichheit, möchten aber auch deutlich machen, dass sozialer Aufstieg  
562 nicht nur über den akademischen Weg passieren kann. Gerade berufliche Bildung gibt vielen jungen  
563 Menschen die Möglichkeit, ihren Interessen zu folgen und sich zu verwirklichen. Daher setzen wir uns  
564 dafür ein, dass berufliche Bildung mehr Anerkennung findet. Wir möchten mit gesellschaftlichen  
565 Akteur\*innen ins Gespräch kommen, die sich Bildungsbereich engagieren und in Form von  
566 gemeinsamen Veranstaltungen über Möglichkeiten sprechen, wie ein linkes Aufstiegsversprechen  
567 aussehen kann.

## 568 **Wohnungslosigkeit und Mietenkrise**

569 In Berlin leben Schätzungen zufolge 4.000 bis 10.000 Menschen ohne Obdach - sprich auf der Straße.  
570 Hinzu kommen ca. 50.000 Menschen, die in verschiedenen Unterbringungsformen leben  
571 (Übergangswohnheime u.ä.). Die Gründe hierfür sind vielfältig. Ein Grund ist das strukturelle Problem  
572 des Berliner Wohnungsmarktes. In den letzten zehn Jahren haben sich die Mietpreise fast verdoppelt.  
573 Von dieser Entwicklung sind vor allem Menschen in prekären Lebenssituationen betroffen, sprich  
574 Menschen, die Transferleistungen beziehen oder im Niedriglohnsektor arbeiten. Denn nur noch 0,2%  
575 der Menschen, die von relativer Armut betroffen sind (60% unter dem mittleren Einkommen), konnten  
576 sich 2018 eine angebotene Wohnung in Berlin leisten.

577 Für Menschen, die sowieso schon von Armut bedroht sind, verschlechtert der angespannte  
578 Wohnungsmarkt die Lebenssituation allgemein. Gerade Bezieher\*innen von Transferleistungen sind  
579 dazu genötigt, in ihrer persönlichen Lebensentfaltung und damit ihren Chancen der sozialen Teilhabe  
580 Einschränkungen hinzunehmen. Denn liegt ihre tatsächliche Miete über der anerkannten Obergrenze,  
581 sind sie dazu verpflichtet die übrigen Kosten von ihrem Regelsatz selbst zu tragen. Daraus resultieren  
582 erzwungene Sparmaßnahmen und das Angewiesensein auf Hilfeleistungen, wie Lebensmittelspenden.  
583 Eine gerechte soziale Teilhabe ist, aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen, so gut wie gar nicht

584 mehr möglich. 2018 wurden knapp 5.000 Räumungstitel erwirkt - aufgrund von Mietschulden, aber  
585 auch, weil private Vermieter\*innen den Anreiz sehen, bei Neuvermietung des Wohnraums Profit zu  
586 erwirtschaften. Dafür werden Menschen auch ohne Bleibe geräumt - sie werden obdachlos. Es gibt  
587 keine gesetzliche Regelung, die eine Räumung in die Obdachlosigkeit verbietet. Der Berliner  
588 Masterplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 stellt schon ein gutes  
589 Konzept dar, um die Symptome zu bekämpfen, allerdings wollen wir uns in den nächsten zwei Jahren  
590 mit den Ursachen beschäftigen. Wie kann Wohnraum für Menschen gesichert werden, die  
591 Transferleistungen beziehen oder im Niedriglohnsektor arbeiten, solange dort die Ursachen für die  
592 prekären Einkommensverhältnisse nicht behoben wurden? Wie kann ein gerechter Zugang zum  
593 Wohnungsmarkt auch für Menschen geschafft werden, die aufgrund von Rassismus und  
594 Diskriminierung immer wieder auf Hindernisse stoßen?

595 Zum anderen müssen wir uns fragen, wie der Wohnungsmarkt in Berlin gestaltet werden soll. Hierzu  
596 muss die Landesregierung das Ergebnis der Expert\*innenkommission berücksichtigen und Wege zur  
597 Umsetzung des Volksentscheides „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ finden und realisieren. Aber  
598 auch die Fragen danach, wie der Milieuschutz gestärkt werden kann, damit die Menschen in Berlin in  
599 ihren Kiezen und damit in ihrem sozialen Umfeld bleiben können und so vor dem Ausverkauf durch  
600 Investor\*innen geschützt werden, wollen wir in den kommenden zwei Jahren beantworten.

## 601 **Formate:**

### 602 **Grundlagenarbeit**

603 Als politischer Jugendverband spielt die Bildungsarbeit für uns eine zentrale Rolle. Unsere  
604 Bildungsarbeit umfasst neben Veranstaltungen zu spezifischen und tagesaktuellen Themen auch die  
605 Auseinandersetzung mit unseren Grundwerten. Wir werden regelmäßig Grundlagenseminare zu  
606 unseren Grundwerten anbieten, die sich sowohl an neuere wie auch an schon länger aktive  
607 Genoss\*innen richten. Darüber hinaus werden wir uns mit der Geschichte der Jusos beschäftigen. Wir  
608 wollen auch Bildungsangebote zu anderen politischen Grundlagen anbieten, wie zu den verschiedenen  
609 politischen Ebenen und deren Zuständigkeiten. Als feministischer Verband wollen wir unsere aktive  
610 Anti-Sexismus-Arbeit, auch im Rahmen von Seminaren, ausbauen. Wir werden Seminare und  
611 Schulungen zu Antisemitismus anbieten. Im Rahmen unserer antifaschistischen Arbeit werden wir  
612 auch Trainings zum Verhalten auf Demonstrationen, sowie gegen rechten Hass im Netz, anbieten.

### 613 **Antirassistischer und antidiskriminierender Verband**

614 In unseren Veranstaltungen wollen wir auch stets unsere eigenen Strukturen und Verhaltensmuster  
615 kritisch hinterfragen. Wir müssen feststellen, dass unser Verband noch immer überwiegend weiß ist.  
616 Wir wollen verstärkt daran arbeiten, dass unser Bekenntnis, ein antirassistischer Verband zu sein, nicht  
617 nur ein Lippenbekenntnis ist. Wir wollen daher insbesondere Sensibilisierungstrainings für  
618 antirassistisches Verhalten anbieten. Dazu gehörten auch Veranstaltungen zu critical whiteness. Durch  
619 Veranstaltungen explizit für BiPoC-Personen schaffen wir einen geschützten Raum für Vernetzung und  
620 Empowerment. Auch anderes diskriminierendes Verhalten wollen wir in und außerhalb unseres  
621 Verbands stoppen. Daher werden wir auch Sensibilisierungstrainings für antisexistisches und  
622 antiqueerfeindliches Verhalten veranstalten.

## 623 **Vernetzung und Empowerment**

624 Durch die Corona-Pandemie war es in den letzten zwei Jahren fast nicht möglich als Verband  
625 zusammenzukommen. Sofern die Pandemie-Situation es zulässt, wollen wir dies wieder vermehrt tun.  
626 Dies umfasst neben lockerem gesellschaftlichen Zusammenkommen, zum Beispiel auf Verbandspartys,  
627 auch niedrigschwellige Formate, wie beispielsweise Speed Debating, die in digitalen Formaten nicht  
628 ausreichend umgesetzt werden konnten. Dazu gehört auch, dass wir popkulturelle Veranstaltungen  
629 weiter ausbauen möchten, unter anderem die Veranstaltungsreihe „Ein Gespräch über...“.

## 630 **Vernetzung im Verband**

631 Neben dem geselligen Austausch wollen wir uns auch zwischen den verschiedenen Ebenen  
632 miteinander vernetzen. Dafür wollen wir nach Möglichkeit monatliche, regelmäßige ‚Sprechstunden‘  
633 mit den Landesvorsitzenden anbieten. Genoss\*innen, die den Verband in Bundesprojekten vertreten,  
634 werden die Debatten in den jeweiligen Projekten z.B. in Form von eigenen Veranstaltungen in den  
635 Verband tragen. Außerdem wollen wir pro Quartal in einer lockeren Atmosphäre den Austausch mit  
636 den Berliner Jusos anbieten, die in den Bundestag oder das Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Bei  
637 der Wahl im September 2021 sind viele Jusos auch in Bezirksverordnetenversammlungen (BVV)  
638 gewählt wurden. Hier ergeben sich besondere Unterstützungsbedarfe. Wir wollen deswegen die BVV-  
639 Vernetzung weiter ausbauen und besonders nach den Bedürfnissen der Jusos in den BVV richten.  
640 Hierzu sind auch die Juso-Bürger\*innendeputierten und stellvertretenden Juso-  
641 Bürger\*innendeputierten herzlich eingeladen. Dazu gehört der inhaltliche Austausch,  
642 Empowermentmöglichkeiten, wie auch der Austausch über die Herausforderungen, die mit dem  
643 Mandat einhergehen. Die Vernetzung soll auch die Möglichkeiten der Nachwuchsförderung  
644 beinhalten. So sollen beispielsweise regelmäßig einzelne bezirksübergreifende Themen verbandswweit  
645 behandelt und kommuniziert werden und so über die Relevanz und Praxis Berliner Kommunalpolitik  
646 diskutiert und aufgeklärt werden.

## 647 **Ostvernetzung**

648 Als Jusos Berlin sind wir in einer besonderen Situation, wir sind nicht nur ein „West“-Verband, sondern  
649 auch ein „Ost“-Verband. Die Vernetzung mit den Genoss\*innen aus den ostdeutschen Flächenländern  
650 ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Dies betrifft natürlich auch und sicherlich etwas spezieller die  
651 Genoss\*innen aus Brandenburg, die unsere direkten Nachbar\*innen sind. Wir wollen daher auch, um  
652 unsere eigenen Perspektiven zu erweitern, den Kontakt mit den Genoss\*innen ausbauen. Dies betrifft  
653 nicht nur den Landesverband, sondern auch die Bezirke, die wir zu einem Austausch mit ihren  
654 Nachbar\*innen in Brandenburg anregen möchten. Denn die Herausforderungen sind vor allem für die  
655 Kreise im Berliner Umland ähnlich wie die in den Randbezirken der Stadt auftreten.

656 Die Ostvernetzung der Bundesebene werden wir in den nächsten Jahren aktiv begleiten, dazu zählt  
657 eine intensive Vor- und Nachbereitung der Treffen und dass auch aus Berlin möglichst mindestens eine  
658 Person aus dem Landesvorstand neben Vertreter\*innen aus den Ostbezirken oder Genoss\*innen mit  
659 Ost-Biografie, teilnehmen.

## 660 **FINTA-Empowerment**

661 Unser feministisches Verbandsverständnis werden wir auch weiterhin durch feministisches  
662 Empowerment praktisch umsetzen. Im Rahmen unseres queerfeministischen Verständnisses werden  
663 wir dieses Empowerment auf alle FINTA-Personen (cis Frauen, Inter- und non-binäre Personen sowie  
664 trans\* Frauen und Agender-Personen) ausweiten. Neben dem jährlichen Empowerment-Programm  
665 über mehrere Wochenenden wollen wir auch außerhalb dieser Struktur regelmäßige Empowerment-  
666 Seminare anbieten. Dazu gehört die gezielte Vernetzung vor und auf Konferenzen, aber auch der  
667 lockere Austausch und Vernetzung über das Jahr verteilt. So wollen wir beispielsweise Rhetorik-  
668 Seminare speziell für FINTA-Personen anbieten.

### 669 **BIPoC-Empowerment**

670 BIPOC sind in unseren Strukturen stark unterrepräsentiert. Das liegt an der strukturellen  
671 Diskriminierung außerhalb und innerhalb des Verbandes. Wir wollen daher die BIPoC-Vernetzung zu  
672 einem Empowerment weiterentwickeln. Dieses soll sich an BIPoC des Verbandes richten, die schon in  
673 unseren Strukturen angekommen sind. Es soll sie dazu empowern, bei den Jusos Verantwortung zu  
674 übernehmen und als Multiplikator\*innen zu fungieren. Zudem soll das Empowerment die Vernetzung  
675 und den Austausch unter den Teilnehmer\*innen sowie mit externen Aktivist\*innen und Expert\*innen  
676 gewährleisten. Wir wollen mit dem Programm auch den Raum geben, Best Practice Beispiele aus den  
677 einzelnen Kreisverbänden miteinander auszutauschen und zurück in die diese zu tragen.

### 678 **Queere Vernetzung**

679 Als queerfeministischer Verband wollen wir eine für Queere Personen einladende und attraktive  
680 Umgebung bieten, um sich politisch sowie persönlich frei entfalten zu können. Dafür wollen in den  
681 nächsten zwei Jahren regelmäßig einen Raum bieten, in dem sich Queere Genoss\*innen geschützt  
682 vernetzen und über Herausforderungen, die sie bei uns im Verband, der SPD oder in der Gesellschaft  
683 erleben, austauschen können. Dabei wollen wir uns auch mit Queeren Verbänden und Aktivist\*innen  
684 vernetzen, um von ihren Erfahrungen profitieren zu können und politisch gemeinsam mehr für die  
685 Community zu erreichen.

### 686 **Schüler\*innen-Vernetzung**

687 Wir wollen Bildung von den Schüler\*innen aus denken, das bedeutet für uns, dass wir mit und für sie  
688 Politik machen wollen. Die Juso-Schüler\*innen und Auszubildenden-Gruppe (JSAG) werden wir in ihrer  
689 eigenständigen Arbeit bestmöglich unterstützen. Zum anderen wollen wir direkt zu der  
690 Landesschüler\*innenvertretung sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) stärkeren  
691 Kontakt aufbauen und anlassbezogene Formate an Schulen und Berufsschulen durchführen.

### 692 **Europa-Wahlkampf**

693 Im Frühjahr 2024 wird die Europawahl stattfinden. Ob wir als Verband Wahlkampf machen werden,  
694 werden wir auf einer Landesdelegiertenkonferenz beschließen. Falls dieses Votum positiv ausfällt,  
695 wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Jusos-Bundesverband, den Kreisen sowie unseren  
696 europäischen Genoss\*innen, in Form einer Wahlkampagne für unsere Ideen eintreten. Dabei wollen  
697 wir uns mit jungen progressiven politischen Akteur\*innen, Schüler\*innen und Azubi-Vertretungen im  
698 Vorfeld gezielt austauschen und Wünsche festhalten, worauf wir eine Jugendkampagne aufbauen  
699 wollen. Dabei gilt es, die europäische Idee greifbar und erlebbar zu machen. Wir werden uns für ein  
700 linkes SPD-Wahlprogramm zur Europawahl einsetzen.

## 701 **Verbandswerkstatt**

702 Die Verbandswerkstatt hat in unserem Verband eine Doppelfunktion. Sie ist Teil der Bildungsarbeit  
703 und Ort der Diskussion für den Verband. Dort werden Inhalte weiterentwickelt und der Austausch  
704 zwischen Genoss\*innen gefördert. Wir werden die Verbandswerkstatt weiterhin einmal im Jahr  
705 durchführen. Wir wollen die Verbandswerkstatt nutzen, um neue Mitglieder an unsere thematischen  
706 Debatten heranzuführen und ihnen methodische Fähigkeiten zu vermitteln. Inhaltlich sind die  
707 Seminare ausgewogen von Grundsatz- und Kernthemen bis hin zu berlinbezogenen Themen  
708 anzubieten. Darüber hinaus ist jedes Seminar verpflichtet, eine Genderperspektive auf das jeweilige  
709 Thema einzubauen und zu diskutieren. Wir werden Awarenessbeauftragte und diskriminierungsfreie  
710 Schutzräume, z. B. als FINTA-Räume anbieten. Abends werden wir ein Kulturangebot sowie Räume  
711 zum Kneipenabend und drogenfreie Alternativen anbieten.

## 712 **Armut beenden - Der Basiskongress**

713 Wir möchten so viele Berliner Jusos wie möglich an der Erarbeitung unserer Konzepte zur Beendigung  
714 von Armut beteiligen. Wir wollen uns die genannten und weitere Schwerpunkte zur Erkennung, dem  
715 Verstehen und der Bekämpfung von Armut genauer ansehen, ihre Verbindung untereinander  
716 verstehen und daraus eigene Forderungen entwickeln. Zu diesem Zweck wollen wir einen  
717 Basiskongress organisieren, auf dem wir uns mit Bündnispartner\*innen und stadtpolitischen  
718 Organisationen der Armutsbekämpfung vernetzen und in Panels zu Themen wie Working Poor,  
719 Vermögensungleichheit und Armutsindikatoren, Kinderarmut, der Verzahnung von Armut mit  
720 Gesundheit und Klimaschutz oder der Zukunft des Sozialstaats und dem sozialen Aufstiegsversprechen  
721 diskutieren.

## 722 **Themenlabore**

723 Um große Querschnittsthemen, die sich nicht durch Arbeitskreise oder die Verbandswerkstatt  
724 abdecken lassen, angemessen zu bearbeiten, wollen wir in landesweiten Themenlaboren mit neuen  
725 Veranstaltungsformaten experimentieren. Statt klassischer Sitzungen mit oder ohne Referent\*innen,  
726 sollen z.B. workshopartige Formate oder Exkursionen im Vordergrund stehen.

## 727 **Gedenkarbeit und Gedenkstättenfahren**

728 Wir werden gemeinsame Besuche von bekannten und eher unbekanntem Gedenkstätten in Berlin  
729 anbieten und organisieren, um zu zeigen, dass Geschichte nicht nur an bekannten Orten geschehen ist,  
730 sondern unser eigenes Wohnumfeld Teil der Geschichte ist. Dabei wollen wir auch, so weit möglich,  
731 mit den Zeitzeug\*innen, die die Geschichte erlebt haben, ins Gespräch kommen, um deren  
732 Erfahrungen und Wissen aufzunehmen und weiterzugeben.

733 Es gibt einige Orte, die Sozialist\*innen besucht haben sollten. Darunter unter anderem:  
734 Sachsenhausen, KZ Außenlager Sonnenallee, Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde und  
735 KZ Moringen, sowie das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Wir sollten uns immer die  
736 Fragen stellen, wie und warum es dazu gekommen ist und alles dafür tun, dass es nie wieder dazu  
737 kommt. Dafür werden wir auch in den nächsten zwei Jahren wieder zu Gedenkveranstaltungen, wie z.  
738 B. zu Hanau, Halle, der Reichspogromnacht und der Befreiung von Auschwitz aufrufen und die  
739 Organisation einer jährlichen Gedenkveranstaltung zu Utøya fortführen.

## 740 **Delegationsreisen**

741 Nachdem in den letzten Jahren keine Incomings oder Outcomings unter internationalen Partner\*innen  
742 möglich waren, wollen wir dies in den nächsten Jahren nach Möglichkeit wieder angehen. So werden  
743 wir, sofern möglich uns bemühen, eine Incoming-Delegation aus Wien in Berlin begrüßen zu können.  
744 Outgoings möchten wir nach Polen oder in die Türkei oder die Balkanstaaten planen. Des Weiteren  
745 möchten wir uns an einer stärkeren Vernetzung unter internationalen Metropolen beteiligen. Dabei  
746 werden wir eng mit der Juso-Bundesebene zusammenarbeiten.

## 747 **Kommunikation**

748 Für uns als Verband ist die Kommunikation mit unseren Mitgliedern sowie mit der Öffentlichkeit sehr  
749 wichtig. Dazu werden wir verschiedene Formate, online wie offline, durchführen.

## 750 **Neumitgliederkampagne**

751 Die Jusos sind nach wie vor zu akademisch geprägt. Wir werden weiter intensiv daran arbeiten, dies zu  
752 ändern. Dazu wollen wir u. a. zielgruppenspezifische Konzepte, Strategien sowie Kampagnen und  
753 Materialien erarbeiten, gemeinsam mit der JSAG, um v.a. Schüler\*innen und Auszubildende stärker  
754 anzusprechen.

## 755 **Social Media**

756 Neben klassischen Sitzungsformaten wollen wir vor allem die Arbeit auf den sozialen Netzwerken, mit  
757 einem Fokus auf Instagram und den TikTok Kanal, ausbauen. Mit neuen plattformübergreifenden  
758 Konzepten, wie einer Anti-Sexismus-Kampagne, wollen wir unsere Inhalte und den Alltag unserer  
759 Verbandsarbeit anschaulich und spannend darstellen. Bei den Beiträgen zu aktuellen politischen  
760 Themen, aber auch mit informativen Posts soll vor allem auf eine barrierefreie Kommunikation  
761 geachtet werden, um allen eine flexible politische Teilhabe zu ermöglichen. Das Ziel soll die Ansprache  
762 neuer, interessierter Menschen sein, die wir durch die teilbaren Beiträge auch außerhalb unserer  
763 Filterblase erreichen wollen.

## 764 **Formate, Vorträge und Aktionen**

765 Wir wollen als Verband verschiedene Formate rund um die Themen: Feminismus, Gleichstellung,  
766 Empowerment, Antifaschismus, Antirassismus, Antisexismus und Queerfeindlichkeit veranstalten. Wir  
767 wollen mit betroffenen Menschen über diese Themen sprechen. Wir wollen Expert\*innen einladen  
768 und gemeinsam mit ihnen diskutieren. Diese Formate sollen nicht nur dafür sorgen, dass wir uns als  
769 Verband mit diesen Themen auseinandersetzen, sondern auch Neumitglieder ansprechen.

## 770 **Newsletter**

771 In den Newsletter, der mindestens einmal im Monat verschickt werden sollte, sollen aktuelle  
772 Informationen und Statements zu wichtigen Themen zusammengefasst werden. Auch die nächsten  
773 Veranstaltungen der Kreise oder die Treffen und Aktionen der verschiedenen Arbeitskreise können  
774 hier nach Wunsch aufgelistet werden. Das Ziel ist es, einmal im Monat alle wichtigen Informationen  
775 und Veranstaltungen auf einem Blick zu haben.

## 776 **Website**

777 Die Website des Landes soll durchgehend mit Erfolgen und Entwicklungen unseres Verbandes bespielt  
778 werden. Hierbei soll die Website mit unseren Social-Media-Kanälen mittels eines News Feeds synchron  
779 verlaufen. So sollen sich über unsere Website Interessierte über anstehende Termine sowie größere  
780 politische Veranstaltungen informieren können. Ebenso möchten wir alle Kreise und aktiven  
781 Arbeitskreise auf der Website auflisten, ggf. mit Ansprechpartner\*innen und Social-Media-Kanälen.

## 782 **Mobilisierung für Demos und Bündnisarbeit**

783 Wir wollen auf all unseren Social-Media-Kanälen, sowie im Newsletter und in unseren Mails auf  
784 aktuelle Demos, möglichst gebündelt hinweisen. Wir wollen weiterhin die enge Zusammenarbeit mit  
785 anderen Initiativen und Bündnissen fortführen. Die Teilnahme an Veranstaltungen, Versammlungen,  
786 Demonstrationen und Aktionen sollten ein zentraler Teil unserer Arbeit sein. Um vernünftige  
787 Demoarbeit leisten zu können, wollen wir mindestens einmal im Jahr ein Demotraining veranstalten.  
788 Auch Transparente malen und inhaltliche Sitzungen sollten vor den Demos angeboten werden.

## 789 **Vernetzung in der gesellschaftlichen Linken**

790 Um in den kommenden Jahren verstärkter den Schulterschluss zu Bündnispartner\*innen zu suchen,  
791 wollen wir uns in verschiedenen Formaten mit externen Akteur\*innen vernetzen. Dabei wollen wir u.a.  
792 mit dem Format *Jusos on Tour* direkt vor Ort mit den Partner\*innen in den Austausch geraten und  
793 Präsenz in den Kiezen zeigen. Wir streben einen verstärkten Austausch mit Jugendorganisationen, wie  
794 Jugendausbildungsvertreter\*innen, Jugendgewerkschaften und per digitaler Vernetzung mit unseren  
795 (internationalen) Schwesterorganisationen sowie sozialen Trägern und Gewerkschaften, an. Auf  
796 Demos und anderen Öffentlichkeitsaktionen wollen wir verstärkter Demobündnisarbeit leisten sowie  
797 eigene Jusos empowern, auf Demos zu sprechen.

## 798 **Strukturen:**

### 799 **Landesdelegiertenkonferenz (LDK)**

800 Wir wollen auch weiterhin mindestens zwei Landesdelegiertenkonferenzen im Jahr veranstalten.  
801 Dabei wollen wir daran festhalten, die Landesdelegiertenkonferenzen unter Einbeziehung der Kreise  
802 zu organisieren und bei der Auswahl des Tagungsortes darauf zu achten, verschiedene kostengünstige  
803 Raumangebote in unserer Stadt zu nutzen. Der Landesvorstand schlägt ein Präsidium vor. Hierfür  
804 können nach Bedarf Vorschläge aus den Kreisen eingeholt werden. Das Präsidium wird quotiert besetzt  
805 und auch seine Redeleitung soll zu mindestens 50% von weiblichen Präsident\*innen erfolgen.

806 Die Kreisverbände sind aufgerufen, eine Quotierung ihrer Delegationen ggf. durch Ergreifen geeigneter  
807 Maßnahmen, bspw. der Abmeldung von Delegierten und der Verkleinerung der Delegation bis zur  
808 Erreichung der Quotenvorgaben, sicher zu stellen. Wir werden Anträge, die nicht in  
809 geschlechtergerechter Sprache verfasst wurden, nicht behandeln. Wir werden unquotierte  
810 Delegationen weiterhin zur Rechtfertigung aufs Präsidium bitten und sie entschlossen auffordern, sich  
811 eine harte Quote zu geben. Antragsteller\*innen, insbesondere der Landesvorstand und die  
812 Kreisverbände, sollen, wenn sie mehrere Anträge einbringen, insgesamt auf eine quotierte Einbringung

813 achten, damit Anträge nicht immer von Männern eingebracht werden. Die Redeliste beginnt strikt mit  
814 der Antragseinbringung, sodass, wenn ein Mann den Antrag einbringt, eine nicht-männliche Person  
815 folgen muss. Mindestens eine Gegenrede ist möglich. Bei der Einladung von Gastredner\*innen für  
816 Grußworte hält der Landesvorstand die 50-Prozent-Quote ein. Wir werden auch künftig anstreben,  
817 stets alle Anträge auf jeder Landesdelegiertenkonferenz zu behandeln. Die Antragsdebatten sollen im  
818 Zentrum der LDKen stehen. Grußworte müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Antragsdebatte  
819 stehen und nach Möglichkeit an diese gekoppelt sein.

820 Durch die Antragsarbeit auf der Landesdelegiertenkonferenz beschließen wir eigene politische Inhalte  
821 und stellen Forderungen an politische Akteur\*innen, größtenteils parteiinterne Gremien und Mandats-  
822 sowie Amtsträger\*innen. Jedes Jahr werden deutlich mehr Anträge an den Bundeskongress der Jusos  
823 entsendet, als von diesem bearbeitet werden können. Wir wollen daher in Absprache mit den anderen  
824 Landesverbänden auch weiterhin nur eine enge Auswahl an Anträgen an den Bundeskongress  
825 entsenden. Diese sind Anträge mit sorgfältiger Analyse, die eine wichtige grundsätzliche Beschlusslage  
826 der Jusos erwirken wollen oder eine neue Beschlusslage enthalten, bzw. gegensätzlich zur aktuellen  
827 stehen.

828 Der Landesvorstand wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf den Landesdelegiertenkonferenzen  
829 zukünftig wieder ein für die Teilnehmer\*innen kostenfreies Mittagessen sowie Wasser angeboten  
830 werden kann und die Kosten hierfür durch die Landes-SPD übernommen werden. Zudem wird auf  
831 ausreichende Pausenregelungen und eine möglichst barrierearme Ausgestaltung der  
832 Landesdelegiertenkonferenzen geachtet. Der Landesvorstand organisiert bei Bedarf eine  
833 Kinderbetreuung.

834 Der Umwelt zuliebe werden die Antrags- und Änderungsantragsbücher in Zukunft nur noch bei Bedarf  
835 in ausgedruckter Form bereitgestellt. Dafür wird nach Antragschluss eine Abfrage unter den  
836 Delegierten durchgeführt. Ein kleines Kontingent an Änderungsantragsbüchern wird auf der LDK zur  
837 Verfügung gestellt.

### 838 **Erweiterter Landesvorstand**

839 Der erweiterte Landesvorstand (eLV), besteht aus den Kreisvertreter\*innen, von denen eine\*r der\*die  
840 Vorsitzende oder eine\*r der Kreissprecher\*innen des jeweiligen Kreises ist, und dem Landesvorstand.

841 Zusätzlich wird aus jedem Arbeitskreis sowie von den Juso-Schüler\*innen je ein\*e Vertreter\*in  
842 kooptiert. Der erweiterte Landesvorstand dient der Kontrolle des Landesvorstandes, der  
843 Beschlussfassung, der Mitorganisation des Informationsaustausches zwischen den verschiedenen  
844 Verbandsebenen und der aktiven Gestaltung des politischen Meinungsbildungsprozesses der Jusos  
845 Berlin zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. Der Juso-Landesvorstand bereitet die Sitzungen  
846 des erweiterten Landesvorstandes vor und lädt frühzeitig, aber mindestens zwei Wochen im Voraus,  
847 ein. Anträge, Protokolle und Beschlüsse des erweiterten Landesvorstands werden per Mail allen  
848 interessierten Mitgliedern zugänglich gemacht. Der eLV trifft sich mindesten 4 Mal im Jahr.

### 849 **Landesvorstand**

850 Der Landesvorstand ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin zwischen den  
851 Sitzungen des erweiterten Landesvorstands. Er vertritt den Landesverband nach außen und koordiniert

852 die Arbeit des Landesverbands. Bei Kooptierungen wird strikt auf die Quote des Gesamtvorstands  
853 geachtet. Für den Fall, dass der Landesvorstand weitere Personen soweit nicht in den Richtlinien der  
854 Jusos Berlin bereits vorgesehen kooptiert, erfolgt dies ausschließlich für konkrete klar definierte  
855 Aufgaben. Die Aufgabenbeschreibung wird dem eLV vom LaVo zum Beschluss vorgelegt. Um eine enge  
856 Anbindung an die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise zu gewährleisten,  
857 übernimmt jedes gewählte Mitglied des Landesvorstands die Betreuung eines oder mehrerer Kreise.  
858 So soll jeder Kreis und jeder Arbeitskreis eine\*n Ansprechpartner\*in im Landesvorstand haben, um  
859 diese\*n bei Fragen, Problemen oder Anregungen zu konsultieren. Der Landesvorstand trifft sich  
860 mindestens einmal monatlich. Über seine Sitzungen berichtet er dem erweiterten Landesvorstand. Alle  
861 zwei Jahre legt er einen ausführlichen Rechenschaftsbericht der Landesdelegiertenkonferenz vor. Er  
862 legt jährlich einen Gleichstellungsbericht der Landesdelegiertenkonferenz vor.

### 863 **Anti-Sexismus-Kommission (ASK)**

864 Die Anti-Sexismus-Kommission berät und unterstützt Betroffene sexistischen Verhaltens im  
865 Landesverband. Um die Sichtbarkeit der Kommission zu erhöhen, stellen sich die Mitglieder dem eLV  
866 und auch direkt in den Kreisen sowie auf den Landesdelegiertenkonferenzen vor. Sie werden von der  
867 LDK für zwei Jahre und ein halbes Jahr nach den ordnungsgemäßen Wahlen des Landesvorstandes  
868 gewählt. Sie soll mehrheitlich aus FLINTA-Personen bestehen. Die Mitglieder und eine direkte  
869 Kontaktmöglichkeit werden zentral auf der Homepage veröffentlicht. Die ASK-Mitglieder nehmen an  
870 Weiterbildungen teil und beraten den Landesverband bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen  
871 Sexismus. Sie werden vom Landesvorstand in ihrer Arbeit unterstützt.

### 872 **Arbeitskreise**

873 Arbeitskreise sind wichtige Bestandteile unseres Verbands. Sie schaffen die Möglichkeit, kontinuierlich  
874 an Themenbereichen zu arbeiten und über Kreisgrenzen hinweg Positionen zu diskutieren und  
875 weiterzuentwickeln. Sie arbeiten themenspezifisch. Zur Einrichtung eines Arbeitskreises ist die Vorlage  
876 eines kurzen Konzepts auf der LDK mit der thematischen Schwerpunktsetzung für das nächste Jahr,  
877 sowie langfristige Perspektive für den Arbeitskreis erforderlich. Der eLV lädt die Arbeitskreise jährlich  
878 zur Evaluation ein.

### 879 **Projektgruppen**

880 • Unser Verständnis einer vitalen Verbandskultur ist geprägt von der Überzeugung, dass  
881 politische Arbeit nicht ausschließlich in institutionalisierten Gruppen stattfinden kann und  
882 darf. Wir wollen es daher weiterhin ermöglichen, dass Genoss\*innen sich themenbezogen  
883 und kurzfristig zu Projektgruppen zusammenschließen, um Anträge oder Veranstaltungen zu  
884 erarbeiten oder vorzubereiten und Themen zu diskutieren. Der Landesvorstand setzt  
885 Projektgruppen ein und fördert solcherlei Bestrebungen auch weiterhin in organisatorischer  
886 Hinsicht. Zur Einrichtung einer Projektgruppe ist die Vorlage eines kurzen Konzepts mit der  
887 thematischen Schwerpunktsetzung erforderlich. Sobald das im Konzept dargelegte Ziel  
888 erreicht ist, endet die Laufzeit von Projektgruppen.

**Antragssteller\*innen:** Juso-Hochschulgruppen Berlin

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

## **B1\_1/22 Sichere Perspektiven schaffen! – Studierende auf der Flucht**

1 Der Angriffskrieg der Russischen Föderation zwingt unzählige Menschen in der Ukraine zur Flucht in  
2 europäische Nachbarstaaten und zur Aufgabe ihres bisher gekannten Alltags. Nach einer Schätzung  
3 des DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) werden etwa 100.000 ukrainische  
4 Hochschulangehörige in Deutschland ankommen. Dies ist Ausdruck der hohen Studierendenquote von  
5 82,67 % und Beliebtheit einer akademischen Laufbahn in der Ukraine. Mit der hohen Anzahl an  
6 geflüchteten Hochschulangehörigen geht eine besondere Verantwortung der hiesigen Hochschulen  
7 einher. Im Folgenden soll dargestellt werden, welche Maßnahmen jetzt vom Bund, den Ländern und  
8 den Studierendenwerken sowie den Hochschulen notwendig sind, um sichere Perspektiven für die  
9 ankommenden Studierenden zu schaffen.

10 Aus der Ukraine fliehen derzeit sowohl internationale Studierende aus Drittstaaten sowie ukrainische  
11 Studierende. Die Herausforderungen für die Hochschulen und die Politik ähneln sich für beide Gruppen  
12 in einigen Aspekten wie bspw. bei der Organisation von Wohnraum. Gerade in Finanzierungs- oder  
13 Aufenthaltsrechtlichen Problematiken bedarf es jedoch differenzierter Lösungen.

### **Ukrainische Studierende langfristig absichern!**

15 Ankommende Geflüchtete sind neben der Organisation ihrer Erstversorgung insbesondere mit  
16 finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Für uns ist klar und selbstverständlich: Fehlendes Geld  
17 darf einer Ausbildung an einer Hochschule niemals entgegenstehen! Daher müssen langfristige  
18 Konzepte entwickelt werden, um eine der Lebenswirklichkeit angepasste Studienfinanzierung für  
19 geflüchtete Studierende zu ermöglichen.

20 Wir fordern ein Unterstützungsprogramm des Bundes und der Länder mit mind. 80 Millionen Euro,  
21 anknüpfend an den schon bestehenden Vorschlag des DAAD, um den ankommenden ukrainischen  
22 Geflüchteten eine sichere Studienfinanzierung zu ermöglichen. Dabei darf es sich nicht nur um  
23 einmalige Soforthilfe handeln, sondern es müssen langfristige Stipendien vergeben werden, die den  
24 Studierenden das Erreichen eines Studienabschlusses in Deutschland und den Einstieg in den  
25 Arbeitsmarkt ermöglichen.

26 Die Vergabe von Stipendien wird vor dem Hintergrund der zu erwartenden Anzahl an ankommenden  
27 Studierenden jedoch nicht ausreichen, um eine flächendeckende Studienfinanzierung anzubieten.  
28 Daher fordern wir, das BAföG für ukrainische Studierende zu öffnen! Die unklare juristische Lage um  
29 die Anerkennung eines vorübergehenden Aufenthaltstitels gemäß § 24 AufenthG, den geflüchtete  
30 Ukrainer\*innen momentan zum Aufenthalt in Deutschland bekommen, zur BAföG-Berechtigung

31 gemäß § 8 BAföG, welcher den Kreis der Berechtigten und die Voraussetzungen definiert, muss  
32 zugunsten einer echten BAföG-Öffnung aufgelöst werden.

33 **Konkret fordern wir vom Bund und den Ländern für geflüchtete ukrainische Studierende:**

- 34 - **Umfassendes gemeinsames Unterstützungsprogramm** mit mind. 80 Millionen Euro, insb. für  
35 Vergabe langfristiger Stipendien
- 36 - **Öffnung des BAföG** für Studierende aus der Ukraine
- 37 - **Langfristige Hilfen**, welche auch den Erwerb eines akademischen Titels, die Anerkennung von  
38 bereits bestehenden Abschlüssen und den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen

39 **Echte Bleibeperspektive für Studierende aus Drittstaaten!**

40 In der Ukraine waren bis zum Zeitpunkt der Invasion nach Schätzungen der UNESCO knapp 60000  
41 Studierende aus Drittstaaten eingeschrieben. Der DAAD erwartet, dass bis zu 3000 von ihnen nach  
42 Deutschland kommen könnten. Für uns ist klar: Internationale Studierende müssen ihr begonnenes  
43 Studium an europäischen Hochschulen beenden können, denn in der Ukraine bzw. auch in ihren  
44 Heimatländern ist dies für sie nicht möglich. Auch nach ihrem Studium ist ihnen, genau wie allen  
45 anderen Geflüchteten, ein Bleiberecht zu ermöglichen. Da die Ukraine Teil der EHEA (European Higher  
46 Education Area) ist, sind bisher erbrachte Studienleistungen auch in Deutschland anzurechnen.  
47 Entscheidend ist für einen Verbleib an europäischen Hochschulen die aufenthaltsrechtliche  
48 Perspektive:

49 Nach der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung vom 9. März 2022 ist es ukrainischen  
50 Staatsangehörigen sowie ausländischen Staatsangehörigen, die sich zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns  
51 in der Ukraine aufhielten, möglich ohne Visum nach Deutschland einzureisen. Während für ukrainische  
52 Studierende in der Folge die Möglichkeit besteht, einen Aufenthaltstitel nach § 24 Aufenthaltsgesetz  
53 zu erwerben, stehen internationale Studierende vor der Problematik, dass sie häufig keinen Anspruch  
54 auf Schutz nach Asyl- oder Aufenthaltsgesetz haben. Da die vorübergehende Aufenthaltsberechtigung  
55 nach der Verordnung nur bis zum 23. Mai 2022 gilt, stehen internationale Studierende unter  
56 besonderem Druck, sich bis zur Ausreiseverpflichtung um ein Anschlussstudium zu kümmern und unter  
57 den Schutz des § 16b AufenthG, welcher Aufenthaltstitel für immatrikulierte Studierende in  
58 Deutschland ermöglicht, zu fallen. Dies darf nicht hingegenommen werden! Wir schließen uns der  
59 Forderung des World University Service an, dass Studierende aus Drittstaaten, die nicht politisch  
60 verfolgt sind, eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer Fortführung ihres  
61 Studiums in der EHEA erhalten sollen.

62 Insbesondere BiPoC, die in der Ukraine leben und/oder studieren berichten von Gewalt- und  
63 Diskriminierungserfahrungen während ihrer Flucht. So wurde Ausländer\*innen innerhalb der Ukraine  
64 der Zugang zu Zügen und Bussen verwehrt, um Platz für ukrainische Bürger\*innen zu machen. Auch an  
65 Grenzübergängen und in den Nachbarländern erfahren ausländische Studierende nicht die gleiche  
66 Solidarität wie ukrainische Bürger\*innen. Und auch in Deutschland gibt es Berichte und Videos von  
67 rassistischem Vorgehen der Bundes- und Grenzpolizei. Wir verurteilen diese rassistische Praxis sehr  
68 entschieden. Für uns ist klar: Solidarität mit der Ukraine und Geflüchteten bedeutet Solidarität mit  
69 allen Geflüchteten – unabhängig von Ethnie, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung und  
70 Staatsangehörigkeit. Diese rassistischen Praktiken dürfen durch die Hochschulen, bspw. bei der  
71 Vergabe von Geldern oder Wohnheimplätzen, nicht fortgeführt werden!

72 **Konkret fordern wir vom Bund und Land für geflüchtete Studierende aus Drittstaaten:**

- 73 - **Aufarbeitung aller rassistischen Vorfälle** während der Flucht sowie kostenfreie
- 74 psychologische Betreuungsangebote und rechtliche Beratungsangebote für Betroffene
- 75 - **Aufnahme** in Unterstützungsprogramme der Hochschulen für ukrainische Studierende
- 76 - **Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis** bis zum Beginn des Wintersemesters 2024/25

77 **Folgen für bereits hier lebende ukrainische Studierende abfedern!**

78 Bereits vor Beginn der russischen Invasion waren etwa 6200 ukrainische Studierende an deutschen  
79 Hochschulen immatrikuliert (eingeschrieben). Ihre Lage ist durch den Angriffskrieg Russlands gegen ihr  
80 Heimatland insbesondere psychisch herausfordernd.

81 So müssen die Studierenden nicht nur um Ihre Verwandten und Freund\*innen im Kriegsgebiet bangen,  
82 sondern sich auch um ihre finanzielle Lebensgrundlage sorgen. Denn häufig sind ihre Aufenthalte in  
83 Deutschland durch ihre Eltern in der Ukraine finanziert, welche momentan selbst durch den Wegfall  
84 ihrer Erwerbstätigkeit o.ä. mit finanziellen Hindernissen konfrontiert sind. Im Rahmen des  
85 Unterstützungsprogramms von Bund und Ländern müssen daher die bestehenden STIBET-Stipendien  
86 (Ein Programm, das der verbesserten Betreuung internationaler Studierender gilt und gleichzeitig Stipendien für  
87 internationale Studierende stellt) des DAAD verlängert und aufgestockt werden. Durch die STIBET-  
88 Stipendien, welche von den Hochschulen vergeben werden, können Notlagen schnell und auf kurzem  
89 Wege für Studierende vor Ort aufgefangen werden.

90 Die Studierendenwerke spielen eine elementare Rolle in der Unterstützung von Geflüchteten vor Ort.  
91 Jedes Bundesland verfügt über ein eigenes Studierendenwerk, welche sich beispielsweise dem  
92 studentischen Wohnungsbau, Sprachkursen, Sozialberatungen, aber auch psychosozialen Hilfen für  
93 Studierende widmen. Seit Jahren sind die Studierendenwerke unterfinanziert. Dieser Mangel muss  
94 dringend ausgebessert werden! Denn momentan erscheinen die Studierendenwerke vor dem  
95 Hintergrund 100.000 ankommender Hochschulangehöriger nicht auf die Herausforderungen, bspw.  
96 durch ausreichend Plätze in den Studierenden-Wohnheimen, vorbereitet. Für hier lebende  
97 Studierende müssen die Studierendenwerke finanzielle Belastungen reduzieren: Dafür können die  
98 Mieten in den Wohnheimen gestundet, Mahlzeiten in den Mensen kostenfrei angeboten oder  
99 bestehende Mietverträge unbürokratisch verlängert werden.

100 **Konkret fordern wir für bereits hier lebende ukrainische Studierende:**

- 101 - **Schnelle Hilfen** durch die Hochschulen durch die eingerichteten **Nothilfefonds** bei akuten
- 102 finanziellen Notlagen
- 103 - **Unbürokratische Verlängerung** der bisherigen STIBET-Stipendien
- 104 - **Aufstocken der STIBET-Stipendien** durch den DAAD
- 105 - **Keine Semestergebühren** solange der Krieg in der Ukraine anhält. Dabei soll jedoch auch
- 106 nach dem Krieg ein Recht auf Beendigung des Studiums fortbestehen und aufrechterhalten
- 107 bleiben
- 108 - **Ausbau von Wohnheimplätzen**
- 109 - Eine **Stundung** der Mieten in den öffentlichen Wohnheimen sowie eine **Verlängerung der**
- 110 **Mietverträge**
- 111 - **Kostenloses Semesterticket** für den ÖPNV
- 112 - **Kostenlose Mahlzeiten** in den Mensen des Deutschen Studierendenwerks

113 Diese Forderungen sind selbstverständlich, soweit anwendbar, auf nach Kriegsbeginn aus der Ukraine  
114 geflüchtete Studierende zu übertragen. Dabei sollen keine Unterschiede zwischen Studierenden aus  
115 der Ukraine und aus den Drittstaaten gemacht werden.

### 116 **Berliner Hochschulen als aktive Integrationshilfe!**

117 Seit Kriegsbeginn versuchen die Hochschulen bei der Erstversorgung von ankommenden Studierenden  
118 zu helfen. Gerade bei der Vermittlung von Wohnraum oder Sprachkenntnissen müssen die  
119 Hochschulen ihre Verantwortung wahrnehmen, um Geflüchtete schnell zu integrieren und  
120 abzusichern. Dabei spielt insbesondere der Sozialraum Hochschule eine besondere Rolle: Durch die  
121 Einbindung in die Studierendenschaft können Geflüchtete schnell neue Freund\*innen finden oder  
122 schnelle Hilfe untereinander organisieren.

123 Dafür müssen die Hochschulen Mentoring-Programme schaffen, Austauschportale einrichten (wie  
124 bspw. an der Technischen Universität Berlin bereits für Wohnraum geschehen) und ihre  
125 psychosozialen Beratungsangebote stärken.

126 Der Anspruch der hiesigen Hochschulen muss es sein, allen Studieninteressierten eine Fortführung  
127 ihres Studiums zu ermöglichen. Die Berliner Hochschulen lassen in ihrer bisherigen Praxis nur in  
128 Einzelfallentscheidungen eine Immatrikulation (Einschreibung) zum Sommersemester 2022 als  
129 Regelstudierende zu. Geflüchtete Studierende sollen zunächst als Gasthörer\*innen bzw.  
130 Nebenhörer\*innen an den Hochschulen eingeschrieben werden. Dadurch besteht bspw. bereits die  
131 Möglichkeit, Sprachkurse an den Sprachzentren der Hochschulen zu besuchen. Diese sind elementar,  
132 um möglichst zügig das notwendige Sprachniveau für ein reguläres Studium zu vermitteln. Fehlende  
133 Sprachkenntnisse oder fluchtbedingt unvollständige Unterlagen dürfen aber nicht als Alibi von den  
134 Hochschulen verwendet werden, um Studieninteressierten die Immatrikulation zu verwehren, da  
135 insgesamt nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Für uns bedeutet dies: Mehr  
136 Studienplätze schaffen und alle Geflüchteten immatrikulieren!

### 137 **Konkret fordern wir von den Hochschulen:**

- 138 - **Schnelle und unbürokratische Immatrikulation und Modulanrechnung** geflüchteter  
139 Studierender auch bei unvollständigen Bewerbungsunterlagen
- 140 - Die Fortführung der eingerichteten **Nothilfefonds** für ukrainische Studierende und Forschende
- 141 - Die Einrichtung und langfristige Ausfinanzierung von **Mentoring-Programmen** und  
142 **Austauschportalen** zur Vermittlung von Wohnraum
- 143 - Ein umfassendes **Angebot zur Vermittlung von Sprachkenntnissen** auf allen Sprachniveaus  
144 (bis C1)
- 145 - Den **Ausbau von psychosozialen Beratungsangeboten** an den Hochschulen
- 146 - Den **Ausbau von Studienplätzen**, damit alle studieninteressierten Geflüchteten immatrikuliert  
147 werden können

### 148 **Deutsch-Ukrainische Forschungsk Kooperationen stärken!**

149 Die Ukraine ist ein enger Forschungspartner Deutschlands. In der Vergangenheit gab es verschiedene  
150 Programme und Initiativen, um strukturschwächere Hochschulen in der Ukraine zu unterstützen. Diese  
151 Bestrebungen müssen jetzt massiv intensiviert werden! Gerade in der jüngsten Vergangenheit haben  
152 sich die ukrainischen Hochschulen an europäische Standards angenähert, bspw. durch verpflichtende

153 Fremdsprachenkenntnisse für Dozierende. Unterstützung für Hochschulen vor Ort kann in der jetzigen  
154 Situation insbesondere durch die Organisation von gemeinsamen Lernmodulen oder den Transfer von  
155 Know-How an ukrainische Hochschulangehörige erfolgen. Darüber hinaus dürfen ukrainische  
156 Forschende und Lehrende durch die Flucht nicht gezwungen werden, ihre Forschungsvorhaben oder  
157 Lehrtätigkeiten aufzugeben. Daher müssen Programme wie „Scholars at Risk“ oder das „Walter-  
158 Benjamin-Programm“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) intensiviert und ausgebaut  
159 werden, damit Wissenschaftler\*innen an deutschen Hochschulen ihre Arbeit ohne finanzielle Sorgen  
160 fortsetzen können. Ebenso sind die Hochschulen und Institute gefragt, Wissenschaftler\*innen aus der  
161 Ukraine als Gastwissenschaftler\*innen aufzunehmen und an ihren Instituten einzubinden.

#### 162 **Konkret fordern wir:**

- 163 - **Aufnahme ukrainischer Forschender und Lehrender** durch Programme wie „Scholars at Risk“,  
164 damit bestehende Forschungsvorhaben fortgesetzt werden können
- 165 - **Ausbau deutsch-ukrainischer Kooperationen** wie bspw. durch das Programm „Digitale  
166 Zukunft gemeinsam gestalten: Deutsch-Ukrainische Hochschulkooperationen“
- 167 - **Gemeinsame digitale Lernmodule sowie Know-How Transfer** zwischen deutschen und  
168 ukrainischen Hochschulen

#### 169 **Russland und Belarus sanktionieren, Studierende schützen!**

170 Als Reaktion auf die russische Invasion haben die Politik, die Privatwirtschaft aber auch die  
171 Hochschulen umfassende Sanktionen gegenüber Russland und tlw. gegenüber Belarus umgesetzt.  
172 Ebenso gibt es jedoch in der russischen Zivilbevölkerung zahlreiche Individuen, die dem Putin-Regime  
173 entkommen möchten. So unterzeichneten hunderte russische Wissenschaftler\*innen eine Erklärung  
174 gegen den Angriffskrieg Russlands. Dieses zivile Engagement ist beeindruckend und verdient  
175 Anerkennung!

176 Gerade von den Hochschulen kann gesellschaftliche Veränderung ausgehen, daher sollen russische  
177 Studierende weiterhin die Möglichkeit haben, sich an deutschen und Berliner Hochschulen zu  
178 immatrikulieren. Ebenso sollen bereits eingeschriebene Studierende in Berlin ihr Studium fortsetzen  
179 dürfen. Dies haben die Berliner Hochschulen in ihrer bisherigen Praxis bereits so gehandhabt.

180 Zwischen Deutschland und Russland gab es zahlreiche akademische sowie forschungsbezogene  
181 Programme des Austauschs. Die DFG (Deutsche Förderungsgesellschaft) förderte mehr als 300  
182 Kooperationsvorhaben mit Russland. Auch die Berliner Hochschulen haben in der Vergangenheit enge  
183 Forschungsk Kooperationen mit russischen Hochschulen geführt, wie bspw. die TU Berlin mit der St.  
184 Petersburg Polytechnic University. Diese Zusammenarbeit wird durch Putins Angriffskrieg fundamental  
185 in Frage gestellt. Wo ein Völkerrechtsbruch besteht, darf es keine Normalität geben. Dies muss trotz  
186 Science Diplomacy (Wissenschaftsdiplomatie) auch für die Wissenschaft gelten. Wir fordern daher,  
187 dass aufgrund der aktuellen Lage gemeinsame Kooperationen gestoppt werden und die bereits  
188 suspendierten Kooperationen nicht fortgesetzt werden. Zum Beispiel die Berliner Hochschulen haben  
189 die Empfehlungen des DAAD dahingehend umgesetzt. Insbesondere dürfen keine Nutzungsrechte an  
190 Forschungsergebnissen an russische Hochschulen übertragen oder Geldleistungen veranlasst werden.

191 Russland und Belarus verstoßen nicht erst seit der Invasion gegen die Werte der European Higher  
192 Education Area, dem Bündnis der Staaten des Bologna-Prozesses. Daher ist auch der vollständige

193 Ausschluss russischer und belarusischer Hochschulen aus der European Higher Education Area und der  
194 European University Association unausweichlich.

195 **Konkret fordern wir:**

- 196 - Den vollständigen **Ausschluss russischer und belarusischer Hochschulen aus der EHEA und**  
197 **EUA** (Europäische Universitätsvereinigung)
- 198 - **Keine Aufnahme** neuer Kooperationen mit russischen Hochschulen und **Aussetzen** aller  
199 bisherigen Kooperationen
- 200 - In absoluten Ausnahmen können Kooperationen fortgeführt werden, wenn dies lediglich  
201 einem einseitigen Datenaustausch dient und kein Wissens- oder Geldtransfer nach Russland  
202 erfolgt
- 203 - **Fortbestehende Möglichkeit der Immatrikulation für russische und belarusische**  
204 **Studierende**, die an einer hiesigen Hochschule ein Studium aufnehmen möchten.
- 205 - Möglichkeiten der Forschung und Anstellung von russischen Wissenschaftler\*innen an  
206 deutschen Hochschulen, wenn ihnen durch ihr ziviles Engagement die Verhaftung droht.

207 Insgesamt bekennen wir uns dazu, dass all die in diesem Antrag formulierten Forderungen  
208 grundsätzlich auf alle geflüchteten Studierenden angewendet werden sollen. Es darf kein Unterschied  
209 zwischen Menschen gemacht werden, die aus verschiedenen Orten flüchten.

**Antragssteller\*innen:** AK Bildung

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B2\_1/22 Die Wiederherstellung der Parität in der Schulkonferenz an Berliner Schulen**

1 Seit der letzten Schulgesetzänderung wurde die Zusammensetzung der Schulkonferenz geändert. So  
2 kann die Konferenz des schulischen Personals (Gesamtkonferenz) fünf statt vorher vier  
3 stimmberechtigte Mitglieder in die Schulkonferenz, dem obersten Beratungs- und Beschlussgremium,  
4 wählen, wobei mindestens je eine dieser Personen dem sonstigen pädagogischen Personal der Schule  
5 aus der ergänzenden Förderung und Betreuung und der schulbezogenen Jugendsozialarbeit  
6 angehören soll [...].

7 Die Intention die Schulsozialarbeit stärker in die schulischen Gremien zu integrieren unterstützen wir.  
8 So kann die Schulsozialarbeit auch in der Schulkonferenz wichtige Sichtweisen mit einfließen lassen  
9 und die Gremienarbeit unterstützen.

10 Gleichzeitig teilen wir die Bedenken der Berliner Schüler\*innenschaft, dass in dem Zuge die  
11 paritätische Besetzung der Schulkonferenz aufgelockert wurde. So wurde das paritätische Verhältnis  
12 zwischen pädagogischem Personal, Eltern und Schüler\*innen aufgebrochen. Diese Änderung fällt  
13 eindeutig zulasten der Schüler\*innen und Eltern aus und lässt sich nicht mit dem legitimen Interesse  
14 begründen, die Schulsozialarbeit stärker zu integrieren.

15 Wir fordern eine Regelung, in der die Sichtweisen der Schulsozialarbeit in der Schulkonferenz  
16 eingebracht werden können, die Parität jedoch erhalten bleibt. Wir fordern daher das Schulgesetz  
17 erneut zu ändern, sodass die Schulsozialarbeit mit Stimmrecht der Schulkonferenz angehört, jedoch  
18 künftig auf das vier Personen Kontingent des pädagogischen Personals zu wählen ist. Die Änderung soll  
19 vor Schuljahresbeginn rechtlich umgesetzt werden.

**Antragssteller\*innen:** AK Bildung

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B3\_1/22 Politische Bildung als allgemeiner Teil der Lehrkräfteausbildung**

1 Von den drei fächerübergreifenden Unterrichtsbestandteilen Sprach-, Medien- und politische Bildung  
2 hat nur erstere einen festen Platz in der Berliner Lehrkräftebildung. Sich näher mit Sprachbildung zu  
3 beschäftigen, ist für angehende Lehrkräfte zweifellos unverzichtbar. Doch wie Schüler\*innen ohne  
4 entsprechende Sprachkenntnisse einen schweren Stand im Berufsleben haben, so gehört auch die  
5 demokratische Bildung zu den Voraussetzungen um sich allgemein in unserer demokratischen  
6 Gesellschaft bewegen und behaupten können. Demokratische Bildung ist uns deshalb ein zentrales  
7 Anliegen. Wir müssen uns verstärkt damit auseinandersetzen.

8 Politische Bildung ist daher mehr als das Unterrichtsfach. Sie ist wesentlich dafür, dass sich  
9 Schüler\*innen in unserer Demokratie zu mündigen Bürger\*innen entwickeln. Sie muss deshalb in allen  
10 Fächern und über den Unterricht hinaus in die schulische Bildung und in das Schulleben einbezogen  
11 werden. Das Schulfach "Politische Bildung" verschafft hingegen andere Fachlehrer\*innen tendenziell  
12 eine Ausrede, sich weniger eingehen darum zu kümmern. Schüler\*innen sehen in der politischen  
13 Bildung häufig nur ein Schulfach unter vielen – und im Gegensatz zu z.B. Deutsch nicht mal ein  
14 Hauptfach. Politische Bildung muss fächerübergreifend im Unterricht systematischer integriert und  
15 expliziter adressiert werden. Dafür brauchen die Lehrkräfte die entsprechende Ausbildung.

16 Darum fordern wir Politische Bildung neben den derzeit bestehenden Fortbildungsangeboten auch  
17 verpflichtend in die Lehrkräftebildung zu integrieren. Wir appellieren an die SPD, dass die Konzeption  
18 der politischen Bildung im allgemeinen Bachelor of Education Berücksichtigung findet.

19

**Antragssteller\*innen:** Jusos SZ

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B6\_1/22 Angleichung der Abschlüsse von Sozialpädagog\*innen**

- 1 Berlin hat einen enormen Mangel an Lehrkräften und Sozialpädagog\*innen. Aufgrund dessen ist es
- 2 unumgänglich den Wechsel dieser Fachkräfte nach Berlin zu erleichtern. Bisher ist es als
- 3 Sozialpädagog\*in nicht möglich in Berlin automatisch eine staatliche Anerkennung für den in einem
- 4 anderen Bundesland erworbenen Bachelor-Abschluss zu erhalten. Dies ist jedoch besonders dann
- 5 wichtig, wenn eine Anstellung im öffentlichen Dienst angestrebt wird. Das Sozialberufe-
- 6 Anerkennungsgesetz sieht laut Senatsverwaltung eine staatliche Anerkennung nur vor, wenn das
- 7 Studium der Sozialarbeit oder Sozialpädagogik einschließlich einer Praxisausbildung an einer
- 8 staatlichen oder staatlich anerkannten Fachschule im Land Berlin erfolgreich abgeschlossen wurde.
  
- 9 Bisher kann dieses Problem nur durch ein erneutes Einschreiben in eine Berliner Fachschule gelöst
- 10 werden.
  
- 11 Wir fordern daher:
  
- 12 Eine Gleichstellung der Anerkennungsvoraussetzungen im Vergleich zu anderen Bundesländern auf
- 13 der Grundlage eines abgeschlossenen Bachelor-Studiengangs im sozialpädagogischen Bereich.
  
- 14 Neben der Erleichterung der Gleichstellung von Abschlüssen muss entsprechendes
- 15 Informationsmaterial für Sozialpädagog\*innen erstellt werden, um diese Personen gezielt anwerben zu
- 16 können und ihnen ein Wechsel des Bundeslandes zu erleichtern.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Tempelberg und Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **B7\_1/22 Gegen Kinderarbeit im Internet!**

1 Influencer\*innen - Menschen mit vielen Follower\*innen auf Social-Media-Plattformen - sind  
2 allgegenwärtig in der digitalen Welt. Viele Menschen filmen ihren Alltag und posten Produkte, die sie  
3 mögen oder für deren Werbung sie bezahlt werden. So werden beispielsweise Menschen bezahlt, die  
4 ihre Videos auf YouTube hochladen und wenn eine bestimmte Anzahl an Menschen diese anschauen.  
5 Während dies für viele Erwachsene eine Nebeneinkunft oder ihre Haupteinnahmequelle darstellt,  
6 tauchen auch immer wieder Kinder in diesen Videos auf.

7 So werden Kinder, manchmal ab dem Tag ihrer Geburt, fast täglich und dauerhaft gefilmt, auch um mit  
8 diesen 'Family-Vlogs' Geld zu verdienen. Dabei wird die Privatsphäre der Kinder oft massiv verletzt.  
9 Dabei haben auch Kinder ein Recht auf Privatsphäre, dies ist beispielsweise in der UN-  
10 Kinderrechtskonvention verankert. Hinzu kommt, dass auch das Mitspielen oder Vorkommen in den  
11 Videos für die Kinder Arbeit darstellen kann. So ist davon auszugehen, dass kapitalistische Interessen  
12 im Vordergrund stehen, wenn mit den Aufnahmen der Kinder Geld verdient wird, sei es durch die  
13 Videos an sich oder durch gezielte Produktplatzierungen. Neben Kindern, die auf Familienkanälen  
14 auftreten, gibt es auch komplette Kanäle, in denen fast ausschließlich Kinder als Influencer\*innen  
15 auftauchen. In diesen Videos bewerten Kinder beispielsweise Spielzeuge oder zeigen sich bei ihrer  
16 Routine für die Schule, während sie oftmals ebenfalls bezahlte Produktplatzierungen einsetzen.  
17 Aufgrund des jungen Alters der Kinder ist nicht davon auszugehen, dass ihnen der vollkommene  
18 Umfang und die Auswirkungen ihres Influencer\*innen-Daseins klar sind. Ebenfalls ist unklar, was mit  
19 den Einnahmen der Inhalte passiert. Da die Kinder noch nicht geschäftsfähig sind, müssen die Eltern  
20 dies verwalten. Somit ist nicht klar, dass das von den Kindern erarbeitete Geld auch ihnen  
21 zugutekommt.

22 Diese Arbeit findet allerdings im Privaten statt, das heißt wie der Ablauf der Arbeit ist - bis auf das  
23 öffentliche Endergebnis - ist nicht für Behörden usw. einsehbar. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist  
24 ebenfalls nicht auf die Arbeit von Kindern im Internet ausgelegt. So gibt es zwar Ausnahmen für die  
25 Arbeit von Kindern für Filmaufnahmen, allerdings sind diese auf professionelle Produktionen  
26 ausgelegt, nicht auf die Arbeit zuhause. Durch die Arbeit im Privaten gibt es auch keine Daten darüber,  
27 wie viele Kinder in Deutschland als Influencer\*innen arbeiten, was auch seitens des Deutschen  
28 Kinderhilfswerks kritisiert wurde.

29 Kinderarbeit ist in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt aus guten Gründen illegal. Kinder  
30 brauchen Zeit für ihre freie Entfaltung, ihre Schulbildung, Zeit für Freund\*innen, ohne sich mit  
31 kapitalistischen Logiken auseinandersetzen zu müssen. Das Internet stellt die Gesetzgeber\*innen hier  
32 vor die Aufgabe, möglichst schnell Wege zu finden, um Kinder auch vor digitalen Formen der  
33 Kinderarbeit zu schützen. Hierbei sind verschiedene Behörden und Dienste mit einzubeziehen.

34 Wir fordern daher:

- 35 ● **Mehr geschultes pädagogisches Personal an Schulen!** Die medienpädagogische Bildung in der  
36 Schule, insbesondere in Bezug auf Jugendarbeit im Netz, sollte einen größeren Fokus erhalten.  
37 Hierbei geht es um einen präventiven Ansatz, das heißt, dass das Problem angegangen wird,  
38 bevor es entsteht. Das pädagogische Personal soll dahingehend geschult werden, diese  
39 Problematiken frühzeitig zu erkennen und die Schüler\*Innen ggf. im Umgang mit der Thematik  
40 zu unterschützen.
- 41 ● **Konkretes Handeln braucht konkrete Zahlen:** Wir fordern, dass eine Studie in Auftrag gegeben  
42 wird, die untersucht, wie viele Kinder und Jugendliche im Internet arbeiten. Darüber hinaus  
43 soll untersucht werden, in welchen Altersklassen die Kinder sind, die im Internet arbeiten. Um  
44 Jugendarbeitsschutz auch im Internet durchzusetzen, braucht es konkrete Regelungen. **Daher**  
45 **fordern wir die explizite Erwähnung von Arbeit im Internet im Jugendarbeitsschutzgesetz.**
- 46 ● **Abteilungen in den Regional-Sozialpädagogischen Diensten (RSD) schaffen, die sich explizit**  
47 **mit dem Thema auseinandersetzen:** Wir fordern die Aufstockung des Personals des RSD,  
48 welches sich explizit mit dieser Thematik auseinandersetzt und dafür zuständig ist. Die massive  
49 Unterbesetzung der Jugendämter gilt es zu beheben. In der Zusammenarbeit der Arbeit der  
50 Jugendämter und den Eltern sollen Angebote, die zu einer Sensibilisierung der Eltern führen,  
51 konzipiert und angewendet werden!
- 52 ● **Zusammenarbeit von Jugendamt und Gewerbeaufsicht im Umgang mit Kinder- und**  
53 **jugendlichen Influencer\*innen:** Die multiprofessionelle Zusammenarbeit von dem RSD und  
54 der Gewerbeaufsicht ist ein essentieller Faktor in dieser Thematik. Daher fordern wir eine Art  
55 "Taskforce" aus beiden Professionen und Arbeitsgebieten, sodass den Kindern und  
56 Jugendlichen effizienter geholfen werden kann. Kinder und Jugendliche, die zur Schule gehen  
57 oder eine andere Bildungseinrichtung besuchen, haben eine zu hohe Belastung von den zu  
58 erwarteten Lerninhalten, wenn zudem noch eine übermäßige Belastung durch die Arbeit als  
59 Kinder- und Jugendlichen-Influencer\*innen hinzukommt. Dies kann massive  
60 Entwicklungspsychologische negative Folgen für die Kinder und Jugendlichen haben, welche  
61 unter Doppelbelastung leiden. Dementsprechend ist es auch wichtig, dass die  
62 Gewerbeaufsicht bei solchen Tätigkeiten auf die Kindeswohlkonforme Einhaltung der  
63 Richtlinien achtet. Dies sollte Aufgabe der RSD Mitarbeiter\*innen sein, damit die betroffenen  
64 Kinder und Jugendlichen bestmöglich und schnellstmöglich aktiv unterstützt werden.
- 65 ● **Wir bleiben bei unserer Forderung, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden**  
66 **müssen:** "Kinder haben Rechte", Rechte die in unserem Grundgesetz verankert werden  
67 müssen. 1992 hat sich Deutschland der verbindlichen Ratifizierung verpflichtet, "die Rechte  
68 von Kindern zu achten, zu schützen und zu fördern". Hierbei geht es darum, dass die Kinder  
69 (alle Personen unter 18) einen besonderen "Schutz" genießen sollen. Dies umfasst sowohl die  
70 Anerkennung als eigenständiges Recht der Persönlichkeit, das Kindeswohl an allererster Stelle  
71 bei allen zu entscheidenden Punkten, das Recht auf eine freie und adäquate Entwicklung und  
72 Entfaltung, Recht auf Schutz, eine angemessenen Förderung, zudem auch einen  
73 angemessenen Lebensstandard, außerdem die Verpflichtung des Staates, für kindgerechte  
74 Lebensbedingungen Sorge zu tragen. Die Verankerung als eigenständigen Bestandteil im  
75 Grundgesetz ist essentiell für die Stärkung und Wahrnehmung der Kinder und Jugendlichen in

76 unsere Gesellschaft. Darum fordern wir eine zeitnahe Verankerung der am 5. April 1992  
77 ratifizierten UN-Kinderrechtskonventionen im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

- 78 • **Workshops in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zur Sensibilisierung für das**  
79 **Problem:** Soziale Medien sind ein Teil der heutigen Bildungslandschaft, allerdings sind sie noch  
80 nicht immer in Lehrplänen vertreten - im Rahmenlehrplan Berlin tauchen sie zum Beispiel nur  
81 zum Teil auf. Die meisten Kinder und Jugendlichen haben heutzutage mind. einen Social-  
82 Media-Zugang oder nutzen die Accounts von ihren gesetzlichen Erziehungsberechtigten, was  
83 vorerst nicht verwerflich ist. Jedoch kann die Nutzung ohne eine Sensibilisierung und  
84 Schulungen auch große Gefahren mit sich bringen. So steigt beispielsweise die Anzahl der  
85 Abhängigen, Suizidgefährdeten und psychisch Belasteten aufgrund von Medien und explizit  
86 Social-Media Konsum kontinuierlich an. Deshalb sollten Schulen in diesen Punkten die  
87 Familien/gesetzlichen Erziehungsberechtigten unterstützen. Hierzu sollten die Schüler\*innen  
88 über die Gefahren und ihre Rechte, explizit ihre Rechte im Netz, aufgeklärt werden. Das wäre  
89 ganz im Sinne eines lebensweltorientierten Bildungs- und Erziehungsauftrages. Dies könnte  
90 zum Beispiel durch Workshops und Seminare für Schüler\*innen geschehen. Schüler\*innen  
91 sollen dabei eine gewisse Partizipation in Workshops und Seminaren erhalten.

**Antragssteller\*innen:** AK Internationales

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **E2\_1/22 Die Fehler von 1992 auf dem Westbalkan nicht wiederholen – Putin, hands off Bosnia**

1 Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurde der Frieden und die Stabilität vor Ort  
2 nachhaltig erschüttert und eine Zeitenwende für Europa markiert. Die internationale  
3 Staatengemeinschaft und die EU müssen nun mit gebündelter Kraft und entschiedener Stärke gegen  
4 Putin vorgehen. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass dies nicht der erste Krieg in den letzten  
5 Jahrzehnten auf europäischem Boden ist: Vor 26 Jahren hat der blutige Krieg in Bosnien durch das  
6 Friedensabkommen von Dayton 1995 ein Ende gefunden.

7 Dennoch ist Bosnien-Herzegowina bis heute von ethnopolitischen Konflikten geprägt, die durch die  
8 nationalistische Kriegsrhetorik des serbischen Vertreters im gesamt-bosnischen Staatspräsidium,  
9 Milorad Dodik, weiter befeuert werden. Dieser kündigte im Herbst 2021 die Boykottierung und  
10 Auflösung gesamtstaatlicher Institutionen und die Sezession der Republika Srpska vom restlichen Teil  
11 Bosnien-Herzegowinas an. Außerdem verfolgt er das Ziel, die Streitkräfte des Landes zu spalten und  
12 eine eigene Armee für die Republik Srpska aufzubauen. Dies ist nicht nur secessionistisches Verhalten,  
13 es öffnet außerdem die Wunden des Völkermords von Srebrenica, der von Dodik zwar geleugnet wird,  
14 aber von der damaligen Armee Srpskas verübt wurde. Rückendeckung lieferte dabei kein Geringerer  
15 als der Kreml, der unter anderem dafür sorgte, dass der Hohe Repräsentant Christian Schmidt seinen  
16 Rechenschaftsbericht zu der Lage in Bosnien nicht vor dem Weltsicherheitsrat präsentieren konnte  
17 und damit das Bewusstsein für die Sezessionsbestrebungen und dessen Ausmaß bei der  
18 internationalen Staatengemeinschaft gezielt beeinflusste. Nach einer Abspaltung Srpskas wird  
19 vermutet, dass sich diese Entität Serbien anschließen wollen könnte - ein Land, das von dem Putin-  
20 Freund Aleksander Vucic regiert wird.

21 Im März 2022 äußerte sich zudem der russische Botschafter Igor Kalabuchow in Sarajevo zu einem  
22 möglichen NATO-Beitritt Bosnien-Herzegowinas und sagte, dass es zwar eine interne Angelegenheit  
23 des Landes sei, die Reaktion Russlands allerdings nicht. Zudem habe Russland am Beispiel der Ukraine  
24 gezeigt, was es erwarten werde und dass es eine Reaktion Russlands geben würde, sollte es  
25 „Drohungen“ in Bosnien-Herzegowina geben.

26 Unter anderem wegen solchen Aktionen aus Moskau wird derzeit vermutet, dass der Kreml den  
27 Balkan als nächsten Destabilisierungsort in Europa anvisiert. Die konkreten Befürchtungen sind dabei,  
28 dass Milorad Dodik die Sezessionsbestrebungen der Republika Srpska weiterführt und der Kreml  
29 dessen Unabhängigkeit anerkennt – so wie er es bei den Regionen Donezk und Luhanzk getan hat. Dies

30 wäre eine Katastrophe und würde den Beginn des nächsten Krieges auf europäischem Boden  
31 markieren.

32 Der Kreml hat nicht nur einmal bewiesen, dass er der Souveränität, territorialen Integrität und  
33 europäischen Werten keine Bedeutung zumisst und geopolitische Machtkämpfe auf dem Rücken  
34 kleinerer Staaten austrägt! Genauso wie im Fall der Ukraine hat Russland kein Recht, auf die  
35 Entscheidung bezüglich eines EU- oder NATO-Beitrittes eines souveränen Staates Einfluss zu nehmen.  
36 Das Thema muss in der außenpolitischen Agenda der EU höher priorisiert werden, damit der  
37 Westbalkan nicht zum zweiten akuten Kriegsherd auf europäischem Boden wird. Wir müssen der  
38 Abspaltung der Republika Srpska entgegenwirken und den Einfluss des Kremls auf den Westbalkan  
39 gezielt schwächen.

40 Forderung:

- 41 1. Die EU muss Bosnien-Herzegowina als Beitrittskandidat anerkennen, um ein politisches Signal  
42 zu setzen und zu zeigen, dass Bosnien nicht schutzlos dastehen wird
- 43 2. Beteiligung Deutschlands am EUFOR-Mandat zur militärischen Sicherheit in Bosnien-  
44 Herzegowina
- 45 3. Eine (Re-)Legitimierung der EUFOR-(multinationale, EU-Militärverbände) Mission über Annex  
46 1 des Friedensabkommens von Dayton, um die Mission vom UNSC (Sicherheitsrat der  
47 Vereinten Nationen) loszulösen und so ihre Fortführung trotz potentieller Vetos im UNSC zu  
48 gewährleisten.
- 49 4. Die Stärkung der Zivilgesellschaft muss in den außenpolitischen Instrumenten stärker  
50 gewichtet werden.
- 51 5. Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit müssen im Beitrittsprozess verstärkter  
52 angewendet werden.

**Antragssteller\*innen:** AK Internationales

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **E3\_1/22 Für eine Rückgabe von kolonialer Raubkunst**

1 Die deutsche Außenpolitik ist noch immer von kolonialen Kontinuitäten geprägt. Erst 2021 erkannte  
2 die Bundesregierung die Kolonialverbrechen an den Herero, Damara, San und Nama in Namibia als  
3 Völkermord an, wobei nach wie vor keine Entschädigungen an die Hinterbliebenen des Völkermordes  
4 an den Herero, Nama, Damara und San gezahlt wurden; die internationalen Beziehungen sind bis heute  
5 durch Rassismus, neokolonialistischer Ideologie und weiße Vorherrschaft geprägt. Fehlende  
6 Reparationen und Wiedergutmachung sind Symptome davon. Auch der Museumsbesuch erinnert uns  
7 an die kolonialen Verbrechen: Bis heute steht dort Raubkunst – und das, obwohl diese meistens explizit  
8 von den Regierungen der ehemals kolonisierten Staaten zurückgefordert wird. Dabei ist es für uns  
9 unabhängig, ob die Besitzverhältnisse der künstlerischen Objekte sich dabei in den letzten  
10 Jahrhunderten auf legalem Wege geändert haben. Für uns bleibt es vielmehr wichtig, wo sie ihren  
11 Ursprung haben und wie die Kunstobjekte und oftmals das kulturelle Erbe eines Landes entwendet  
12 wurden. So bleibt ursprünglich erworbene Raubkunst für uns nach wie vor Raubkunst, welche in  
13 Museen nichts verloren hat.

14 Im Sinne einer dekolonialisierten Außenpolitik, unserer historischen Verantwortung und  
15 internationalen Beziehungen auf Augenhöhe, fordern wir, dass eine staatliche Stelle eingerichtet wird,  
16 die sich proaktiv mit der Raubkunst, die in deutschen Museen und Archiven zu finden ist  
17 auseinandersetzt. Es soll weitestgehend aufgeklärt werden, wie die Kunst nach Deutschland gekommen  
18 ist und Kontakt zu den beraubten hergestellt werden um ihnen die gestohlene Kunst, sofern betroffene  
19 nicht aktiv auf Anspruch verzichte, ausgehändigt.

20 Es reicht nicht aus, ein Recht auf Rückforderung für die Regierungen der ehemals kolonisierten  
21 Staaten einzuführen, da dies die Logik der politischen Struktur des Globalen Nordens Akteuren des  
22 Globalen Südens aufzwingt. Die Hinterbliebenen der Herero, Nama, Damara und San leben auch  
23 heute noch in Armut im eigenen Land. Sie werden auch von den Verhandlungen zur Aufarbeitung  
24 ausgeschlossen, welche zwischen der deutschen und der namibischen Regierung geführt werden. Für  
25 einen respektvollen Umgang mit den Kulturen und Identitäten der ehemals Kolonisierten muss eine  
26 konsequent dekolonialisierte Außenpolitik die Umstände und Strukturen in den ehemaligen Kolonien  
27 anerkennen und sich um die aktive Rückgabe von Raubkunst an die Beraubten bemühen.

28 Wir fordern alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, das  
29 Kulturschutzgesetz dahingehend zu konkretisieren. Es darf keine Verjährung geben.

**Antragssteller\*innen:** AK Internationales und Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **E5\_1/22 Klare Kante gegen Angriffskriege – Kriegstreiber aus der SPD**

1 Mit dem Einmarsch in die Ukraine hat Präsident Putin in der Nacht zum 24.2.2022 Tatsachen  
2 geschaffen. Die vorgebrachten Gründe für diesen Einmarsch sind faktisch falsch.

3 Während die Bundesregierung und alle demokratischen Parteien in Deutschland inzwischen das  
4 Verhalten Putins uneingeschränkt verurteilen, schafft es Altkanzler Schröder weiterhin nicht, sich von  
5 seinem indirekten Arbeitgeber und gutem Freund Putin zu distanzieren. Nicht nur bleibt er  
6 Aufsichtsratsvorsitzender vom Staatskonzern Rosneft, sondern er schreibt in Statements von Fehlern  
7 auf beiden Seiten des Konflikts und spricht damit der Ukraine eine Mitschuld an der  
8 völkerrechtswidrigen Invasion ihres Landes zu. Eine Kritik in der angemessenen Schärfe bleibt zu  
9 vermissen. Sein Verweis darauf, dass Sanktionen wirtschaftlich nicht zu sehr schaden dürfen, verliert  
10 im Blick auf den Interessenkonflikt als direkt von Wirtschaftssanktionen betroffener  
11 Aufsichtsratsvorsitzender jede Basis.

12 Auch im weiteren Kriegsverlauf, in dem Russlands Krieg nicht nur die ukrainische Zivilbevölkerung  
13 immer stärker trifft, sondern auch immer mehr Personen und Firmen ihre Zusammenarbeit mit  
14 Russland beenden, ist Schröder nicht bereit, sein Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft  
15 aufzugeben. Gleichzeitig bezieht er weiterhin monatlich mehr als 10.000€ als ehemaliger Kanzler und  
16 bleibt auch Mitglied der SPD.

17 Ein solches Verhalten ist nicht nur eines ehemaligen Kanzlers des demokratischen Deutschlands  
18 unwürdig, es hat auch im Wertekanon der SPD keinen Platz.

19 Das Verhalten von Altkanzler Schröder kann nicht weiter als Teil der SPD stattfinden. Neben dem Leid,  
20 welches er damit Demokrat\*innen in der Ukraine und in ganz Europa zufügt, schadet er damit direkt  
21 der SPD, weil seine Aussagen direkt mit der SPD verbunden werden und viele sie als Teilmeinung der  
22 SPD wahrnehmen können. Die SPD unterstützt keine Autokrat\*innen und keinen Angriffskrieg. Solange  
23 sich Gerhard Schröder weiter gegen diese Positionen äußert und weiter Gelder von russischen  
24 Staatsunternehmen bezieht, schadet er der SPD.

25 **Forderungen:**

- 26 - Ein Parteiausschluss Schröders
- 27 - Die Anstellung in lobbyistischen, leitenden oder repräsentativen Positionen bei staatlichen  
28 Unternehmen von Ländern wie Russland, die Angriffskriege führen oder Menschenrechte

- 29 missachten, wird per Unvereinbarkeitsbeschluss als nicht mit einer SPD-Mitgliedschaft  
30 vereinbar festgelegt
- 31 - Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für ein Ende der Finanzierung des Büros Schröders durch  
32 den Bundeshaushalt ein

**Antragssteller\*innen:** Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G4\_1/22 Das Gebären den Gebärenden, nicht Patriarchat und Kapitalismus!**

1 Der Beruf der Hebamme ist einer der ältesten „Frauenberufe“ der Welt. Trotz der elementaren  
2 Bedeutung dieses Berufs für die Gesellschaft haben Hebammen mit vielen Ungerechtigkeiten zu  
3 kämpfen: Sie werden zum Beispiel vergleichsweise niedrig vergütet trotz ihrer hohen Verantwortung  
4 für die Gebärenden und die Kinder. Hebammen fehlt es auch an Entscheidungsmacht während des  
5 Geburtsprozesses, da sie in Kliniken in der Hierarchie weit unter den Ärzt\*innen angesiedelt sind. So  
6 dürfen sie viele Entscheidungen nicht selbstständig treffen, obwohl sie die Kompetenz dazu hätten,  
7 und müssen Ärzt\*innen konsultieren. Meistens sind Hebammen für mehrere Geburten gleichzeitig  
8 verantwortlich und können dadurch keine persönliche und zeitintensive Betreuung garantieren, die  
9 während der Geburt so wichtig wäre. Diese Faktoren stellen alle einzeln, aber vor allem gemeinsam,  
10 eine enorme Belastung dar, die zu Burn-Out führen kann. Viele Hebammen erwägen, den Beruf ganz  
11 hinter sich zu lassen. In Deutschland herrscht bereits ein Hebammennotstand und Gebärende müssen  
12 um eine Betreuung bangen.

13 Ohne eine gerechte Behandlung von Hebammen und eine armutssichere Bezahlung kann keine  
14 professionelle und selbstbestimmte Geburt gewährleistet werden.

### Ohne gute Arbeitsbedingungen für Hebammen kein selbstbestimmtes Gebären

16 Gebärende sollen selber entscheiden können, wie und wo sie gebären wollen. Selbstbestimmung im  
17 Geburtsprozess ist essentiell für einen gesunden und angenehmen Geburtsprozess und die Beziehung  
18 von Eltern und Kind. Diese Selbstbestimmung scheitert häufig schon an der Wahl des Geburtsorts.  
19 Theoretisch ist es das Recht der Gebärenden zu entscheiden, wo das Kind zur Welt kommen soll;  
20 praktisch ist dies dank Hebammennotstand häufig nicht möglich. Es gibt schlicht nicht überall  
21 genügend Hebammen, um schwangere Menschen vor Ort zu betreuen. Diese Notlage wird vor allem  
22 dadurch verschärft, dass ein Großteil der Hebammen ihren Beruf aufgrund der hohen Belastungen  
23 nicht in Vollzeit ausüben kann. Dabei ist dieses Problem auf keinen Fall nur eines im ländlichen Raum:  
24 Im bundesweiten Vergleich befindet sich Berlin auf dem vorletzten Platz, was die Verfügbarkeit einer  
25 Hebamme für das Wochenbett - also die Betreuung der Eltern durch die Hebamme während der ersten  
26 Wochen nach Geburt - angeht. Junge Eltern profitieren daher zu häufig nicht von der Expertise, die  
27 Hebammen ihnen bieten könnten.

28 Eine flächendeckend und ausreichend verfügbare Betreuung ist wichtig, damit werdende Eltern mit  
29 der Verantwortung wichtiger Entscheidungen bezüglich des Geburtsprozesses nicht alleine gelassen  
30 werden. Denn eine rein informative Aufklärung reicht oftmals nicht aus; geburtsmedizinische

31 Entscheidungen müssen von Fachpersonal begleitet werden. Dafür braucht es eine funktionierende  
32 und vertrauensvolle Care-Beziehung zwischen werdenden Eltern und Hebamme. Das ökonomisierte  
33 Geburtshilfesystem verhindert oft flächendeckende Möglichkeiten funktionierender Care-  
34 Beziehungen. Daher ist es dringend nötig, dass sich die Arbeitsbedingungen für Hebammen  
35 verbessern, damit alle Personen so gebären können, wie sie wollen.

#### 36 Akademisierung des Hebammenberufs

37 Mit dem 2020 beschlossenen Hebammengesetz, das einer EU-Richtlinie zur Angleichung der Standards  
38 der Geburtshilfe in Europa folgt, wird der Hebammenberuf bis 2027 vollständig akademisiert sein.  
39 Angehende Hebammen müssen daher von nun an zur Berufsvorbereitung ein Studium der  
40 Geburtshilfe abschließen. Wir unterstützen diese Entwicklung. Die Vorteile der Akademisierung liegen  
41 hierbei in der Aufwertung des Hebammenberufs, einem bundesweit einheitlichen Lehrplan und die  
42 damit einhergehende überall gleichwertige Wissensvermittlung und einer Berufsausbildung auf  
43 höchstem Niveau. Außerdem befähigt eine akademische Ausbildung Hebammen dazu, selbst  
44 akademisch tätig zu werden.

45 In der Akademisierung der Geburtshilfe liegt daher die große Chance, Abläufe und Probleme des Berufs  
46 in einem institutionellen Rahmen aus der Perspektive der Hebammen zu analysieren und dadurch aktiv  
47 auf die Verbesserung der Geburtserfahrung von innen heraus hinzuwirken. Wir fordern in diesem  
48 Kontext vor allem Studien in Bezug auf Rassismus während der Geburt und den Umgang mit BIPOC-  
49 Gebärenden, sowie alternative Geburtsabläufe.

#### 50 Verbesserung der Qualität der Ausbildung

51 Gute Arbeit kann nur gelingen mit einer guten Ausbildung. Momentan sind die meisten Kreißsäle so  
52 knapp besetzt, dass Studierende der Geburtshilfe während ihrer Praxiseinsätze nicht adäquat betreut  
53 und angeleitet werden können. Um eine gute Qualität der Ausbildung von Hebammen bzw. des  
54 praktischen Teils des Studiums zu garantieren, muss daher dafür gesorgt werden, dass flächendeckend  
55 ausreichend Praxisanleiter\*innen in Kreißsälen zur Verfügung stehen. Wir fordern diesbezüglich die  
56 Schaffung von finanziellen Anreizen und niedrigschwellige Fortbildungen.

#### 57 Folgen aus der Akademisierung auf die Arbeitsrealität der Hebammen

58 Aus der Akademisierung des Hebammenberufs kann sich konkret die Gesundheit aller Gebärenden  
59 verbessern: Durch fehlende Forschung müssen sich Hebammen in manchen Fällen auf ihr (oftmals  
60 richtiges) Bauchgefühl verlassen. Durch Forschung könnten sich Hebammen auf konkretes  
61 evidenzbasiertes Wissen stützen und demnach handeln. Dies führt auch zu einer Aufwertung des  
62 Hebammenberufs, da sich Hebammen auf ihre wissenschaftliche Ausbildung berufen können und so  
63 korrekterweise auf eine Stufe mit den anderen Berufsständen (insbesondere Ärzt\*innen) in Kliniken  
64 gestellt werden. Die Entscheidungsverantwortung von Hebammen sollte so auch gestärkt werden, was  
65 Handlungsabläufe während des Geburtsprozess langfristig vereinfachen würde.

66 Wir fordern daher mehr Kompetenzen und mehr Entscheidungsverantwortung für Hebammen. Dies  
67 muss mit mehr Unterstützung für Hebammen einhergehen: Mehr Verantwortungslast bedeutet auch,  
68 dass mehr Assistenz im Kreißsaal notwendig ist, um die Hebammen zu entlasten. Wir fordern daher  
69 mehr assistierendes Personal im Kreißsaal wie administrative Hilfskräfte oder Reinigungspersonal.

#### 70 Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses

71 Während wir die Akademisierung der Hebammenausbildung begrüßen, geht daraus die Gefahr einer  
72 Spaltung des Berufs hervor. Ungleichheiten darf es innerhalb des Berufszweiges auf keinen Fall geben;  
73 eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter studierten und ausgebildeten Hebammen ist nicht akzeptabel.  
74 Unterschiedliche Bezahlungsstandards darf es unter keinen Umständen geben, auch die Flexibilität  
75 und Mobilität, die der standardisierte Abschluss bietet, muss allen Hebammen zugutekommen.

76 Um der Entstehung von Ungleichheiten zwischen verschiedenen Generationen an Hebammen  
77 entgegenzuwirken, braucht es daher flächendeckend Angebote für ausgebildete Hebammen, um  
78 nachträglich einen Bachelorabschluss zu erwerben.

79 Wir fordern daher ein Modell der Weiterbildung und der nachträglichen Aneignung des  
80 Bachelorabschlusses für bereits etablierte Hebammen wie das Hochschulsystem in der Schweiz es  
81 vorsieht: Der nachträgliche Erwerb eines akademischen Abschlusses ist für Hebammen in der Schweiz  
82 seit 2009 möglich. Um sich für den nachträglichen Bachelorabschluss zu qualifizieren, müssen  
83 schweizerische ausgebildete Hebammen mindestens zwei Jahre Berufspraxis vorweisen können.  
84 Zudem müssen sie ein Nachdiplom im Umfang von zehn ECTS an einer Hochschule erwerben.

85 Angelehnt an dieses System fordern wir für die Bundesrepublik eine Regelung zum niedrigschwelligen  
86 Erwerb des nachträglichen Bachelorabschlusses. Ausgebildete Hebammen mit mindestens zwei Jahren  
87 Berufserfahrung sollen demnach nach dem Bestehen von Modulen aus dem Komplex des  
88 wissenschaftlichen Arbeitens im Umfang von mindestens zehn ECTS an einer staatlich anerkannten  
89 Hochschule den Bachelorabschluss nachträglich erreichen.

#### 90 Ökonomisierung der Geburtshilfe: Das DRG-System muss weg

91 Deutsche Kliniken rechnen über das Diagnosis-Related-Groups-System (DRG) ab. Dabei werden  
92 Patient\*innen nach bestimmten Parametern (u. a. Diagnose, Prozeduren, Alter, Geschlecht,  
93 Verweildauer, Entlassungsart) in diagnosebezogene Fallgruppen eingeteilt. Die Klinik erhält dann pro  
94 Patient\*in eine bestimmte begrenzte Fallpauschale. Besonders lohnend ist es hierbei für Kliniken  
95 möglichst viele Fälle abzurechnen, bei denen möglichst viele Interventionen vom Klinikpersonal  
96 durchgeführt wurden (z. B. Ultraschall, Röntgen, Verabreichung von Medizin, operative Eingriffe).

97 Geburten, die mit wenig Eingreifen der Hebammen (d. h. interventionsarm) und über einen längeren  
98 Zeitraum hinweg stattfinden, sind hierbei ein Minusgeschäft. Das Fallpauschalensystem setzt  
99 Hebammen unter Druck, möglichst viele Geburten in möglichst kurzer Zeit durchzuführen. Anstatt den  
100 natürlichen Prozessen einer Geburt Zeit zu geben, werden so Interventionen während der Geburt  
101 gefördert und öfter als notwendig eingesetzt, weil sie die Dauer der einzelnen Geburt verkürzen sollen  
102 und die Fallpauschale erhöhen. Zu diesen Interventionen gehören z. B. die künstliche Einleitung der  
103 Geburt, die Verabreichung von wehenfördernden oder schmerzlindernden Mitteln, vaginaloperativen  
104 Geburtsbeendigungen und Kaiserschnitte, die sich häufig in Form von Interventionskaskaden  
105 wechselseitig bedingen und jeweils weitere Interventionen nach sich ziehen.

106 Das hat neben dem immensen Druck für die Hebammen auch zur Folge, dass Gebärende während der  
107 Geburt verstärktem Stress ausgesetzt sind, oft das Gefühl haben nicht selbstbestimmt gebären zu  
108 können und Gewalterfahrungen unter der Geburt erleiden.

109 Geburten, die kapitalistischen Effizienzansprüchen genügen müssen, sind zutiefst unwürdig für  
110 Gebärende und Hebammen und haben z. T. verheerende mentale wie physische Folgen für Gebärende  
111 und sind damit nicht tolerierbar.

112 Das DRG- bzw. Fallpauschalensystem muss abgeschafft werden. Stattdessen muss eine  
113 Krankenhausfinanzierung eingeführt werden, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist. Das neue System  
114 muss die individuelle Berechnung der erbrachten Leistungen und des zeitlichen Aufwands  
115 ermöglichen, damit auch zeitintensive Tätigkeiten, wie interventionsarme Geburten, entsprechend  
116 vergütet werden können. Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand. Krankenhäuser  
117 sollten staatlich statt privat und profitorientiert betrieben werden.

#### 118 Haftpflichtproblematik

119 Alle Tätigkeiten, die Hebammen durchführen, müssen versichert sein, denn sollten während der  
120 Geburt Fehler passieren und Gebärende oder Babys zu Schaden kommen, müssen deren  
121 Nachbehandlungen bezahlt werden. Das sind Kosten, die eine Hebamme selbst nicht stemmen kann.  
122 Eine Haftpflichtversicherung ist daher zwingend erforderlich. Durch die Nachhaftung, die noch bis zu  
123 30 Jahre nach der stattgefundenen Geburt greift, benötigen sie einen Versicherungsschutz, der jeden  
124 möglichen Geburtsschaden abdeckt. Durch die lange Verjährungsfrist kann es passieren, dass die  
125 Hebamme erst im Rentenalter davon betroffen ist. Dadurch entsteht eine unkalkulierbare  
126 Kostensituation. Während angestellte Hebammen im Regelfall über ihr Arbeitsstelle versichert sind,  
127 müssen freiberufliche Hebammen diese Versicherung selbst organisieren.

128 Nachdem Deutschlands freiberufliche Hebammen jahrelang unter den rapide steigenden  
129 Versicherungssummen gelitten und eine politische Lösung gefordert haben, wurde durch eine  
130 Gruppenversicherung Abhilfe geschaffen. Der Gruppenversicherungsvertrag zwischen dem Deutschen  
131 Hebammenverband (DHV) und dem auf dem Markt verfügbaren Versicherungskonsortium wurde  
132 kürzlich bis 2024 verlängert. Die Deckungssumme der Gruppenversicherung wurde 2020 zudem mit  
133 Blick auf die steigenden Kosten bei schweren Geburtsschäden auf 12,5 Millionen Euro angehoben.

#### 134 Gruppenversicherung

135 Die Gruppenversicherung beschreibt eine Art der Versicherung, bei der eine Gruppe von Personen  
136 gemeinsam einen Versicherungsvertrag gegen ein bestimmtes Risiko abschließt. Freiberufliche  
137 Hebammen sind so über den DHV gegen Geburtsfehler und -schäden versichert.

138 Ein großer Vorteil der Gruppenversicherungen ist, dass Hebammen nun nicht mehr selbst haften,  
139 sondern über den Verband abgesichert sind. Finanzielle Entlastung bringt diese Regelung allerdings  
140 nur bedingt.

#### 141 Sicherstellungszuschlag

142 Was jedoch eine echte Erleichterung der finanziellen Lage freiberuflicher Hebammen mit sich bringt,  
143 ist der Sicherstellungszuschlag. So erhalten Hebammen, die die notwendigen Qualitätsanforderungen  
144 erfüllen, auf Antrag einen Sicherstellungszuschlag ausgezahlt, der die Last der Haftpflichtversicherung  
145 lindern soll. Die Qualitätsanforderungen sehen hierbei vor, dass Hebammen jährlich mindestens vier  
146 Geburten betreuen; die Anforderungen sind also niedrigschwellig gehalten.

147 Etablierte Hebammen sind somit in großen Teilen von der finanziellen Last der Haftpflichtversicherung  
148 befreit; nur für Berufseinsteiger\*innen stellt diese weiterhin ein Problem da, denn der  
149 Sicherstellungszuschlag kann nach frühestens sechs Monaten beantragt werden. Den  
150 Versicherungsbeitrag für die ersten sechs Monate der Arbeitszeit, welcher gut und gerne mehrere  
151 tausend Euro beträgt, muss die junge Hebamme selbst vorstrecken, was weiterhin eine Hürde  
152 darstellt. Hier besteht Nachbesserungsbedarf.

153 Auch die Abzüge, die Krankenkassen vom Sicherstellungszuschlag einziehen können, stellen weiterhin  
154 ein Problem da. Die Differenz zwischen dem ausbezahlten Sicherstellungszuschlag und der realen  
155 Haftpflichtprämie müssen freiberufliche Hebammen aus eigener Tasche zahlen.

156 Es bedarf daher einer Entbürokratisierung des Sicherstellungszuschlags, um vor allem  
157 berufseinsteigende Hebammen zu entlasten, sowie einer staatlichen Kostenübernahme der Differenz  
158 zwischen dem ausgezahlten Sicherstellungszuschlag und der tatsächlichen Haftpflichtprämie.  
159 Geburtshilfe darf kein finanzielles Risiko für Hebammen sein!

#### 160 Arbeitslast der Hebammen

161 Die Betreuung, die Hebammen in Versorgungseinrichtungen leisten, ist äußerst anspruchsvoll. In  
162 Deutschland ist es gängige Praxis, dass Hebammen mehrere Gebärende gleichzeitig bei der Geburt  
163 betreuen müssen. Dies ist mit hohem mentalen und physischen Stress verbunden. Nicht nur für die  
164 Hebammen, sondern ebenfalls für die Gebärenden. Die Zielsetzung, während des gesamten  
165 Geburtsprozesses eine Hebamme an der Seite zu haben, ist im Alltag allzu oft nicht realistisch. Eine  
166 deutschlandweite Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab, dass fast die Hälfte der 1700 befragten  
167 Hebammen sich um drei (!) Geburten gleichzeitig kümmert. Aktuellere Zahlen aus dem Jahr 2017  
168 liegen für Sachsen vor. Danach können 17,5 % der Hebammen tatsächlich eine Eins-zu-Eins-Betreuung  
169 gewährleisten, während mehr als 50 % mindestens zwei Geburten gleichzeitig betreuen müssen.

170 Der Hebammenmangel in Kliniken wurde bereits vor vielen Jahren von den Hebammenverbänden  
171 angeprangert und macht sich jetzt verstärkt bemerkbar. Um diesen Mangel zu beheben, ist es  
172 erforderlich die Arbeitsbelastung der Hebammen zu reduzieren, sodass der Beruf attraktiv ist und auch  
173 bleibt.

174 Für Gebärende ist die Geburt ein prägendes Erlebnis. Eine bestmögliche Betreuung vor, während und  
175 nach der Geburt kann nur durch nicht überlastete Hebammen erreicht werden. Dies steht im Interesse  
176 aller beteiligten Personen.

177 Der Koalitionsvertrag sieht eine Eins-zu-Eins-Betreuung während der Geburt vor. Wir fordern die  
178 rasche Umsetzung. Dies ist bei weitem kein utopisches Ziel. Das Vereinigte Königreich hat  
179 beispielsweise eine Eins-zu-Eins-Betreuung gesetzlich verankert und ihre Geburtshilfe darauf  
180 ausgerichtet. Hierfür muss es eine Refinanzierung der Kosten bis zu einer Erreichung des Eins-zu-Eins-  
181 Ziels geben. Konkret, ist es erforderlich, dass die Kosten für die Aufstockung erforderlicher Voll- und  
182 Teilzeit-Beschäftigter vom Bund getragen werden.

183 Zusätzlich zu der Umsetzung der Eins-zu-Eins-Betreuung müssen die Daten über die aktuell  
184 existierenden Betreuungsschlüssel durch die Versorgungsunternehmen transparent gemacht werden.  
185 Dies führt zu einem Informationsgewinn für Hebammen und gibt somit eine weitere

186 Argumentationsgrundlage für die Verbesserung der existierenden Arbeitsbedingungen. Zusätzlich gibt  
187 es den Versorgungsunternehmen selbst Transparenz über die eigene Situation in den Kreißsälen.

188 Diese Forderung ist ein Schritt in die Richtung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der  
189 Hebammen und der Verbesserung der Geburten. Langfristig ist eine Neuausrichtung des  
190 Gesundheitssystems erforderlich.

### 191 Forderungen

192 Die aktuellen Probleme für Hebammen sind groß, die Corona-Situation hat dies noch einmal deutlich  
193 vor Augen geführt. Die Zukunft muss den Hebammen die Möglichkeit geben, ihren gewählten Beruf  
194 ausüben zu können, ohne Existenzängste zu haben oder mentale oder physische Belastungen zu  
195 verspüren. Ihre Kompetenzen liegen in der Begleitung Gebärender vor, während und nach der Geburt  
196 und die Ausübung dessen muss ermöglicht werden.

197 Daher fordern wir konkret:

- 198 • Hebammengeleitete Studien zur Verbesserung der Geburtserfahrung
- 199 • Eine stärkere Förderung von Praxisanleiter\*innen in Kreißsälen
- 200 • Das niedrigschwellige Angebot zum Erwerb eines nachträglichen Bachelorabschlusses
- 201 • Die Abschaffung des DRG- bzw. Fallpauschalensystems und Einführung einer  
202 Krankenhausfinanzierung, die bedarfs- und qualitätsorientiert ist
- 203 • Maßnahmen zur Transparenz über aktuelle Betreuungsschlüssel in Kreißsälen
- 204 • Die Entbürokratisierung des Sicherstellungszuschlags
- 205 • Eine Verminderung der Arbeitslast von Hebammen, v. a. durch eine flächendeckende Aufstockung  
206 an Stellen und durch eine verstärkte Förderung von Hilfspersonal in Kreißsälen
- 207 • Die Eins-zu-Eins Betreuung für jede Geburt

**Antragssteller\*innen:** Jusos Mitte und Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **I1\_1/22 Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei!**

1 Durch die fortschreitende Digitalisierung lassen sich immer mehr Daten über Menschen und ihr Leben  
2 erheben. Diese Daten entstehen maßgeblich im digitalen Raum. So zeigen immer wieder  
3 Untersuchungen, dass Unmengen an Daten im Internet über die Nutzer\*innen gesammelt werden –  
4 oftmals ohne ihr Wissen. Weiterhin gibt es Berichte, dass selbst digitale Profile von Menschen von  
5 Diensten angelegt werden, die diese Dienste (z.B. Facebook) gar nicht selbst nutzen. Klar ist: Es werden  
6 immer mehr Daten über Menschen erhoben, ob sie es wissen oder nicht.

7 Im Zuge der Pandemiebekämpfung wurden auch Apps zur Kontaktnachverfolgung eingesetzt. So  
8 arbeitete die Corona-Warn-App mit Open Source (also einem öffentlich einsehbar und  
9 bearbeitbaren Code) und möglichst datensparsam, um die notwendigen Daten zur  
10 Kontaktnachverfolgung zu erheben. Neben der von der öffentlichen Hand finanzierten Corona-Warn-  
11 App gab es auch kommerzielle Alternativen, wie die Luca-App. Diese wurde vor allem zur  
12 Kontaktnachverfolgung in Restaurants eingesetzt. Dazu musste allerdings immer ein Name eingegeben  
13 werden, sodass die Nutzung - anders als bei der Corona-Warn-App - nicht anonym war. Diese fehlende  
14 Anonymität versuchte sich die Polizei in mehreren Ländern zunutze zu machen. So wurde beispielweise  
15 in Mainz ohne Rechtsgrundlage seitens der Polizei auf Daten aus der Luca-App zurückgegriffen, um  
16 Zeug\*innen in einem mutmaßlichen Tötungsdelikt aufzufindig zu machen. Das heißt, in diesem Fall  
17 wurden ohne richterlichen Beschluss, die persönlichen Daten von Unbeteiligten abgefragt. In Baden-  
18 Württemberg gab es ähnliche Fälle und auch in Brandenburg kündigte die Polizei an, dass Daten aus  
19 der Luca-App genutzt werden sollten.

20 Dies sind allerdings nicht die einzigen Fälle, in denen Strafverfolgungsbehörden, Daten von  
21 Unbeteiligten massenhaft abgreifen. So beschloss vor kurzem das bayerische Landeskriminalamt, die  
22 umstrittene Software Palantir einzusetzen. Diese Software wird bereits von Hessen genutzt und setzt  
23 das sogenannte Datenmining ein. Dabei werden Daten aus verschiedenen Datenbanken miteinander  
24 verknüpft. Palantir ist für den Bereich der Big Data, also sehr große Datenmengen, konzeptioniert.  
25 Zwar soll die Software nach Angaben des bayerischen LKAs nicht mit dem Internet verbunden werden  
26 und keine neuen Daten erhoben werden, aber dennoch werden Daten nicht für den Zweck verwendet,  
27 für den sie ursprünglich gespeichert worden sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass Daten so  
28 zweckentfremdet werden, ist aber dadurch sehr groß. Die Software soll für sogenannte  
29 Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden. Allerdings werden durch die Verknüpfung von  
30 Datenbanken auch massiv persönliche Daten von Menschen abgefragt, die nicht im Kontext von  
31 Terrorismusbekämpfung erhoben wurden sind. Der bayerische Landesdatenschutzbeauftragte hält  
32 dies für einen deutlichen Eingriff in die Grundrechte vieler Menschen. Wie genau welche Daten  
33 abgefragt und verknüpft werden, ist zudem nicht öffentlich bekannt. Den Vertrag, den die bayerische

34 Polizei mit Palantir abgeschlossen hat, ist so ausgelegt, dass andere Länder und auch der Bund diesem  
35 leicht beitreten können und die Software auch nutzen können. Viele Expert\*innen hegen allerdings  
36 Zweifel an der Datenschutz- und Verfassungskonformität der Software. Nach Berichten hat das  
37 Unternehmen seine Produkte auch der Berliner Polizei vorgestellt. Für uns ist ein Einsatz einer  
38 Software, die nachweislich im Widerspruch zum Grundgesetz steht, nicht hinnehmbar. Wir lehnen eine  
39 solche Kooperation strikt ab.

40 Die Daten, die von Strafverfolgungsbehörden in Deutschland erhoben werden, sind hochsensibel.  
41 Immer wieder gab es in den letzten Jahre Berichte darüber, dass Adressen von Aktivist\*innen,  
42 Politiker\*innen oder Prominenten ohne Rechtsgrundlage abgefragt worden sind. Fast wöchentlich gibt  
43 es neue Berichte über rechtsextreme Polizist\*innen. Der Einsatz undurchsichtiger, umstrittener und  
44 datenschutzrechtlich hoch zweifelhafter Software wird diese angespannte Lage nicht verbessern.  
45 Stattdessen müssen Menschen nun Sorge habe, dass ihre Daten ohne Grund auf einmal in  
46 Terrorismuskontexten auftauchen, nur weil eine Software dies entschieden hat. Die neuen  
47 Möglichkeiten, die sich auch für Strafverfolgungsbehörden durch die Digitalisierung ergeben, dürfen  
48 kein Freifahrtschein für Grundrechtseinschränkungen sein.

49 **Wir fordern daher:**

- 50 • Die Berliner Polizei wird weder die Luca-App, noch vergleichbare Apps für die Strafverfolgung  
51 oder andere Ermittlungen nutzen.
- 52 • Die Berliner Polizei wird nicht Palantir oder vergleichbare Softwares nutzen, die das Potential  
53 massiver Grundrechtsverletzungen aufweisen.
- 54 • Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass strenge Datenschutzmaßgaben  
55 insbesondere an den polizeilichen Umgang mit Daten beschlossen und umgesetzt werden. Das  
56 Ziel dieser Maßgaben muss sein, Grundrechte zu schützen und den Einsatz sowie den Kauf von  
57 Software wie Palantir zu unterbinden.
- 58 • Die Berliner Polizei wird öffentliche Informationen dazu bereitstellen, welche Softwares durch  
59 sie zur Datenerhebung und -verfolgung genutzt werden.

**Antragssteller\*innen:** Jusos X-Hain

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **I3\_1/22 Pressefreiheit auf Demonstrationen schützen**

1 Die Wahrung der Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalist\*innen, auch auf Demonstrationen ist  
2 eines der wichtigsten Güter unserer demokratischen Gesellschaft. Durch freie Pressearbeit wird nicht  
3 nur die breite Öffentlichkeit über Protestbewegungen informiert, es wird zudem wichtige  
4 antifaschistische Dokumentationsarbeit geleistet.

5 In Folge der Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung sind  
6 verschwörungsideologische Demonstrationen oder sogenannte 'Spaziergänge' mittlerweile an der  
7 Tagesordnung. Die bewährte Pegida-Praxis, jeden Montag Menschen auf die Straße zu bringen, trägt  
8 auch hier Früchte. Auf diesen Protesten findet sich eine Ansammlung rechtsradikaler und  
9 rechtsextremer Personen, die Ihre menschenfeindlichen Ansichten lautstark kundtun. Die gefährliche  
10 Mischung aus Verschwörungsideolog\*innen und Neonazis vertritt weiterhin eine pressefeindliche  
11 Agenda, die die Pressefreiheit infrage stellt und die Lüge der systemgesteuerten Medienlandschaft  
12 weitverbreitet. Mit Fortschreiten der Pandemie wurde der Ton auf diesen Demonstrationen lauter  
13 und die Stimmung aggressiver. Journalist\*innen, die diese Proteste schon seit Beginn begleiten und  
14 dokumentieren, werden immer häufiger verbal und körperlich angegriffen. Der Hass der  
15 Demonstrierenden richtet sich dabei vor allem gegen Journalist\*innen, die kritisch über die  
16 Protestbewegung berichten. Körperliche Angriffe auf Medienschaffende werden innerhalb der  
17 Protestbewegung toleriert und durch eine Täter-Opfer-Umkehr zur Selbstverteidigung gegen eine im  
18 eigenen Weltbild systemgesteuerte Presse legitimiert. Aufgrund der lockeren Vernetzung der  
19 Demonstrierenden ist die Polizei häufig nicht oder nur spärlich präsent und kann die  
20 Pressevertreter\*innen kaum schützen.

21 Zusätzlich häufen sich die Berichte, in denen die Polizei journalistische Arbeit auf Demonstrationen  
22 aktiv behindert. So wird manchen Vertreter\*innen der Zugang zu eingerichteten  
23 Medienschutzbereichen nicht gewährt oder Dokumentationsarbeit erschwert. Die Behinderung  
24 journalistischer Dokumentationsarbeit durch die Polizei ist nicht hinzunehmen! Stattdessen muss  
25 sichergestellt sein, dass Pressevertreter\*innen kritisch von Demonstrationen berichten können, ohne  
26 bedroht oder angegriffen zu werden. In einer demokratischen Gesellschaft ist die Freiheit der Presse  
27 ein zentraler Bestandteil und darf nicht über die in Artikel 5 genannten Grundrechte hinaus  
28 eingeschränkt werden.

29 Um zukünftig eine sicherere Presse- und Dokumentationsarbeit, vor allem auf rechten oder  
30 verschwörungsideologischen Demonstrationen zu ermöglichen, fordern wir:

31 **Umfassende und regelmäßige Schulungen der Polizei im Umgang mit Presse auf Demonstrationen.**  
32 Bisherige Schulungen werden nur mit Führungskräften durchgeführt, welche auf Demonstrationen oft  
33 schlecht erreichbar sind. Aufgrund der dynamischen Entwicklungen auf Demonstrationen ist dafür

34 jedoch häufig keine Zeit. Damit jeder Beamtin souverän mit der Presse umgehen kann, müssen  
35 regelmäßige Schulungen nachweislich erbracht werden.

36 **Ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Presse, Polizei und Politik.** In diesem Format soll das  
37 Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden.  
38 Grundlage für diesen Austausch sollen die 'Verhaltensgrundsätze Presse und Polizei' vom deutschen  
39 Presserat sein, die aktuell zum ersten Mal seit etwa dreißig Jahren novelliert werden. Eine regelmäßige  
40 Evaluation dieser Grundsätze ist notwendig und soll im geforderten Austauschformat angestoßen  
41 werden.

42 **Lückenlose Aufarbeitung von bisherigen Vorfällen von Gewalt gegenüber Pressevertreterinnen.**  
43 Pressevertreter\*innen kommt in einer Demokratie eine unfassbar wichtige Aufgabe zu - sie  
44 informieren die Bevölkerung, führen Austausch zwischen Politik und Bürgerinnen und berichten über  
45 Veränderungen in der Gesellschaft. Gerade auf Demonstrationen ist Pressepräsenz unverzichtbar um  
46 Missstände in der Politik und Gesellschaft zu thematisieren.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Pankow und Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **I4\_1/22 Freiheiten anerkennen und das Neutralitätsgesetz abschaffen!**

1 Das Neutralitätsgesetz hat zum Ziel die persönliche Weltanschauung und Religion aus staatlichen  
2 Institutionen, wie beispielsweise der Schule, herauszuhalten. Alle, die diese Institutionen nutzen,  
3 sollen sich dort und von den Vertreter\*innen des Staates gleichermaßen angenommen fühlen, ganz  
4 egal, welcher Weltanschauung oder Religion sie angehören. Das Neutralitätsgesetz untersagt aus  
5 diesem Grund Staatsvertreter\*innen wie Lehrer\*innen oder Richter\*innen das Zurschaustellen  
6 religiöser und weltanschaulicher Symbole. Gleichzeitig ist ein Staat, der Kirchensteuern erhebt und in  
7 einer mehrheitlich christlich-weißen Gesellschaft agiert, selbst nicht neutral. Deshalb ist es  
8 unverhältnismäßig, dass dieser Staat von seinen Mitarbeiter\*innen Neutralität einfordert.

9 Wir finden es richtig, dass die Institutionen selbst keine religiösen oder weltanschaulichen Symbole  
10 zeigen und keine christlichen Kreuze in Klassenzimmern hängen. Problematisch bleibt jedoch, dass das  
11 Neutralitätsgesetz keine Differenzierung der verschiedenen Lebenssituationen vornimmt, in denen  
12 Menschen der Religionsausübung anderer ausgesetzt werden. Die staatliche Neutralitätspflicht gilt  
13 nicht vorrangig vor jedem anderen Recht. Es hat eine Abwägung zu erfolgen, die die Religionsfreiheiten  
14 der Vertreter\*innen des Staates und die Zumutbarkeit berücksichtigt, mit der Religionsausübung  
15 anderer auseinandergesetzt werden: Bürger\*innen, Schüler\*innen und Besucher\*innen öffentlicher  
16 Gebäude ist mehr zuzumuten! Diese wichtige Abwägung fehlt im Neutralitätsgesetz.

17 Das Grundrecht der Religionsausübung ist zudem individuell zu betrachten. Religiöse oder  
18 weltanschauliche Symbole sind sehr unterschiedlich. Ein Unterschied ist, wie offen die Symbole  
19 getragen und ob sie von den Mitgliedern der Religionsgemeinschaft immer oder nur zu Anlässen  
20 getragen werden. Religiöse Gebote, die nur dann eingehalten werden können, wenn sie die Religiosität  
21 nach außen sichtbar machen, werden durch Neutralitätsgesetze unmöglich gemacht. Das Tragen eines  
22 Kreuzes als Halskette bleibt möglich. Frauen, die Kopftuch tragen, tragen dieses aber immer, können  
23 es nicht ablegen und auch nicht verdeckt tragen. Das Neutralitätsgesetz, das geschaffen wurde, um  
24 Gleichheit an staatlichen Institutionen herzustellen, betrifft Menschen verschiedener Religionen also  
25 ganz im Gegenteil sehr unterschiedlich - je nach den Eigenschaften des religiösen Gebotes, dem sie  
26 sich verpflichtet fühlen.

27 Antimuslimischer Rassismus und Sexismus sind ein riesiges Problem in Deutschland. Muslimische  
28 Frauen sind von beidem betroffen. Diese Diskriminierungen summieren sich nicht einfach, sondern  
29 manifestieren sich als Vielfachdiskriminierung (Intersektionalität). Eine Diskriminierungsform ist die  
30 Zuschreibung, dass muslimische Frauen unterdrückt würden - durch männliche Familienmitglieder, das  
31 patriarchalische Wertesystem oder ihre Religion. Das führt dann in der weißen, nicht-muslimischen  
32 Mehrheitsgesellschaft teilweise zum Impuls, diese Frauen „zu retten“ oder „vom Kopftuch zu  
33 befreien“. Ein solcher Impuls ist übergriffig, abwertend und diskriminierend. Als Jusos erkennen wir

34 an, dass unterschiedliche Dinge für unterschiedliche Frauen empowernd und emanzipatorisch sind.  
35 Für manche Frauen ist das Nacktheit oder freizügige Kleidung, für andere ist es das Kopftuch und das  
36 Bedecken von Körper und Haar.

37 Befürworter\*innen des Kopftuchverbots in staatlichen Stellen (was das Neutralitätsgebot in der  
38 Praxis ist), argumentieren jedoch oft mit der unterstellten Unterdrückung: Muslimische Mädchen  
39 sollten nicht auch noch durch ihre Lehrerinnen den Eindruck bekommen, dass es Standard oder ihre  
40 Pflicht sei, selbst auch Kopftuch zu tragen. Allerdings ist der Effekt des Kopftuchverbots genauso  
41 schädlich wie diese Vermutung. Das faktische Kopftuchverbot verbant viele muslimische Women of  
42 Color (WoCs) aus Positionen in unserem Staat, in denen sie Einfluss nehmen können, die als zentraler  
43 Teil der Gesellschaft anerkannt sind und in denen sie eine Vorbildfunktion haben. Damit blockieren  
44 staatliche Stellen die eigenen Diversitätsoffensiven und nehmen vornehmlich BIPoC-Communities  
45 (Black, Indigenous and People of Color) die weiblichen Vorbilder, die sie dringend brauchen. Wenn  
46 Verwaltung eine Gesellschaft abbilden soll, kann sie es sich nicht leisten, bestimmte Gruppen durch  
47 ein Neutralitätsgesetz von vornherein auszuschließen. Insbesondere sind über das Neutralitätsgesetz  
48 hinaus hinreichende Instrumentarien vorhanden, um Konflikte an Schulen zu schlichten und eine  
49 tatsächliche Störung des sogenannten Schulfriedens als rechtlich anerkanntes Verfassungsgut zu  
50 vermeiden.

51 Mit der heutigen Praxis verbannen wir viele Frauen, die Kopftuch tragen, aus einflussreichen  
52 Positionen während wir ihre Arbeitskraft in Positionen, die weniger einflussreich und anerkannt sind,  
53 gerne annehmen. Diese Politik wollen wir nicht. Sie schließt eine Gruppe Frauen\* aus staatlichen  
54 Funktionen aus und verwehrt ihnen Teilhabe und berufliche Karrieren. Als wäre das nicht schon  
55 Grund genug, verfestigt sie aber auch rassistische und diskriminierende Strukturen: Wer  
56 kopftuchtragende Frauen nicht in staatlichen Positionen sieht, traut sie ihnen auch eher nicht zu und  
57 stigmatisiert sie als nicht integrierte Randgruppe. Das ist besonders dramatisch, wenn das junge  
58 kopftuchtragende Frauen selbst betrifft, aber auch alle anderen werden so an rassistische Strukturen  
59 gewöhnt und tragen dadurch zu deren Erhalt bei. Im absolut notwendigen Kampf gegen religiöse  
60 Indoktrinierung und illiberale Erziehung Mittel zu wählen, die insbesondere hoch gebildete  
61 Musliminnen davon abhalten in den Staatsdienst einzutreten, halten wir für den falschen Weg. Gerade  
62 diese Frauen, könnten Vorbilder für junge Mädchen sein und ihnen vorleben, dass eine Frau  
63 selbstbestimmt leben und aus eigener Überzeugung heraus einen Hijab oder eine andere Form von  
64 Kopftuch tragen kann.

65 Generell befürworten wir das Streben nach einem religiös und weltanschaulich neutralen Staat. Aber  
66 wir schlagen einen anderen Weg vor. Dort wo Menschen aller religiösen und weltanschaulichen  
67 Überzeugungen gleichberechtigt miteinander einen Staat repräsentieren, bevorzugt dieser Staat  
68 keine einzelne Gruppe. Ein solcher Staat ist neutral. Das Konzept einer solchen inklusiven Neutralität  
69 vermeidet jedoch die spezifisch diskriminierenden Effekte des Neutralitätsgesetzes, die das  
70 Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 27.08.2020 festgestellt hat. Wir halten Neutralität durch  
71 Vielfalt daher für das bessere Konzept.

72 **Wir fordern daher die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes.**

**Antragssteller\*innen:** Jusos CW

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I6\_1/22 Hass auf Telegram – Geltendes Recht auch online durchsetzen**

1 Im Netz finden massenweise Gesetzesverstöße statt: Beleidigungen, Bedrohungen, Aufrufe zu Gewalt  
2 bis hin zu Volksverhetzung. Zuletzt steht besonders der Messenger-Dienst Telegram unter Kritik. Er ist  
3 derzeit eine der wichtigsten Plattformen von Pandemie-Leugner\*innen und der  
4 verschwörungsideologischen Szene. In den Gruppen und Kanälen der App vermischen sich unter  
5 anderem Querdenker\*innen und Rechtsextreme. Dabei werden sowohl irreführende und falsche  
6 Informationen über die Pandemie verbreitet, Proteste organisiert und Hass und Hetze verbreitet.

7 Durch eine Suchfunktion und das problemlose Hinzufügen von Kontakten in Gruppen, kann das dazu  
8 beitragen, dass sich unterschiedlichste Menschen radikalieren. Unter anderem solche, die sich auf  
9 Telegram einfach nur umschaun möchten oder den Messenger nur nutzen, um im Kontakt mit ihrer  
10 Familie oder Freund\*innen zu bleiben.

11 Im Dezember 2021 berichtete das ZDF-Magazin "Frontal" über Mordpläne gegen den sächsischen  
12 Ministerpräsidenten auf Telegram. Während andere Plattform-Betreiber wie Facebook oder Twitter  
13 mittlerweile verstärkt gegen solche rechtswidrigen Inhalte in ihren Netzwerken vorgehen, löscht oder  
14 sperrt der Messenger-Dienst Telegram nur selten. Telegram ist dafür bekannt, Meinungsfreiheit  
15 äußerst weit auszulegen und Behörden abblitzen zu lassen. Das hat die Plattform in autoritären  
16 Ländern wie Belarus, wo Demonstrant\*innen seit Monaten für Freiheit, Demokratie und  
17 Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land kämpfen zu einem wichtigen Werkzeug für demokratische  
18 Protestbewegungen gemacht, führt aber hierzulande auch zur Situation, dass Mordaufrufe einfach  
19 stehen bleiben und nicht gelöscht werden.

20 Telegram ermöglicht es, private Nachrichten auszutauschen. Daneben können Nutzer\*innen über den  
21 Dienst aber auch öffentlich kommunizieren, in Gruppen mit bis zu 200.000 Mitgliedern oder über  
22 sogenannte Kanäle. Wegen dieser Funktionen stufen deutsche Justizbehörden Telegram mittlerweile  
23 nicht mehr als bloßen Messenger, sondern als soziales Netzwerk ein. Damit fällt der Dienst unter das  
24 Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Das verpflichtet Anbieter\*innen sozialer Netzwerke dazu,  
25 rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen zu löschen, wenn sie ihnen gemeldet werden. Ab Februar  
26 2022 gilt zudem die Pflicht, bestimmte strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden,  
27 inklusive der IP-Adresse, über die die Nutzer\*innen identifizierbar sind. Wir bleiben bei unserer  
28 Ablehnung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Dass private Unternehmen nach eigenem Ermessen  
29 Daten an Strafverfolgungsbehörden ohne richterlichen Beschluss schicken, entspricht nicht unserer  
30 Auffassung des Rechtsstaats.

31 Telegram hält diese Verpflichtungen jedoch nur sporadisch ein. Das Unternehmen mit Sitz in Dubai ist  
32 für deutsche Behörden in der Vergangenheit nur schwer erreichbar gewesen und Schreiben von  
33 Staatsanwaltschaften und des Bundesamtes für Justiz, die den Messenger nach den Regeln des NetzDG  
34 behandeln wollte, blieben zunächst unbeantwortet. Um Druck aus Telegram auszuüben, haben sich  
35 daher in den letzten Monaten Forderungen zur Regulierung des Messengers – vom Ausschluss aus den  
36 App-Stores bis hin zur Blockade mittels Netzsperrern, die das Bundesministerium des Innern und für  
37 Heimat als letzte Konsequenz ins Spiel gebracht hat, überschlagen.

38 Laut Recherchen von Netzpolitik.org ist Telegram nun seit Beginn diesen Jahres sehr punktuell gegen  
39 einige Verschwörungsinhalte in deutschen Gruppen vorgegangen - möglicherweise ein erstes Signal  
40 des Einlenkens. Manche Gruppen ließen sich nicht öffnen und Kommentare in Kanälen seien nicht  
41 sichtbar. Dabei handele es sich jedoch offenbar nur um wenige Einzelfälle.

42 Zudem soll es Anfang Februar ein erstes Gespräch des Innenstaatssekretärs Markus Richter mit  
43 Verantwortlichen bei Telegram gegeben haben, nachdem Google der Bundesregierung eine E-  
44 Mailadresse zur Kontaktaufnahme von Telegram verraten hatte.

45 Trotz aller Probleme mit Telegram ist ein Großteil der Kommunikation über den Messenger völlig legal.  
46 Eine Sperrung des Messenger-Diensts ist daher weder zielführend noch verhältnismäßig. Für uns ist  
47 die Bekämpfung und vor allem Verfolgung von Straftaten online wie offline eine Kernaufgabe unseres  
48 Rechtsstaates. Die Verfolgung von Straftaten, wie Beleidigungen, Drohungen, Aufrufen zu Gewalt und  
49 Volksverhetzung auf Telegram darf nicht von der Kooperationswilligkeit der Betreiber des Messenger-  
50 Dienstes abhängig sein, sondern muss konsequent durch den deutschen Staat erfolgen.

51 Eine General-Sperre für soziale Netzwerke beinhaltet daneben das Risiko, dass problematische  
52 Kommunikation schlicht auf andere Plattformen abwandert. So wird das Problem nur verlagert, nicht  
53 aber effektiv bekämpft. Wenn also ein Messenger-Dienst vielfach genutzt wird, um Straftaten zu  
54 verüben, ist nicht die Blockierung des Dienstes zielführend, sondern vor allem ein gezielter Einsatz von  
55 Polizei und Bundeskriminalamt, die auch im digitalen Raum in die Lage versetzt werden müssen,  
56 geltendes Recht durchzusetzen und so sichere kommunikative Teilhabe zu ermöglichen.

57 Die fehlende Handlungsfähigkeit des deutschen Staates im Bezug auf Telegram zeigt, dass es an  
58 digitalen Kompetenzen und dem Willen, Recht im Digitalen durchzusetzen fehlt.

59 Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass es offenbar einen Bericht von ZDF-Journalist\*innen braucht, bis  
60 Polizei und Staatsanwaltschaft auf Mordpläne gegen Ministerpräsident\*innen in öffentlich  
61 zugänglichen und mitlesbaren Chatgruppen aufmerksam werden und handeln. Immer wieder gibt es  
62 desweiteren Fälle, bei denen Menschen unter Klarnamen zu schweren Straftaten bis zu Morden  
63 aufrufen. Passiert ist lange Zeit nichts und gehandelt wurde erst, als eine große Öffentlichkeit  
64 entstanden ist.

65 Deswegen fordern wir:

- 66 ● Wir fordern, dass das Bundeskriminalamt entsprechend ausgestattet und für den Umgang mit  
67 Straftaten im Netz geschult wird, damit verübte Straftaten konsequent verfolgt und vor  
68 Gericht gebracht werden können.
- 69 ● Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung und Schulung deutscher Polizei- und  
70 Justizbehörden, um geltendes Recht in digitalen Strukturen effektiv durchzusetzen.

- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- Wir fordern niedrigschwellige Meldestellen für Online-Delikte bei den Landeskriminalämtern, um Straftaten auf Messenger-Plattformen wie Telegram unkompliziert und direkt melden zu können.
  - Beleidigungen, Drohungen, Volksverhetzung und Aufrufe zu Gewalt in öffentlichen Kanälen sind für alle einsehbar und verstoßen klar gegen das Gesetz. Chatgruppen können infiltriert werden, es besteht lediglich ein Vollzugsdefizit. Wir halten deshalb fest an unserer Forderung nach auf Plattformen wie Telegram zugeschnittene Schwerpunktstaatsanwaltschaften, um Ermittlungsverfahren tatsächlich durchzuführen.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Neukölln

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I7\_1/22 Platzverweis für Menschen ohne Obdach – Verdrängung aus dem öffentlichen Raum verhindern**

1 Sowohl Landes- als auch Bundespolizei haben die Befugnis Platzverweise auszustellen. Die  
2 entsprechenden Gesetze werden auch in der besonderen Situation von Menschen ohne Obdach  
3 angewendet. Hier kann alleine die Anwesenheit dieser Menschen als Störung deklariert werden.  
4 Menschen ohne Obdach sollen nicht im öffentlichen Raum sichtbar sein. Dabei gehören Obdach- und  
5 Wohnungslosigkeit zu dieser Gesellschaft und sind Ergebnis unsozialer Politik und Strukturen. Das  
6 unsichtbar machen dieses Faktors ändert daran nichts.

7 Ein Platzverweis gegen Menschen ohne Obdach ist keine Maßnahme zur Bewahrung der öffentlichen  
8 Ordnung. Es ist die Vertreibung von Menschen auch von Orten an denen sie sich eingerichtet haben,  
9 weil sie sonst kein Zuhause haben. Kältebusse und ähnliche Angebote der Sozialhilfen verlassen sich  
10 darauf, Menschen ohne Obdach an gewissen öffentlichen Plätzen anzutreffen. Diese lokale  
11 Gebundenheit ist Voraussetzung um ein Vertrauensverhältnis zwischen Menschen ohne Obdach und  
12 Sozialarbeiter\*innen aufzubauen, und Menschen adäquat, gerade im Winter, versorgen zu können.  
13 Erst wenn die Betroffenen Helfer\*innen und staatlichen Strukturen vertrauen können, sind sie gewillt  
14 weitergehende Hilfeleistungen (wie eine psychosoziale Betreuung) in Anspruch zu nehmen. Wenn nun  
15 Menschen ohne Obdach ihrer bekannten Plätze vertrieben werden, geschieht das vermeintlich zum  
16 Schutz der Allgemeinheit und der öffentlichen Ordnung. Dafür werden die Menschen ohne Obdach  
17 aber ihrem primären Bezugsort verwiesen. Ein fester Ort bietet mehr Sicherheit für Obdach- und  
18 Wohnungslose marginalisierter Gruppen z.B. durch Gruppenstrukturen. Durch den Platzverweis kann  
19 es zum Aufbrechen dieser kommen und dadurch zu noch größerer Gefährdung. Gerade bei Menschen  
20 mit psychischen Erkrankungen kann ein Platzverweis und die damit einhergehende negative  
21 Erfahrungen mit der Polizei Vertrauen zerstören und Desorientierung hervorrufen. Das kann ein  
22 enormer Rückschlag in der Reintegration dieser Menschen sein.

23 Deshalb sollte ein Platzverweis nie ohne Beachtung der besonderen Hilfsbedürftigkeit von Menschen  
24 ohne Obdach verhängt werden und nie nur auf Grund ihrer Obdachlosigkeit. Ihnen muss sofort  
25 beispielweise ein alternativer Aufenthaltsort angeboten werden. Dies sollte ein Platz in einem  
26 kommunalen Hilfsprogramm (Housing First oder Notunterkunft) sein. Wir müssen die Menschen von  
27 der Straße holen und zumindest in gut ausgestattete, sichere Notunterkünfte - idealerweise aber in  
28 eigene Wohnungen - bringen. Was nicht hilft ist, sie von einem Platz zum nächsten zu scheuchen.

29 Das Unterlassen von Platzverweisen gegen Menschen ohne Obdach muss eingebettet werden in eine  
30 nachhaltige Strategie gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit. Die Jusos haben sich bereits auf dem  
31 Bundeskongress 2021 umfänglich zu einem solidarischen Umgang mit Menschen ohne Obdach  
32 bekannt. Obdachlosigkeit ist für uns ein systemisches Problem und nicht das Versagen Einzelner.

33 Deshalb fordern wir die Stärkung und die weitreichende Finanzierung des Projekts Housing First und  
34 eine Entspannung des Wohnungsmarktes. Wohnungslosigkeit muss präventiv und akut mit  
35 psychosozialer und individueller Unterstützung Betroffener begegnet werden.

36 Das ist eine Strategie gegen Obdachlosigkeit, simple Platzverweise sind es nicht. Deshalb fordern wir  
37 die Normierung einer entsprechenden Erweiterung der entsprechenden Gesetze (Bund: §30 BPolG,  
38 Land: §29 ASOG) dahingehend, dass Platzverweise gegen Menschen ohne Obdach aus Gründen ihrer  
39 Obdachlosigkeit nur noch ausgesprochen werden dürfen, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen,  
40 erheblichen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der Obdachlosen oder einer anderen Person oder für  
41 Sachen von bedeutendem Wert unerlässlich ist. Jeden Menschen ohne Obdach, gegen den ein  
42 Platzverweis ausgesprochen wird, soll unverzüglich ein alternativer Aufenthaltsort in Form eines  
43 Platzes in einem Hilfsprogramm gegen Wohnungslosigkeit angeboten werden.

44 Wir fordern deshalb eine entsprechende Erweiterung des § 30 des Polizeigesetzes, um einen Passus  
45 zum Verfahren mit Platzverweisen gegen Menschen ohne Obdach.

**Antragssteller\*innen:** Juso-Mitte, Jusos CW, Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **O1\_1/22 Projektgruppe „neue Sicherheitsarchitektur für Europa“**

1 Nicht zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns gezeigt, dass die europäische  
2 Sicherheitsarchitektur fragil ist. Prinzipien und Sicherheiten, die viele, vor allem westeuropäische  
3 Staaten für selbstverständlich hielten, existieren nicht mehr. Dies hat zu großer Verunsicherung  
4 geführt – auch bei uns Jusos. Viele Antworten, die wir auf sicherheitspolitische Fragen gegeben haben,  
5 sind nicht mehr zeitgemäß. Unter den gegebenen Umständen müssen wir daher erneut in den Diskurs  
6 treten und klären: Wie ist eine vollumfassende Sicherheitspolitik auf Augenhöhe und mit mir Einbezug  
7 osteuropäischer und baltischer Staaten möglich? Wie stehen wir zum 2 % Ziel der Nato? Schließen wir  
8 jegliche Formen der Waffenlieferungen aus? Wo muss in die Bundeswehr investiert werden und wie  
9 viel? Auf diese Fragen müssen wir im Verband gemeinsame Antworten finden. Es ist daher zwingend  
10 notwendig, dass wir uns als Jusos Berlin mit dem Komplex der europäischen Sicherheitsarchitektur  
11 beschäftigen.

12 Dabei spielen in dem Komplex „Sicherheitsarchitektur“ gleich mehrere Komponenten eine wichtige  
13 Rolle. So verbergen sich hinter diesem Komplex nicht nur Themen wie die Bundeswehr,  
14 Waffenlieferungen und Aufrüstungen, sondern auch Themen wie Cybersicherheit, soziale und  
15 finanzielle Sicherheit, eine feministische Außenpolitik und Sicherheitsarchitektur und demokratische  
16 Wehrhaftigkeit. Außenpolitik und Sicherheitspolitik müssen grundsätzlich neu betrachtet werden.  
17 Kritisch hinterfragt werden muss hierbei auch der Eurozentrismus, der diese Debatten maßgeblich  
18 prägt. Nur wenn wir für uns als Jusos und Landesverband durchdrungen und diskutiert haben, wie eine  
19 europäische Sicherheitspolitik aus jungsozialistischer Perspektive aussehen soll, lassen sich die  
20 einzelnen Fragen auch angemessen beantworten. Ziel muss es dabei sein, dass wir hierbei den Diskurs  
21 so breit wie möglich innerhalb unseres Verbandes führen. Deshalb bedarf es einer Projektgruppe,  
22 welche wir einsetzen wollen.

23 Ziel der Projektgruppe ist es, bis zur ersten Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin im Jahr 2023  
24 einen Antrag rund um eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa zu formulieren, die unseren  
25 jungsozialistischen Werten entspricht und auf Höhe unserer sicherheits-, rüstungs-, friedens- und  
26 verteidigungspolitischen Erkenntnisse ist. Im Zuge dessen sollen ein- mal im Monat partizipativ  
27 gestaltete Sitzungen stattfinden, in welchen die Schwerpunktsetzung und Debatte der zu  
28 erschließenden Beschlusslage erfolgt. Zu den Sitzungen werden Referent\*innen eingeladen, wobei auf  
29 ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet wird.

30 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert hiermit den Landesvorstand auf, die Projektgruppe „neue  
31 Sicherheitsarchitektur für Europa“ einzusetzen.

**Antragssteller\*innen:** Juso-Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V1\_1/22 Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für die Mobilitätswende in Berlin!**

1 Die Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel, der anhaltende Trend der Urbanisierung  
2 und die fortschreitende Gentrifizierung machen eine radikale Wende in der Mobilitätspolitik  
3 erforderlich. Seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde dem motorisierten Individualverkehr  
4 (MIV) auch in unserer Stadt absoluter Vorrang gegenüber den öffentlichen Verkehrsmitteln und dem  
5 Fuß- und Radverkehr eingeräumt. Auch wenn das Konzept der autogerechten Stadt seit einiger Zeit  
6 zunehmend kritisch betrachtet wird, hat sich am Vorrang des motorisierten Individualverkehrs auch in  
7 Berlin bisher wenig geändert.

8 Zwar müssen wir uns eingestehen: Auch der motorisierte Individualverkehr hat seine Berechtigung  
9 und Notwendigkeit. Die Mobilitätsbedürfnisse von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, der  
10 Transport von Waren und Gütern, aber auch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben wird auch in der  
11 Zukunft motorisierten Individualverkehr in einem gewissen Maß erforderlich machen, wenn auch in  
12 einem eklatant verringerten Umfang. Eine gänzlich "autofreie" Stadt wird es nicht geben. Für uns ist  
13 aber klar: In dicht besiedelten Räumen und insbesondere in Millionenstädten wie Berlin ist der  
14 motorisierte Individualverkehr aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kein effektives  
15 Verkehrsmittel. Die Mobilität im Umweltverbund, also öffentlicher Personennah- und -fernverkehr  
16 sowie Fuß- und Radverkehr, ist dem MIV hinsichtlich des Flächenverbrauchs, der Umweltauswirkungen  
17 und des Einsatzes öffentlicher Mittel überlegen. Wir wollen daher, dass möglichst viele Wege in Berlin  
18 im Umweltverbund zurückgelegt werden und der motorisierte Individualverkehr für einen Großteil der  
19 Berliner\*innen im alltäglichen Mobilitätsverhalten keine Relevanz mehr hat. Mobilitätswende  
20 bedeutet daher nicht lediglich, den motorisierten Individualverkehr zu elektrifizieren und ansonsten  
21 unangetastet zu lassen. Ziel der Mobilitätswende ist es, die Prioritäten umzukehren: Weg vom Vorrang  
22 des motorisierten Individualverkehrs, hin zum Vorrang des Umweltverbundes.

23 Wir wollen, dass der Verkehrssektor in Berlin so zügig wie möglich klimaneutral wird. Für uns als  
24 Sozialist\*innen dient die Mobilitätswende jedoch nicht nur dem Klimaschutz. Mobilität ist  
25 Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine schlechte Anbindung an den  
26 ÖPNV und die Umweltauswirkungen des motorisierten Individualverkehrs belasten auch in Berlin  
27 insbesondere Menschen mit geringem Einkommen. Die immer weiter fortschreitende Verdrängung  
28 von Menschen mit geringem- und auch mittlerem Einkommen aus den an den ÖPNV gut  
29 angebundenen Quartieren unserer Stadt verstärkt dies weiter.

30 Das Voranbringen der Mobilitätswende ist für uns in erster Linie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
31 und keine Frage individuellen Konsumverhaltens oder "Verzichts". Sie wird nur dann Erfolg haben,  
32 wenn sie Mobilität für einen Großteil der Gesellschaft angenehmer macht und die Belastungen durch

33 Lärm und Abgase sowie Gefahren des Verkehrs gerade auch für Menschen mit geringem Einkommen  
34 verringert. Die Mobilitätswende wird dagegen keinen Erfolg haben, wenn sie vor allem der weiteren  
35 Aufwertung von Innenstadtkiezen dient, in denen einkommensstarke Bevölkerungsgruppen  
36 zunehmend unter sich bleiben.

37 Berlin braucht die Mobilitätswende: In der gesamten Stadt und im Umland. So schnell wie möglich,  
38 nicht erst in einigen Jahrzehnten. Auf den Straßen unserer Stadt, nicht lediglich als Idealvorstellung in  
39 den Köpfen. Dabei setzen wir auf Effektivitätssteigerungen, Verkehrsreduktion und  
40 Flächengerechtigkeit.

#### 41 **I. Vielfältige Stadt, vielfältige Mobilitätsbedürfnisse**

42 Ein gerechter Zugang zu Mobilität ermöglicht jedem Menschen am gesellschaftlichen Leben  
43 teilzunehmen. Er stellt auch sicher, dass, je nach Bedürfnis, allen unterschiedlichen  
44 Auswahlmöglichkeiten der Fortbewegung zur Verfügung stehen. Gegenwärtig sehen wir jedoch, dass  
45 Mobilität jahrzehntelang an den Bedürfnissen des Automobils und der Automobilindustrie  
46 ausgerichtet wurde. Wir kämpfen dafür, dass aus der autogerechten Stadt eine Stadt wird, die sich an  
47 den verschiedenen, vielfältigen Mobilitätsbedürfnissen der Berliner\*innen orientiert.

48 Noch heute werden in der Verkehrs- und Mobilitätsplanung patriarchale Machtstrukturen zementiert.  
49 Hierbei geht es nicht um die biologischen Geschlechter, sondern um das gesellschaftliche Konstrukt  
50 von Frau und Mann, die sich auch in der Gestaltung des öffentlichen Raums wiederfindet. Aktuell wird  
51 in der Mobilitätsplanung zumeist für die autofahrende, mittelalte, vollzeitbeschäftigte männliche  
52 Person gedacht, die längere Strecken zurücklegt und früh zur Arbeit und spät von der Arbeit nach  
53 Hause fährt. Nach diesem linearen Wegeverhalten wurde der öffentliche Raum Jahrzehnte um das  
54 Auto herum gebaut. Statistiken zeigen, dass Frauen ein vielschichtiges Mobilitätsverhalten haben. Für  
55 ihre Wegstrecken verbinden sie den Arbeits- und Nachhauseweg mit Besorgungen für ihre Sorgearbeit,  
56 wie z. B. Angehörige zu Ärzt\*innenpraxen zu begleiten, Einkäufe erledigen und Kinder aus der Schule  
57 abholen. Sie greifen zudem öfter auf den Umweltverbund und das Fahrrad zurück. Wohingegen  
58 Männer vermehrt zum Auto greifen und dadurch höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugen.

59 Darüber hinaus sind BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) im Öffentlichen Raum, insbesondere  
60 im ÖPNV, in besonderer Weise von Rassismus, Diskriminierung und Gewalt betroffen. Das kann dazu  
61 führen, dass sie bestimmte Mobilitätsangebote nicht nutzen bzw. meiden. Im ÖPNV sind sie zudem  
62 verstärkt von Racial Profiling betroffen.

63 Auch wurde bei der bisherigen Verkehrsplanung nicht auf die Bedürfnisse von Personen mit  
64 Behinderungen eingegangen. Beengte Fußwege, Kopfsteinpflaster und erhöhte Bürger\*innensteige  
65 sind Herausforderungen mit denen mobilitätseingeschränkte Personen und Menschen mit  
66 Behinderungen täglich zu kämpfen haben.

67 Um eine gerechte Mobilitätswende mit vielfältigen Bedürfnissen mitdenken zu können, brauchen wir  
68 in der Mobilitätsplanung einen Paradigmenwechsel. Die Straßen und der öffentliche Verkehr, die nach  
69 den männlichen Bedürfnissen gestaltet wurden, müssen hinterfragt und u.a. nach feministischen  
70 Gesichtspunkten gestaltet werden.

71 **Wir fordern daher:**

- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- 86
- Bei der Planung von Verkehrsinfrastruktur, der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Konzeptionierung von ÖPNV-Angeboten und allen anderen Belangen im Kontext von Mobilität sind die Bedürfnisse aller Menschen zu berücksichtigen, insbesondere auch diejenigen von FINTA\*, Menschen mit Behinderung, queeren Menschen und BIPOC, weshalb wir eine detailliertere und geschlechtsspezifische Verkehrs- und Mobilitätsdatenerfassung fordern.
  - Der öffentliche Raum und insbesondere der ÖPNV müssen umfassend barrierefrei gestaltet sein. Dieser muss allen Bürger\*innen zugänglich sein. Zugang und Umstieg haben sowohl für das Betreten als auch die Orientierung barrierefrei zu sein. Die Barrierefreiheit von S- und U-Bahnstationen ist bis 2025, diejenige aller Verkehrsmittel ist bis 2030 zu erreichen.
  - Berlin muss neben formaler auch situativ nutzbare Barrierefreiheit bieten, das bedeutet, dass Barrierefreiheit keine großen Umwege generieren darf, sondern einfach nutzbar sein muss und den Nutzungsanfragen dienen soll.
  - Digitale Angebote im ÖPNV sollen möglichst niedrigschwellig gestaltet sein. Der Transformationsprozess muss von vorneherein integrativ die Belange aller Menschen mitdenken. So kann Teilhabe aller und folglich auch Akzeptanz und Attraktivität gelingen.

## 87 **II. Im Zentrum der Mobilitätswende: ÖPNV auf ein neues Level bringen**

### 88 **Attraktiver ÖPNV für alle Berliner\*innen**

89 Berlin ist mit einer Fläche von 892 Quadratkilometern etwa viermal so groß wie Amsterdam und  
90 zehnmal so groß wie Kopenhagen. Viele der in Berlin zurückgelegten Wege sind lang und für einen  
91 erheblichen Teil der Verkehrsteilnehmer\*innen nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. Das  
92 Fundament unserer Mobilitätswende ist daher der öffentliche Personennahverkehr. Für alle  
93 Menschen, die in Berlin wohnen und arbeiten muss es ein attraktives ÖPNV-Angebot geben, was ihnen  
94 ermöglicht, den privaten PKW vollständig stehen zu lassen. Dies zu erreichen ist eine immense  
95 politische Herausforderung, die differenzierte Konzepte und massive Investitionen erfordert. Um eine  
96 optimale Anbindung für Alle zu erreichen, gibt es keine pauschalen Lösungen: Wir wollen, dass die  
97 Priorität bei der Angebotsverbesserung auf den Gebieten liegt, die derzeit noch nicht ausreichend an  
98 den ÖPNV angebunden sind. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die Kapazität des  
99 schienengebundenen Nahverkehrs in der Innenstadt ausgebaut wird. Wir wollen, dass das ÖPNV-  
100 Angebot möglichst kurzfristig verbessert wird, gleichzeitig dürfen dadurch langfristige Lösungen nicht  
101 in Vergessenheit geraten oder sogar blockiert werden.

### 102 **Wir fordern daher:**

- 103
- 104
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- 113
- 114
- 115
- 116
- 117
- Für alle Menschen, die in Berlin wohnen und arbeiten muss ein attraktives ÖPNV-Angebot geschaffen werden. Voraussetzung dafür ist ein flächendeckender Anschluss der gesamten Stadt sowie des Umlands an den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr, also S-, U- und Regionalbahn sowie Tram.
  - Die bereits vorhandene Infrastruktur ist an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Daher muss ein besonderes Augenmerk auf der Sanierung des Bestands liegen. Dies ist Basis aller weiteren Ausbaustufen.
  - Die Metropolregion Berlin-Brandenburg benötigt ein massives Ausbauprogramm für den schienengebundenen Personennahverkehr. Qualität, Taktung, Kapazität und Streckenangebot müssen schnellstmöglich flächendeckend und bedarfsgerecht deutlich verbessert werden.
  - Beim Ausbau des ÖPNV müssen kurz- und langfristige Lösungen kombiniert werden. Die verschiedenen Verkehrsmittel des ÖPNV sollen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern je nach der Situation vor Ort kombiniert werden.
  - Kurz- und mittelfristig kann insbesondere der flächendeckende Ausbau des Tramnetzes zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots beitragen. Tangentialverbindungen, also Tramlinien, die

118 keine direkte Verbindung mit dem Stadtzentrum schaffen, aber eine Zuführungsfunktion zum  
119 S-Bahn-Ring einnehmen können außerhalb des S-Bahn-Rings sollen priorisiert realisiert  
120 werden. Mittelfristig fordern wir, alle bisherigen Metrobuslinien durch Tramlinien zu ersetzen.  
121 Grundsätzlich sollte der Fahrweg der Tram dabei so ausgestaltet werden, dass dieser vom  
122 motorisierten Individualverkehr baulich getrennt ist.

- 123 • Neben dem Ausbau der Tram ist auch ein massiver Ausbau bei S-, U- und Regionalbahn  
124 erforderlich. Angesichts der teilweise sehr langen Fahrwege setzt ein attraktives ÖPNV-  
125 Angebot insbesondere am Stadtrand und im Umland schnelle Querschnittsverbindungen  
126 voraus.
- 127 • Die bestehenden U-Bahn-Strecken sollen, wo es verkehrlich sinnvoll ist, an den Stadtrand  
128 verlängert werden, um dortige Wohnquartiere anzubinden. Durch sinnvolle Lückenschlüsse  
129 sollen neue Umsteigeverbindungen geschaffen werden.
- 130 • Bei der S-Bahn sollen bestehende Strecken in den wachsenden "Speckgürtel" verlängert und  
131 bisher eingleisige Strecken ausgebaut werden. Zudem müssen auf den Stammstrecken in der  
132 Innenstadt die Kapazitäten für eine deutliche Takterhöhung geschaffen werden.
- 133 • Durch eine Ausbauoffensive im Regionalbahnverkehr sollen mehr schnelle Verbindungen aus  
134 dem Tarifbereich C in die Berliner Innenstadt geschaffen werden. Das Programm i2030 kann  
135 dabei nur der Anfang sein.
- 136 • Als kurzfristige Übergangslösung sollen in den Tarifgebieten B und C auch Busverbindungen  
137 verstärkt werden. Dies kann durch Verdichtung des Takts, aber auch durch die Schaffung neuer  
138 Linien geschehen.
- 139 • Um dünner besiedelte Gegenden, in denen (noch) keine allzu hohe Nachfrage am ÖPNV  
140 existiert, trotzdem angemessen anzubinden, sollen verstärkt On-Demand-Sammeltaxis  
141 angeboten werden, welche ebenfalls im Verkehrsbund einbezogen sind
- 142 • Zudem sollen alle straßengebundenen Fahrzeuge des ÖPNV schnellstmöglich elektrifiziert  
143 werden. Es ist zu prüfen, wie Taxi-Unternehmen und private Busbetreiber dabei  
144 infrastrukturell oder finanziell unterstützt werden können.
- 145 • Um die Ausbauziele so schnell wie möglich zu erreichen, müssen die Planungskapazitäten  
146 nachhaltig ausgebaut und effektiver eingesetzt werden. Dazu gehört auch eine strukturell  
147 verbesserte Koordination mit Brandenburg.
- 148 • Um den Ausbau zu beschleunigen fordern wir ein "Bündnis Schienenbau", an dem alle  
149 relevanten Akteure sowie die Zivilgesellschaft beteiligt ist. Das Bündnis soll u.a. Vorschläge zur  
150 Vereinfachung und Straffung der Planungs- und Genehmigungsverfahren machen.
- 151 • Voraussetzung für einen dichteren Takt und neue Strecken ist neben der Planung und  
152 Realisierung der erforderlichen Infrastruktur auch eine vorausschauende Beschaffungs- und  
153 Personalpolitik. Die erforderlichen Fahrzeuge müssen frühzeitig beschafft werden, Werkstatt-  
154 und Depotkapazitäten müssen mitwachsen. Zudem ist es erforderlich, die Arbeitsbedingungen  
155 in der ÖPNV-Branche nachhaltig zu verbessern. Dazu gehört neben guter Bezahlung und einem  
156 angenehmen Arbeitsumfeld auch langfristige Arbeitsplatzsicherheit. Auch deshalb lehnen wir  
157 die Zerschlagung der Berliner S-Bahn weiterhin ab.
- 158 • Für FINTA\* Personen sollen in den Nachtstunden gesonderte ÖPNV-Angebote gemacht  
159 werden, dazu kann auch der Einsatz von vergünstigten Nachttaxen gehören.
- 160 • Die Aufenthaltsqualität und Sicherheit im ÖPNV soll zügig verbessert werden, unter der  
161 besonderen Berücksichtigung der Bedürfnisse von FINTA\*, queeren Menschen und BIPOC.  
162 Dazu gehört flächendeckend ausreichende Beleuchtung und digitale Anzeigetafeln an den  
163 ÖPNV-Haltestellen und verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal in den Nachtstunden.
- 164 • Wir befürworten die Ausweitung von flexiblen nachfrageorientierten und – wo geeignet –  
165 autonomen Konzepten im ÖPNV. Sharing-Angebote dürfen nicht als Konkurrenz zum ÖPNV  
166 im S-Bahnring fungieren. Vielmehr muss Sharing als Zubringer zum ÖPNV gedacht werden.  
167 Voraussetzung für den Betrieb von Sharing-Angeboten muss sein, dass diese auch außerhalb  
168 des S-Bahnringes angeboten werden und in nachhaltiges Gesamtkonzept des öffentlichen  
169 Nahverkehrs eingebunden sind.

- 170 • Die Verknüpfung von Mobilitäts-Angeboten an den Knotenpunkten mit Umstiegsoptionen  
171 muss weiter verbessert werden, etwa durch P+R im Tarifgebiet B, Fahrradparkhäuser und  
172 Bündelung von Sharing-Diensten.  
173

## 174 **ÖPNV sozial gerecht finanzieren**

175 Eine ambitionierte Angebotsverbesserung erfordert den Einsatz massiver finanzieller Ressourcen.  
176 Gleichzeitig ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.  
177 Mobilität zu ermöglichen ist daher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, deren Finanzierung sozial  
178 gerecht ausgestaltet sein muss. Eine pauschale Verteilung der Kosten – entweder auf die Nutzer\*innen  
179 über die Ticketpreise oder auf alle Berliner\*innen über eine einheitliche Mobilitätsabgabe – lehnen wir  
180 weiter als ungerecht ab, da diese Systeme die finanzielle Leistungsfähigkeit des Einzelnen nicht  
181 berücksichtigen.

182 Gleichzeitig ist uns klar, dass unter den herrschenden politischen Verhältnissen, unter welchen mit der  
183 Schuldenbremse eine künstliche Verknappung öffentlicher Ressourcen stattfindet, das Ziel eines  
184 fahrscheinlosen ÖPNV mit dem Erfordernis steigender Investitionen für Angebotsverbesserungen  
185 konkurrieren.

186 Zur Kompensation der wegfallenden Ticketerlöse fordern wir daher eine Nahverkehrsabgabe nach  
187 französischem Vorbild. Die Taxe Versement de Transport (VT) können Kommunen ab 20.000  
188 Einwohnern zweckgebunden zur ÖPNV-Finanzierung erheben. Die französische Nahverkehrsabgabe ist  
189 von Arbeitgeber\*innen mit mehr als zehn Mitarbeiter\*innen und vom Einzelhandel als Nutznießer des  
190 ÖPNV-Angebots zu entrichten. Die Nahverkehrsabgabe wird inzwischen in den meisten zur Erhebung  
191 berechtigten Kommunen eingenommen. Im Jahr 2010 wurden 44,2 % der Ausgaben für den  
192 französischen ÖPNV über die Nahverkehrsabgabe finanziert, die neben den Fahrgeldeinnahmen damit  
193 das wichtigste Finanzierungsinstrument ist.

### 194 **Wir fordern daher:**

- 195 • Um Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV zu schaffen, soll der fahrscheinlose ÖPNV  
196 eingeführt werden. Die entfallenden Ticketerlöse sollen durch Steuermittel ersetzt werden, da  
197 auf diese Weise eine sozial gerechte Verteilung der Kosten möglich ist.  
198 • Zugleich müssen die öffentlichen Investitionen in den ÖPNV massiv steigern. Dabei ist neben  
199 den Ländern Berlin und Brandenburg auch der Bund gefragt.  
200 • Als neue Einnahmesäule fordern wir die Einführung einer Nahverkehrsabgabe nach  
201 französischem Vorbild, die von Arbeitgeber\*innen in Berlin und Brandenburg zu entrichten  
202 ist.

## 203 **Smarter ÖPNV**

204 Die Digitalisierung des ÖPNVs hat für uns höchste Priorität, um die Effizienz und damit auch die  
205 Attraktivität des ÖPNVs zu steigern. Digitalisierung macht Verkehrsinformationen in Echtzeit  
206 verfügbar und ermöglicht es Mobilitätsanbietern den Verkehr je nach Bedarf flexibel zu steuern. Der  
207 Auf- und Ausbau dieser als Verkehrsmanagementsysteme bezeichneten Steuerungsinstrumente ist ein  
208 elementarer Baustein für die Mobilität von morgen. Gleichzeitig können die Echtzeitinformationen den  
209 Benutzer\*innen für mehr Komfort zur Verfügung gestellt werden. Berlin nimmt hier bereits heute eine  
210 Vorreiter\*innenrolle ein: In Bussen und Bahnen werden Umsteigeinformationen auf großen  
211 Anzeigetafeln dargestellt und Apps wie Jelbi bündeln Echtzeitinformationen für mehrere

212 Verkehrsträger. Diese starke Position wollen wir weiter ausbauen, um den ÖPNV für alle  
213 Berliner\*innen attraktiver zu machen.

214 **Wir fordern daher:**

- 215 • Bis 2030 soll es vollständige und vernetzte digitale Leit-, Informations- und Bezahlssysteme in  
216 Berlin geben. Auch Mobilfunk- und Internetversorgung im unterirdischen S- und U-Bahn-Netz  
217 sind störungsfrei bis 2030 auszuweiten.
- 218 • Trotz aller Digitalisierung müssen umfassende analoge Zugangs- und  
219 Informationsmöglichkeiten erhalten bleiben. Niemand darf ausgegrenzt werden.
- 220 • Für alle Digitalisierungsmaßnahmen müssen höchste Datenschutzstandards und Privacy-by-  
221 Design eingehalten werden und sie müssen sich an Nachhaltigkeitskriterien orientieren.  
222 Außerdem setzen wir uns für die anonymisierte Verfügbarmachung der  
223 geschlechtsspezifischen Mobilitätsdaten für Öffentlichkeit und Wissenschaft ein.
- 224 • Die bereits heute technologisch mögliche Automatisierung des Schienenverkehrs  
225 (Straßenbahn, S+U-Bahn) muss zeitnah auf ersten Strecken und perspektivisch flächendeckend  
226 umgesetzt werden. Für S- und Regionalbahnen im Eigentum des Bundes sind entsprechende  
227 Kooperationen zwischen dem Senat und der DB AG zu vereinbaren.
- 228 • Berufsfelder im ÖPNV, deren Tätigkeiten durch eine sich wandelnde Arbeitswelt ersetzt  
229 werden könnten, müssen frühzeitig identifiziert werden. Es sind vorausschauend geeignete  
230 Umschulungs- und Weiterbildungskonzepte im Rahmen der Personalentwicklung vorzusehen.

231 **III. Flächenwende: Für eine gerechte Verteilung und sichere Gestaltung des öffentlichen Raums**

232 Das Konzept der autogerechten Stadt hat zu massiv ungerechter Verteilung des öffentlichen Raums in  
233 unserer Stadt geführt: Während dem motorisierten Individualverkehr gerade einmal 30 Prozent der in  
234 Berlin zurückgelegten Wege zugerechnet werden können, sind diesem knapp 60 Prozent der  
235 Verkehrsflächen gewidmet. Auf vielen Straßen unserer Stadt wird dem ruhenden Individualverkehr  
236 mehr Platz eingeräumt, als dem Fuß- und Radverkehr zusammen. Jahrzehnte der autofixierten  
237 Mobilitätspolitik haben sich auch in den Köpfen festgesetzt. In der medial wahrnehmbaren  
238 öffentlichen Debatte wird es häufig als völlig selbstverständlich angesehen, das individuelle Bedürfnis  
239 nach Parkplätzen im öffentlichen Raum höherrangiger zu bewerten als die Sicherheit von  
240 Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. Viele Menschen haben sich daran gewöhnt, dass sie für ein 18  
241 Quadratmeter großes WG-Zimmer 600 Euro bezahlen, aber ihren nur wenige Stunden am Tag  
242 genutzten PKW quasi kostenfrei auf einer ebenso großen Fläche im öffentlichen Raum abstellen  
243 können. Neben der Verteilung ist auch die Gestaltung des öffentlichen Raums bisher in erster Linie  
244 daran orientiert, dem motorisierten Individualverkehr ein möglichst schnelles Zurücklegen von Wegen  
245 zu ermöglichen. Wege für den Fuß- und Radverkehr sind an vielen Stellen nicht so gestaltet, dass sie  
246 ihren Nutzer\*innen die erforderliche Sicherheit bieten, sondern so, dass sie den motorisierten  
247 Individualverkehr möglichst wenig stören.

248 Für uns ist klar: Die Mobilität im Umweltverbund, also ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, muss künftig klaren  
249 Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Dies muss sich auch im öffentlichen Raum  
250 niederschlagen, wir wollen die Flächenwende: Der Straßenraum muss primär so gestaltet sein, dass  
251 der ÖPNV zügig vorankommt und die Sicherheit von Fuß- und Radverkehr gewährleistet ist. Nur  
252 nachrangig ist dem motorisierten Individualverkehr Platz einzuräumen.

253 Der öffentliche Raum ist jedoch nicht nur Verkehrsraum. In Zeiten der wachsenden und sich  
254 verdichtenden Stadt konkurrieren auch andere Nutzungsarten um den öffentlichen Raum. Die Straße  
255 ist Treffpunkt, Kommunikations- und Spielort. Für uns steht fest, dass Nutzungen, die dem

256 Gemeinwohl im Kiez dienen, Vorrang haben, sowohl gegenüber dem Interesse Einzelner an einem  
257 kostengünstigen Parkplatz, als auch gegenüber kommerziellen Interessen.

258 Flächengerechtigkeit ist auch eng verknüpft mit Konzepten von wohnortnahe Arbeit und  
259 fußläufige Versorgungsmöglichkeiten (Stadt der kurzen Wege oder „15-Minuten-Stadt“). Bei der  
260 Flächenwende ist Aspekten der Umweltgerechtigkeit und der Belastung mit Lärm und anderen  
261 Emissionen Rechnung zu tragen. Häufig leben in besonders und vielfach belasteten Räumen Menschen  
262 mit geringem Einkommen. Die Flächenwende führt daher auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit.  
263 Voraussetzung dafür ist, dass sie nicht auf bereits jetzt privilegierte Quartiere begrenzt bleibt. Zudem  
264 müssen gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass die mit der Flächenwende  
265 verbundene Aufwertung von Kiezen nicht zu Verdrängung der bisherigen Bewohner\*innen führt.

266 Wir begrüßen das Engagement von Bürger\*inneninitiativen, die sich für mehr Flächengerechtigkeit in  
267 ihrem Kiez einsetzen. Sie sind an vielen Stellen Treiber\*in der Mobilitätswende und drängen zögerlich  
268 reagierende Verwaltungen zum Handeln. Uns ist jedoch bewusst, dass diese Initiativen insbesondere  
269 in den Innenstadtquartieren aktiv sind und oft von privilegierten Milieus geprägt sind. Dies mindert  
270 nicht deren Wert. Angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen der öffentlichen Hand  
271 darf die Mobilitätswende aber nicht davon abhängen, ob sich vor Ort eine Initiative bildet oder nicht.

#### 272 **Wir fordern daher:**

- 273 • Die Mobilität im Umweltverbund und öffentliche Nutzungen müssen bei der Verteilung und  
274 Gestaltung des öffentlichen Raums klaren Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr  
275 haben. Der Straßenraum muss primär so gestaltet sein, dass der ÖPNV zügig vorankommt und  
276 die Sicherheit von Fuß- und Radverkehr gewährleistet ist. Nur nachrangig ist dem  
277 motorisierten Individualverkehr Platz einzuräumen. Um dies zu realisieren, ist der teilweise  
278 Rück- und Umbau von Straßen und Plätzen und eine sachgerechte Neuverteilung der Flächen  
279 erforderlich.
- 280 • Erforderlich ist an vielen Stellen eine Entflechtung der Verkehrsströme. Menschen sind im  
281 öffentlichen Raum Gefahren ausgesetzt und agieren mitunter fehlerhaft. Daher muss die  
282 Umgebung so aufgebaut sein, dass Fehler vermieden werden. Am besten gelingt das, wenn  
283 Mobilitätswege baulich getrennt geführt werden.
- 284 • Überall dort, wo die Entflechtung von Verkehrsströmen nicht erfolgen kann, sind bauliche  
285 Maßnahmen zur Verbesserung der Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit vorzunehmen. An  
286 Kreuzungen sollen geradeaus fahrende Verkehre von Abbiegeverkehren grundsätzlich zeitlich  
287 getrennt werden. Wo das nicht gelingt, gilt: Je getrennter und je näher der Winkel, mit dem  
288 sich Auto einerseits und Fuß- und Fahrradverkehr andererseits begegnen, einem rechten  
289 Winkel entspricht, desto besser. Umbaumaßnahmen dürfen dabei nicht zulasten des  
290 Fußverkehrs gehen. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit sollen für Fußverkehr sogenannte  
291 Vorstreckungen realisiert werden.
- 292 • Wir fordern in berlinweites flächendeckendes Fahrradstraßennetz in allen Kiezen. Auf  
293 Fahrradstraßen soll nur Auto-Anliegerverkehr, klimaverträglicher Lieferverkehr und Services  
294 wie Feuerwehr, Polizei, Wertstoffabfuhr, etc. stattfinden. An kürzeren oder engeren  
295 Fahrradstraßenabschnitten soll der Durchgangsverkehr ausschließlich für Fahrräder  
296 ausgewiesen werden, um die Sicherheit der Fahrradfahrenden zu gewähren.
- 297 • Die im Berliner Mobilitätsgesetz vorgesehen Radverkehrsanlagen auf oder an allen  
298 Hauptverkehrsstraßen mit erschütterungsarmem, gut befahrbarem Belag in sicherem Abstand  
299 zu parkenden Kraftfahrzeugen und ausreichender Breite sollen möglichst zeitnah realisiert  
300 werden.
- 301 • In der gesamten Stadt sind Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu ergreifen, etwa eine  
302 Sperrung von Kiezen für den Durchgangsverkehr (z.B. Kiezblocks, Diagonalsperren). Die

303 rechtlichen Befugnisse der Bezirksämter sind dazu konsequent zu nutzen. Die  
304 Verkehrsberuhigung darf sich nicht nur auf Kieze beschränken, in denen zuvor eine  
305 Bürger\*inneninitiative entsprechende Forderungen an die Behörden getragen hat. Vielmehr  
306 sind gerade auch dort Maßnahmen zu treffen, wo vermehrt Menschen mit niedrigem  
307 Einkommen und hoher Verkehrsbelastung leben.

- 308 • Wir fordern mehr Busspuren und Spuren des Umweltverbundes, auch durch Ausweisung von  
309 "Pop-Up-Busspuren".
- 310 • Ampelschaltungen sind grundsätzlich an Zufußgehenden auszurichten und dem  
311 Umweltverbund an Ampeln Vorrang einzuräumen.
- 312 • Wir fordern für den Fußverkehr eine verbesserte Orientierung mittels flächendeckender  
313 optischer, akustischer und digitaler Leitsysteme.
- 314 • Tempo 30 soll zur Regelgeschwindigkeit in Berlin werden. Im Ausnahmefall soll davon  
315 abgewichen werden können. Dies wäre eine Umkehrung der bisherigen Praxis. Dabei ist nach  
316 den Straßenarten und deren Aufgaben zu differenzieren. Zudem sollen Ausnahmen für den  
317 straßengebundenen ÖPNV möglich sein, damit sich die Reisezeit nicht erhöht.
- 318 • Nutzungen, die dem Gemeinwohl im Kiez dienen, müssen Vorrang haben, sowohl gegenüber  
319 dem Interesse Einzelner an einem kostengünstigen Parkplatz, als auch gegenüber  
320 kommerziellen Interessen.
- 321 • Die Parkraumbewirtschaftung soll ausgeweitet werden. Die für den  
322 Anwohner\*innenparkausweis fällige Gebühr soll in moderaten Schritten nach und nach  
323 steigen. Dabei soll für besonders umweltschädliche und große Fahrzeuge eine höhere Gebühr  
324 berechnet werden. Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen soll es Ausnahmen  
325 geben. Dies gilt ebenso für Familien, die über ein geringes Einkommen verfügen.
- 326 • Die Anzahl der Parkplätze im Straßenland soll ab sofort schrittweise reduziert werden. Die  
327 freigewordenen Flächen sollen für den Umweltverbund oder andere öffentliche Nutzungen  
328 umgewidmet werden.
- 329 • Als erster Schritt sollen in jeder Parkzeile der vorderste PKW-Parkplatz wegfallen und  
330 stattdessen eine Stellfläche für Fahrräder oder ein öffentlicher Verweilraum geschaffen  
331 werden. So wird auch eine bessere Einsehbarkeit in den Kreuzungsbereich geschaffen.
- 332 • Für den Wirtschaftsverkehr sollen konsequent gesonderte Ladezonen eingerichtet werden.  
333 Zur Reduktion von Lieferverkehren sollen Konzepte zur Bündelung von Warenströmen  
334 (Terminals/City-Logistik/Mini-Hubs) gestärkt und Anreize für Umstiege auf klimaverträgliche  
335 Verteilsysteme (z.B. Lastenrad) gesetzt werden. Regionaler Netzwerke und Cluster mit  
336 kürzeren Lieferketten sollen gefördert werden.
- 337 • Parkhäuser müssen effektiver genutzt werden. In Neubauquartieren sind Kiezgaragen und  
338 Mobilitätsstationen zu prüfen, damit nicht mehr jede Immobilie von Straßenverkehr  
339 ansteuerbar sein muss.
- 340 • Wir fordern, dass die Festlegung der technischen Parameter für den deutschen Straßenverkehr  
341 und damit das Verkehrsverhalten in Deutschland nicht mehr einseitig auf Richtlinien der  
342 Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. beruht. Dieser Verein  
343 versammelt zwar Expertise, ist aber sehr männlich geprägt, starken monetären Einflüssen der  
344 Straßwirtschaft unterworfen und lässt viele gesellschaftlichen Nutzer\*innengruppen nur in  
345 Ausnahmefällen teilhaben.

#### 346 **IV. Smart Mobility und E Mobilität: Technologien für eine gemeinwohl- und zukunftsorientierte** 347 **Mobilitätswende**

348 Zur Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes, welches Nachhaltigkeit mit Gemeinwohl verbindet, dürfen  
349 wir uns nicht vor neuen Technologien verschließen. Vielmehr müssen wir diese nutzen und  
350 sicherstellen, dass alle Berliner\*innen in gleichem Maße davon profitieren. Dabei ist es wichtig sich  
351 nicht nur auf eine Technologie konzentrieren. Es müssen den unterschiedlichen Mobilitätsbedarfen

352 entsprechende Angebote zur Verfügung stellen, damit ein flächendeckendes Angebot geschaffen  
353 werden kann.

354

### 355 **Sharing-Angebote**

356 Sharing-Angebote tragen dazu bei, dass Menschen einfacher auf ein eigenes Auto verzichten können  
357 und sinnvollere, rationalere Mobilitätsentscheidungen treffen sowie schlussendlich ein umwelt-,  
358 stadt- und verkehrsverträglicheres Mobilitätsverhalten ausüben. Sie verbessern das Angebot an  
359 Mobilität für alle Menschen erheblich und stärken den Umweltverbund.

360 Aus diesem Grund sollten Sharing-Angebote einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen, ebenso wie  
361 der ÖPNV und diesen sinnvoll ergänzen. Daher muss Sharing zukünftig enger mit dem ÖPNV verzahnt  
362 und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge insbesondere in den Außengebieten gefördert und  
363 unterstützt werden. Plattformen wie die Jelbi-App der BVG stellen dafür ein positives Beispiel dar  
364 und sollen weiterverbreitet sowie unter Einbezug aller Anbieter weiterentwickelt werden.  
365 Sharing-Mobilität erfährt im Vergleich zum privaten Pkw aktuell eine unverhältnismäßige  
366 Diskriminierung und Benachteiligung, z.B. hinsichtlich Abstellflächen und Bepreisung. Diese muss  
367 zugunsten einer stärkeren Förderung und Bevorrechtigung von Sharing-Angeboten beendet werden.  
368 Stattdessen muss die Nutzung des privaten Pkw unter allen Umständen zugunsten der Alternativen  
369 eingeschränkt werden.

370 Im Vergleich mit anderen Formen von Sharing-Mobilität wird Carsharing in der Regel nicht  
371 intermodal (also in Kombination mit anderen Verkehrsmitteln) als Zubringer für den ÖPNV genutzt,  
372 sondern im Rahmen von Start-Ziel-Verkehren meist ohne Umstieg für ausgewählte Wege und  
373 Anlässe. Dennoch führt auch Carsharing zu multimodalem Mobilitätsverhalten (also der Wahl  
374 zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln je nach Anlass). Dadurch trägt es kurzfristig dazu bei einem  
375 Zweitwagen oder generell Autofahrten mit dem privaten Pkw zu ersetzen. Langfristig führt es zur  
376 Abschaffung des eigenen Autos. Für nicht-Pkw-Besitzende erhöht es die Mobilitätsoptionen und  
377 belohnt somit multimodales, anlassbezogenes Verkehrsverhalten.

### 378 **Wir fordern daher:**

- 379 • Eine konsistente Landesstrategie im Hinblick auf Sharing-Mobility. Die Angebote müssen  
380 gemeinsam gedacht werden und auf dieselben verkehrspolitischen Ziele einzahlen. In Bezug  
381 auf die Reglementierung bei der Nutzung des öffentlichen Raums sollte aber eine getrennte  
382 Betrachtung von Fahrradsharing, Scootersharing und Carsharing erfolgen.
- 383 • Fahrradsharing sollte per se nicht zusätzlich von Landesseite bepreist werden. Das  
384 Angebot in Landeskooperation (aktuell Nextbike) sollte über mehr und qualitativ  
385 hochwertigere Stationen, insbesondere an ÖPNV-Umsteigepunkten, verfügen. Daneben  
386 sollten die eigenwirtschaftlichen Anbieter im stationsungebundenen Sharing in eine  
387 gemeinsame App, z.B. Jelbi, integriert sein und Gesamtzahl sowie Geschäftsgebiet durch eine  
388 Ausschreibung gesteuert werden können.
- 389 • Scootersharing (E-Moped und E-Tretroller) sollte dagegen zusätzlich eine nicht-  
390 betriebsschädigende Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Raums (ÖR)  
391 entrichten, aus der unter anderem die Einrichtung von Abstellflächen im ÖR finanziert  
392 werden. Ähnlich wie beim Fahrradsharing ergibt die Steuerung des Angebots über einen  
393 Ausschreibungsprozess Sinn, der das Einzahlen auf ausgewählte und messbare  
394 verkehrspolitische Landesziele unterstützt.

- 395 • Die Berliner Verwaltung soll zusammen mit den Bezirken jährlich eine feste Quote von Pkw-  
396 Parkplätzen für Sharing-Abstellflächen umwandeln. Solange kein dichtes, flächendeckendes  
397 Angebot an öffentlichen Abstellflächen existiert, muss das flexible, aber korrekte Abstellen  
398 weiterhin möglich sein. Perspektivisch sollen Sharing-Abstellflächen ein engmaschiges Netz  
399 bilden und in Wohngebieten für alle Menschen in Laufweite erreichbar sein.
- 400 • Carsharing darf gegenüber dem privaten Pkw-Besitz nicht benachteiligt, sondern muss  
401 priorisiert werden und dazu dienen, Menschen mit Auto den Umstieg auf Sharing und den  
402 Umweltverbund zu vereinfachen.
- 403 • Da Carsharing die bereits vorhandene und von der öffentlichen Hand bewirtschafteten  
404 Straßen- und Abstellflächen nutzt, entstehen keine signifikanten zusätzlichen Kosten, die  
405 eine Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffentlichen Raums rechtfertigen. Die  
406 maximalen Parkgebühren für Carsharing sollten sich an denen eines Bewohnerparkausweises  
407 orientieren.
- 408 • Gesonderte, bevorzugte Stellplätze für Carsharing sind in jedem Straßenzug zu schaffen, der  
409 weiterhin auch Parkplätze für private Pkws bereitstellt.
- 410 • Das Land Berlin soll die Carsharing-Anbieter dabei unterstützen schnellstmöglich auf eine  
411 komplett elektrische Flotte umzustellen. Exklusiv zugängliche Ladeinfrastruktur ist in  
412 Kooperation mit den Anbietern zu schaffen und gemeinsam zu finanzieren.
- 413 • Mehr Anstrengungen des Senats im Bereich von "Mobilität als Service": Die Standorte von  
414 Sharing- und andere Mobilitätsanbietern sollen im Sinne der multimodalen Mobilität  
415 berlinweit verteilt werden. Ferner sollen deren Angebote umfassend in einer App integriert  
416 werden. Die App soll die Sharing-Kultur beflügeln und die effiziente Vernetzung der  
417 Verkehrsmittel fördern. Es braucht einheitliche Datenschnittstellen, welche  
418 anbieterübergreifene Routenplaner und Buchungssapps für alle Formen der geteilten  
419 Mobilität (ÖPNV, Rufbus, Taxi und Sharingdienste) ermöglichen.

420

## 421 **E Mobilität & Ladeinfrastruktur**

422 Wir machen in diesem Antrag deutlich, dass es eine tiefgreifende Verkehrswende zugunsten des  
423 Umweltverbundes braucht. Zur Realität gehört aber auch, dass der motorisierte Individualverkehr  
424 (MIV) mittelfristig (noch) nicht verschwinden wird. Der verbleibende Autoverkehr muss aber so  
425 schnell wie möglich an die Bedürfnisse einer modernen Stadt angepasst werden. Um ein solches  
426 Mobilitätsangebot zu schaffen, welches flächendeckend die Mobilitätsbedürfnisse der Berliner\*innen  
427 abdeckt und gleichzeitig klimafreundlich ist, müssen wir uns auf die batterieelektrische  
428 Elektromobilität fokussieren. Es ist nachgewiesen, dass diese den höchsten Wirkungsgrad und damit  
429 einhergehend den geringsten Energiebedarf im Vergleich mit anderen Technologien hat. Erneuerbar  
430 gewonnener Strom kann direkt genutzt werden, wobei der ohnehin notwendige Netzausbau für  
431 erneuerbare Energien Hand in Hand gehen kann mit dem Aufbau intelligenter steuerbarer  
432 Ladeinfrastruktur. Die Batterie- und Akkuentwicklung befindet sich zudem noch im Anfangsstadium  
433 und bereits heute ist abzusehen, dass zukünftig durch die Forschung deutlich umweltfreundlichere  
434 Batterien verfügbar sein werden, die leistungsfähiger sind und nur einen Bruchteil an Ressourcen  
435 benötigen. Unternehmen müssen darüber hinaus verpflichtet werden sozial- und umweltstandards  
436 auch in der Rohstoffgewinnung einzuhalten und dabei streng kontrolliert werden. Die Möglichkeit  
437 Batterien vollständig zu recyceln oder als Second-Life-Stromspeicher zu nutzen muss ebenfalls  
438 Berücksichtigung finden. Daneben ist batterieelektrische Mobilität in vielen Fällen auch die langfristige

439 preisgünstigste Lösung, die bereits heute im nötigen Umfang umgesetzt werden kann. Das ist  
440 wichtig, um die Ziele hinsichtlich einer Dekarbonisierung bis 2030 zu erreichen, da insbesondere die  
441 Beschaffung und Erneuerung von Fahrzeugflotten in Unternehmen eine entsprechend lange  
442 Planungs- und Vorlaufzeit hat.

443 **Wir fordern daher:**

- 444 • Die Verwendung von Brennstoffzellenfahrzeugen nur dort, wo keine geeignete Lösung mit  
445 batterieelektrischen Fahrzeugen möglich ist, da grüner Wasserstoff dringender in anderen  
446 Wirtschaftsbereichen, wie z.B. der Industrie, gebraucht wird.
- 447 • Berlin im Bereich Forschung und Entwicklung von Batterietechnologien und E-Mobilität  
448 etablieren und neue Forschungskapazitäten ausbauen.
- 449 • Erarbeitung eines Masterplans Ladeinfrastruktur, der den privaten und öffentlichen  
450 Ladeinfrastrukturaufbau koordiniert und vereint. Dabei sollen künftig zu schaffende autofreie  
451 Zonen, insbesondere in der Innenstadt berücksichtigt werden und dort bereits präventiv vom  
452 Aufbau abgesehen werden.
- 453 • Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum zudem nur dort bereitzustellen, wo gewährleistet ist,  
454 dass die Flächen in den nächsten Jahren nicht für den Ausbau von ÖPNV, Radverkehr und  
455 Grünanlagen vorgesehen sind.
- 456 • Tankstellen sollen perspektivisch zu Schnellladehubs umfunktioniert werden.
- 457 • Aufbauverpflichtung für Ladeinfrastruktur bei Unternehmen mit großen Parkplätzen, die ihre  
458 Parkplätze perspektivisch auch beibehalten werden, z.B. Supermärkte, Baumärkte und  
459 Möbelgeschäfte
- 460 • Ergänzender Aufbau von netzdienlich zu managender Ladeinfrastruktur (AC) an Orten mit  
461 hohen Standzeiten, z.B. Park-and-Ride, Flughafen und Bahnhof
- 462 • Stromnetze da wo notwendig ertüchtigen, insbesondere Ausbau des Mittelspannungsnetzes  
463 und Einsatz von Lade- und Energiemanagement. Koordinierung im Rahmen des Masterplans,  
464 um den Ausbau sinnvoll und planmäßig zu steuern.

**Antragssteller\*innen:** AK Klima und Umwelt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V2\_1/22 Sanieren statt Abriss und Neubau**

1 In den letzten Jahren wird Wohnraum, insbesondere im urbanen Raum, stetig knapper und teurer.  
2 Diese Tendenzen ausnutzend, versuchen Investoren vermehrt ältere, jedoch noch sanierfähige oder  
3 sogar bewohnbare Gebäude, abzureißen und durch einen Neubau zusätzliche Gewinne zu realisieren.  
4 Auf diesem Weg kann es zusätzlich zu langen Zeiträumen von Leerstand kommen, teilweise um den  
5 Verfall von Immobilien zu beschleunigen und somit einen Abriss begründen zu können. Allein im ersten  
6 Halbjahr 2021 wurden in Berlin bereits über 800 Wohnhäuser abgerissen. Als Folge dessen verlieren  
7 immer mehr Menschen ihren Wohnraum und besitzen oft nicht die finanziellen Mittel, ihre bisherige  
8 Wohnsituation beizubehalten.

9 Neben den sozialen Folgen solchen Verhaltens, verursacht es zusätzlich signifikante Klimaschäden. Der  
10 Abriss als auch der Neubau von Immobilien ziehen den Ausstoß von hohen CO<sub>2</sub> Werten nach sich. Dies  
11 begründet sich vor allem durch die Verwendung von Zement als Baustoff. Weltweit liegen die CO<sub>2</sub>  
12 Emissionen, die durch Zement verursacht werden bei 8% und sind damit mehr als doppelt so hoch wie  
13 beispielsweise der Verbrauch des gesamten afrikanischen Kontinents. Des Weiteren ist Zement, so wie  
14 auch andere Baustoffe, kaum recyclebar, was zu einem Abfallaufkommen von 200 Millionen Tonnen  
15 Bau und Abbruchabfällen führt (50% des Gesamtvolumens).

16 Diese Emissionen können verhindert werden. Experten bestätigen, dass die Sanierung eines Gebäudes  
17 nachgewiesenermaßen wesentlich geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht und damit in fast jedem Fall  
18 einem Abriss und Neubau aus Klimaschutz-Perspektive vorzuziehen verursacht.

19 Wir fordern einen grundsätzlichen Stopp der Genehmigungen für den Abriss von Gebäuden. Statt  
20 einem Abriss und anschließendem Neubau muss eine klimagerechte Sanierung erfolgen. Ausnahmen  
21 sollen nur in Betracht gezogen werden, wenn Einsturzgefahr oder andere irreparable Schäden  
22 bestehen. Auch wenn nach dem Abriss kein anschließender Neubau vorgesehen ist und die Fläche  
23 anderweitig, beispielsweise als Grünfläche, genutzt wird, sollen Ausnahmen möglich sein. Abreißen  
24 und Neubauen soll auch bei höherem ökologischem Fußabdruck möglich sein, wenn dadurch mehr  
25 und soziale Wohnungen geschaffen werden und dabei langfristig der ökologische Fußabdruck pro Kopf  
26 sinkt. Wir müssen ökologische und soziale Folgen gleichermaßen berücksichtigen und dürfen sie nicht  
27 gegeneinander ausspielen. Ein Abriss darf nur nach intensiver Prüfung stattfinden, welche  
28 weitreichende Mängel bestätigt, die durch Sanierungen nicht behoben werden können und zu einer  
29 Unbewohnbarkeit der Immobilie führen würden. Dazu müssen das Baurecht und die dazugehörigen  
30 Verwaltungsvorschriften angepasst werden sowie gegebenenfalls Schulungen der zuständigen  
31 Verwaltungsmitarbeitenden erfolgen.

32 Es sollen neue Förderprogramme eingerichtet werden, die eine klimagerechte Sanierung im Vergleich  
33 zu Abriss und anschließendem Neubau für die\*den Eigentümer\*n wirtschaftlich attraktiver machen.

34 Zudem fordern wir eine regelmäßige Überprüfung aller Gebäude bezüglich ihres Sanierungsbedarf.  
35 Diese soll auch als verpflichtend angeordnet werden können. So soll verhindert werden, dass Gebäude  
36 absichtlich dem Verfall preisgegeben werden, um einen Abriss zu rechtfertigen. Die Verwaltung ist mit  
37 den für die angemessene Umsetzung dieser Maßnahmen erforderlichen Mitteln auszustatten. Werden

38 die notwendigen Sanierungen in einem vorgegebenen Zeitraum nicht umgesetzt, werden die Gebäude  
39 in den Besitz des Landes Berlin übergehen.

40 Wir bleiben bei unserer Forderung, dass die Kosten einer Sanierung nicht auf die Mieter\*innen abgewälzt werden  
41 dürfen.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V3\_1/22 Transparenz und Ernsthaftigkeit – „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ darf nicht verschleppt werden!**

1 Am 26. September 2021 haben mehr als eine Million Berliner\*innen entschieden – sie wollen die  
2 Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne. Sie haben dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen  
3 und Co. Enteignen“ zugestimmt. Dies war einer der größten Volksentscheide in der Geschichte  
4 Deutschlands.

5 Im Koalitionsvertrag der rot-grün-roten Landesregierung wurde festgelegt, dass innerhalb der ersten  
6 100 Tage eine Expert\*innenkommission, unter Einbezug von Expert\*innen der Initiative, aufgestellt  
7 werden soll.

8 Nachdem die Bekanntgabe der Besetzung der Kommission bis auf den letzten Tag ausgereizt wurde,  
9 stellen sich einige Fragen.

10 Die grundsätzliche Verfassungswidrigkeit der Vergesellschaftung nach Art. 15 GG ist in den  
11 vergangenen zwei Jahren durch unterschiedlichste Gutachten, unter anderem vom Wissenschaftlichen  
12 Dienst des Deutschen Bundestages, aber auch des Abgeordnetenhauses, sowie durch diverse  
13 Verfassungsrechtler\*innen, widerlegt worden.

14 Es muss nun anerkannt werden, dass sich die Mehrheit der Berliner\*innen für eine Vergesellschaftung  
15 ausdrücklich ausgesprochen hat und diese auch verfassungsrechtlich zulässig ist. Denn andernfalls  
16 machen wir uns gänzlich unglaubwürdig, auch vor dem Hintergrund, dass wir stets für mehr Teilhabe  
17 und demokratische Mitbestimmung einstehen und diese einfordern und uns nun auf der anderen Seite  
18 dieser gelebten Teilhabe entgegensetzen.

19 Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass, laut Medienberichten durch die SPD, die Professoren  
20 Christian Waldhoff, Wolfgang Durner und Michael Eichberger Teil der Kommission wurden. Alle drei  
21 haben sich bereits im Vorfeld klar gegen den Volksentscheid positioniert. Erstere haben sich jeweils in  
22 von der Immobilienwirtschaft bzw. dieser nahestehenden Organisationen beauftragten Gutachten für  
23 eine grundsätzliche Unanwendbarkeit des Art. 15 GG in Berlin im Sinne des Volksentscheides  
24 ausgesprochen. **Wir fordern die Parteiinterne Erklärung darüber, nach welchen Kriterien und aus  
25 welchen Gründen diese drei Professoren ausgewählt wurden.**

26 Da eine rechtssichere Umsetzung von vielen Jurist\*innen grundsätzlich für möglich gehalten wird, ist  
27 die Berliner Politik durch den Volksentscheid zur Umsetzung der Vergesellschaftung angehalten. Eine  
28 absolut sichere Prognose über mögliche Entscheidungen verfassungsrechtlicher Prüfungen bei Gericht  
29 ist gerade in solchen gesellschaftspolitisch höchst relevanten Verfahren ohnehin nicht mit 100%-tiger

30 Sicherheit möglich. Das zeigt insbesondere die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum  
31 Mietendeckel, in welcher der 2. Senat explizit von zuvor vertretenen Rechtsauffassungen abweicht  
32 und u.a. mit etablierter Staatspraxis argumentiert. Eben die Veränderung dieser Staatspraxis ist klarer  
33 Auftrag des Volksentscheids an die Politik.

34 Auch da der Auftrag der Kommission nun klar beschreibt, dass es nicht mehr um das „Ob“ der  
35 Umsetzung, sondern um das „Wie“ geht, ist es unverständlich, wieso die Expert\*innen ausschließlich  
36 Jurist\*innen sind. Es werden auch sozial-, wirtschafts- und mietpolitische Sichtweisen miteinzubringen  
37 sein.

38 Außerdem entspricht diese rein männliche Besetzung durch die SPD auch nicht ihrem Anspruch auf  
39 Parität.

40 Wie die Kommission zukünftig arbeiten soll, erfuhr die Öffentlichkeit auch erst am letzten Tag. Das darf  
41 in der weiteren Arbeit so nicht weitergehen. Die Transparenz der Kommission und ihrer  
42 Entscheidungen muss gegeben sein.

43 Bisher zeigt sich die Berliner SPD offensichtlich nicht daran interessiert dem Wähler\*innenwillen  
44 wirklich nachkommen zu wollen, sondern eher auf Zeit zu spielen und den Volksentscheid zu  
45 verschleppen.

46 Das können wir so nicht akzeptieren und rügen die Landesregierung, und insbesondere die SPD-  
47 Fraktion im Abgeordnetenhaus, für die bisherige Arbeitsweise.

- 48 • **Wir fordern eine grundsätzliche und dauerhafte Transparenz der Kommissionsarbeit und die**  
49 **Konzentration darauf, wie der Volksentscheid verfassungskonform umgesetzt wird – denn**  
50 **über das „Ob“ haben die Berliner\*innen bereits entschieden.** Die Transparenz soll dadurch  
51 gelingen, dass die Sitzungen per Lifestream übertragen werden und regelmäßig dem  
52 Abgeordnetenhaus Bericht erstattet wird.
- 53 • Wir fordern, dass auch sozial-, wirtschafts-, mietpolitische und Mieterinnen Sichtweisen in  
54 die Kommissionarbeit hineingetragen werden. Dies soll durch die Anhörung, Beratung und  
55 Einbeziehung von Expertinnen geschehen. Nur auf Grundlage dieses breiten Meinungsbildes  
56 darf ein Kommissionsvorschlag entwickelt werden.
- 57 • Zudem fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordnetenhauses, der Senatsverwaltung für  
58 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie unsere Bürgermeisterin auf, die Arbeit der  
59 Kommission konstruktiv, transparent und im Sinne des Volksentscheides zu begleiten und  
60 einzuwirken.
- 61 • Am Ende ihrer Arbeit wird die Kommission einen Abschlussbericht vorlegen. Wir fordern die  
62 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf, einen  
63 aufgezeigten Weg zur Umsetzung der Vergesellschaftung unverzüglich umzusetzen und einem  
64 resultierenden Gesetzesentwurf zuzustimmen.

**Antragssteller\*innen:** Jusos Mitte, Jusos Pankow und Jusos Tempelberg

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

## **W1\_1/22 Erben für alle – Für ein Gesellschaftserbe**

1 Vermögen sind in Deutschland extrem ungleich verteilt. Die wenigsten Menschen in Deutschland  
2 besitzen überhaupt nennenswerte Vermögenswerte und ein Teil besitzt sogar nur negatives  
3 Vermögen, also Schulden. Dagegen besitzt das vermögensreichste Prozent der deutschen Bevölkerung  
4 ca. 20 bis 35 Prozent des gesamtdeutschen Vermögens. Und den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung  
5 gehören fast 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung müssen sich  
6 dann mit 40 Prozent des Vermögens abgeben. Hier hört die extreme Vermögenskonzentration aber  
7 nicht auf. Aufgrund der ungleichen Verteilung besitzt die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung  
8 nur ca. 2,5 Prozent des Vermögens. Das heißt, dass jede zweite Person in Deutschland über kein  
9 nennenswertes Vermögen verfügt.

10 Diese ungleiche Verteilung schlägt sich auch in internationalen Vergleichen nieder. Beim Vergleich der  
11 internationalen GINI-Indexe, welche ein Maß der Ungleichheit in einem spezifischen Land angeben,  
12 zeigt sich, dass Deutschland sich im oberen Drittel der vermögensungleichen Länder bewegt. Doch wie  
13 setzt sich dieses Vermögen zusammen? Auch hier gibt es wieder eine große Ungleichheit zwischen den  
14 einzelnen Vermögensgruppen. So hat die untere Hälfte der Vermögensverteilung im Durchschnitt ein  
15 Vermögen in Höhe von 11.000 Euro, welches zum größten Teil aus Geldanlagen (z.B. Bargeld und  
16 Spareinlagen auf dem Bankkonto) besteht. Danach spielt auch noch das eigene Fahrzeug und  
17 Wohneigentum eine Rolle. Je größer das durchschnittliche Vermögen, desto mehr verändern sich die  
18 Vermögensbestandteile. So besteht das Vermögen der oberen 25 Prozent vor allem aus  
19 Wohneigentum. Hierbei liegt das durchschnittliche Vermögen bei ca. 330.000 Euro. Wenn aber die  
20 vermögensreichsten 1,5 Prozent der Bevölkerung mit einem Durchschnittsvermögen von 3,1 Millionen  
21 Euro näher betrachtet werden, fällt auf, dass hier vor allem ein weiterer Faktor den Hauptbestandteil  
22 des Vermögens ausmacht, nämlich Betriebsvermögen.

23 Vermögensungleichheit hat aber noch andere Dimensionen als die Ungleichheit zwischen den Top 10  
24 Prozent der Bevölkerung und den restlichen 90 Prozent. So ist eine Vermögensbildung vor allem dem  
25 männlichen Teil der Bevölkerung vorenthalten. Frauen besitzen hingegen deutlich weniger Vermögen.  
26 Auch in heterosexuellen Partner\*innenschaften besitzen Männer häufiger den Großteil des  
27 Vermögens. Dadurch kommt es oftmals zu Zementierung von veralteten Rollenverteilungen und  
28 Machtstrukturen.

29 Diese extrem hohen Vermögen kommen aber nicht aus dem Nichts und sind auch selten selbst  
30 erarbeitet. Vielmehr sind sie das Resultat von Erbschaften. Jedes Jahr werden in Deutschland rund 400  
31 Milliarden Euro vererbt. Davon wurden im Jahr 2020 in Deutschland 602 Erbschaften oder  
32 Schenkungen von mehr als 10 Millionen Euro getätigt. Im Durchschnitt erbt eine Person im Laufe ihres  
33 Lebens rund 85.000 Euro. Das hört sich zwar zuerst nach viel an, aber wie auch schon die Vermögen

34 sind Erbschaften und Schenkungen in Deutschland sehr ungleich verteilt. So erben die unteren 50  
35 Prozent der Einkommensverteilung ca. 32.000 Euro im Schnitt, während die 1 Prozent  
36 einkommensstärksten im Schnitt 772.000 Euro erben. So kommt es dazu, dass die oberen 10 Prozent  
37 der einkommensstärksten Person ca. 50 Prozent der Gesamterbmasse in Deutschland ausmachen.  
38 Ähnlich sieht es auch bei den Vermögensschenkungen aus. Je höher das eigene Einkommen, desto  
39 eher werden auch Immobilien und Betriebe der nächsten Generation vermacht.

#### 40 **Wirtschaftliche und politische Macht begrenzen!**

41 Hohe Vermögen sind Ausdruck illegitimer wirtschaftlicher Macht. Gesellschaftlich relevante  
42 Wirtschaftsgüter und Produktionsmittel werden durch Erbschaften auf Individuen übertragen, ohne  
43 dass diese jemals etwas dafür getan haben oder an der Entstehung des geerbten Vermögens beteiligt  
44 waren. Kein Vermögen wurde durch ein Individuum allein geschaffen. Es waren immer viele Menschen  
45 und die Gesellschaft an der Entstehung beteiligt. Durch die Übertragung der Verfügungs- und  
46 Entscheidungsgewalt können die Erb\*innen in der Regel frei über das geerbte Vermögen verfügen –  
47 und es nach eigenem Gutdünken nutzen. Die Gesellschaft bleibt bei der Entscheidungsfindung außen  
48 vor. Diese individuelle wirtschaftliche Macht ist mit unserem Verständnis eines demokratischen  
49 Sozialismus nicht vereinbar: Nicht das Individuum sollte über relevante Wirtschaftsgüter und  
50 Produktionsmittel entscheiden, sondern die Gesellschaft! Deshalb sollten Erbschaften weitgehend an  
51 das demokratische Gemeinwesen – und somit an die Gesellschaft – zurückgegeben werden müssen.

52 Gleichzeitig verfügen Erb\*innen über illegitime politische Macht. Durch Erbschaften werden nicht nur  
53 üppige Vermögen an die nächste Generation weitergegeben, sondern auch politische Macht. Diese  
54 hohe Konzentration von Vermögen entlang familiärer Stammbäume gefährdet unsere Demokratie und  
55 läuft den demokratischen Prinzipien zuwider. Die Vererbung von hohem Vermögen geht auf eine Zeit  
56 zurück, in der der Adel und der Klerus das gesamte relevante Vermögen besaßen. Feudale Strukturen  
57 wollen wir nicht mehr haben! Ein Blick in die USA genügt, um den Zusammenhang zwischen hohem  
58 Vermögen und politischer Macht zu verstehen: Amerikanische Milliardär\*innen erkaufen sich durch  
59 Millionenspenden an politische Kandidierende politischen Einfluss und können ihre wirtschaftliche  
60 Macht nutzen, um den öffentlichen Diskurs zu ihren Gunsten zu gestalten. Eine progressive  
61 Erbschaftssteuer kann hier korrigierend eingreifen. Sie kann den politischen Einfluss durch hohe  
62 Vermögen reduzieren, die politische Ungleichheit senken und gleichzeitig den fairen demokratischen  
63 Willensbildungsprozess stärken. Es ist Zeit, wirtschaftliche und politische Machtverhältnisse zu  
64 demokratisieren!

#### 65 **Jedes Vermögen hat eine Geschichte – aber nicht immer eine positive!**

66 Klaus-Michael Kühne (39,9 Milliarden Euro), Susanne Klatten (29 Milliarden Euro) und Stefan Quandt  
67 (23,3 Milliarden Euro) sind drei der fünf reichsten Deutschen und haben neben ihrem unvorstellbaren  
68 Vermögen vor allem den Ursprung desselben geerbt. Kühne ist der Erbe eines Logistikunternehmens,  
69 das während des dritten Reichs dank bester Verbindungen zu Gestapo die geraubten Besitztümer von  
70 vertriebenen und ermordeten Jüd\*innen transportierte. Klatten und Quandt, die BMW-Erb\*innen,  
71 profitieren bis heute von während der NS-Herrschaft durch Zwangsarbeit, Raub und Kriegsprofiteuren  
72 erwirtschafteten Geld. Damit sind sie nur die reichsten Beispiele in einer Erb\*innengenerationen,  
73 deren Vermögen seinen Ursprung im Nationalsozialismus hat oder im dritten Reich stark vermehrt  
74 werden konnte. Auch Kolonialvermögen wird bis heute in den "alten Handelsfamilien", die am meisten  
75 von der Ausbeutung deutscher Kolonien im Kaiserreich profitieren weitervererbt. Sarotti-Schokolade,

76 Familie Wöermann aus Hamburg oder die Erb\*innen der Helbig Brennereien sind einige prominente  
77 Beispiele, bei denen sich das blutig geraubte Vermögen der Kolonien bis heute auf den Konten der  
78 Erb\*innen befindet.

79 Der Blick in den Ursprung vererbten Vermögens und in die deutsche Geschichte zeigt, wie wichtig es  
80 ist, dass dieses Vermögen nicht in den Täter\*innenfamilien verbleibt, sondern im besten Fall zurück in  
81 die Gesellschaft überführt wird. Unrechtmäßig erworbenes Vermögen darf nicht durch Vererbung und  
82 Abwälzung der Schuld auf die vorherigen Generationen legitimiert werden.

### 83 **Chancengleichheitsfonds aufsetzen - Chancengleichheit fördern!**

84 Es ist uns zudem ein Herzensanliegen, die Chancenungleichheiten junger Erwachsene abzubauen. Für  
85 diese Chancenungleichheiten ist kein\*e junger Erwachsene\*r verantwortlich, sondern sie in werden  
86 von ihren Eltern weitervererbt. Erbe und Schenkungen sind mitunter die größten finanziellen  
87 Starthilfen, die einem jungen Erwachsenen mit auf den Weg gegeben werden können. Denn eine  
88 Ausbildung oder ein Studium fällt leichter, wenn man sich nicht zuallererst Gedanken darüber machen  
89 muss, ob man sich einen Umzug in eine andere Stadt, die Miete für das WG-Zimmer oder die  
90 Lebensunterhaltungskosten während der Ausbildung leisten kann.

91 Wir treten für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen ein, in der die Chancen nicht von der  
92 Landeslotterie abhängen. Von ihr profitieren nur sehr wenige Menschen. Jede\*r sollte die gleichen  
93 Chancen im Leben haben, unabhängig vom Geldbeutel und Netzwerken der Eltern. Wir wollen das  
94 Vermögen einiger weniger auf die gesamte Gesellschaft umvererben, um jungen Erwachsenen auf der  
95 einen Seite einen finanziellen Boost zum Start ins Leben zu geben und andererseits Ungleichheit  
96 fördernde Strukturen zu bekämpfen. Eine Möglichkeit, sie zu bekämpfen bietet ein Grundvermögen  
97 für junge Menschen, das wir durch ein Gesellschaftserbe gewährleisten wollen. Dieses würde den GINI-  
98 Index in Deutschland um fünf bis sieben Prozent senken. Mit dem Gesellschaftserbe für junge  
99 Menschen wird Handlungsspielraum für junge Menschen gewährleistet und Chancengleichheit  
100 gefördert.

101 Das Gesellschaftserbe wollen wir über ein Chancengleichheitsfonds für junge Menschen finanzieren.  
102 Er soll junge Menschen unterstützen, sich unabhängig der finanziellen Realität ihrer Eltern  
103 bestmöglichst persönlich und beruflich entfalten zu können.

104 Das Ziel des Chancengleichheitsfonds ist zweigliedrig:

- 105 ● Zum Einem sollen aus dem Großteil des Fonds öffentliche Leistungen und Güter finanziert  
106 werden, die im Allgemeinen die Chancengleichheit fördern, wie zum Beispiel Bildungsprojekte,  
107 Austauschprogramme, Ausbildungs- und Studienprogramme. Dazu gehört auch der Aufbau  
108 einer Infrastruktur im städtischen wie im ländlichen Raum, die jungen Erwachsenen zum Start  
109 ihres Studiums oder der Erwerbstätigkeit den Zugang zu ihren Ausbildungsstätten erleichtert.  
110 Dies können z.B. Wohnbauprojekte zur preiswerten, ausbildungsnahen Unterbringung sein.
- 111 ● Zum Anderen soll allen berechtigten jungen Erwachsenen anlässlich ihres 18. Geburtstags ein  
112 Gesellschaftserbe in Höhe von 20.000 Euro ausgezahlt werden. Der Betrag ist nicht  
113 zurückzuzahlen und passt sich der Inflationsentwicklung an. Ein gesonderter Antrag muss nicht  
114 gestellt werden. Eine Bedarfsprüfung findet nicht statt. Zwar werden so einige das  
115 Gesellschaftserbe erhalten, die darauf nicht angewiesen sind. Dies nehmen wir jedoch in Kauf,  
116 wenn dafür im Gegenzug sichergestellt ist, dass niemand vom Erhalt ausgeschlossen wird, nur

117 weil er\*sie nicht die Ressourcen hatte, um einen Antrag auszufüllen oder ähnliche  
118 bürokratische Hürden zu überwinden. Dabei soll das Gemeinschaftserbe nicht zulasten bereits  
119 bestehender Sozialleistungen und Unterstützungssysteme, wie z.B. dem BaFöG, gehen. Diese  
120 bleiben unverändert bestehen. Neoliberalen Streichungsfantasien, die oft mit Vorschlägen für  
121 ein bedingungsloses Grundeinkommen einhergehen, erteilen wir eine klare Absage. Wir  
122 müssen als Gesellschaft begreifen, dass eine Investition in die Bildung und die Startchancen  
123 von jungen Erwachsenen sich langfristig auszahlt und den gesellschaftlichen  
124 Zusammenhalt fördert.

### 125 **Erbschaftssteuer erhöhen - Vermögen gerecht verteilen!**

126 Der Chancengleichheitsfonds soll durch eine progressive Erbschaftssteuer finanziert werden. Die  
127 Erbschaftsteuer belastet den Erbfall, also den Übergang eines Vermögens der verstorbenen Person auf  
128 eine bzw. mehrere Personen (Erb\*innen). Sie ist von den Erb\*innen bzw. der Erb\*innengemeinschaft  
129 zu entrichten. Neben der Erbschaft, müssen auch das Vermögen von Familienstiftungen,  
130 Zweckzuwendungen und Schenkungen unter Lebenden besteuert werden, da andernfalls die  
131 Erbschaftsteuer durch eine Schenkung umgangen werden kann, wenn sie dem Erbfall vorausgeht.

132 Erbschaftsteuerpflichtig ist das inländische sowie das ausländische Nettovermögen, d.h. das Vermögen  
133 abzüglich bestehender Lasten und Verpflichtungen des Erblassers. Das geerbte Vermögen kann sich je  
134 nach Fall unterschiedlich zusammensetzen. Wohingegen bei Erbschaft bzw. Schenkung liquider Mittel  
135 wie Bargeld, Liquidität zur Begleichung der Steuerschuld vergleichsweise einfach aus dem  
136 Vermögenszugang beschafft werden kann, können diese Mittel zur Steuerzahlung bei der Übertragung  
137 von Wirtschaftsgütern, wie zum Beispiel Betriebsvermögen und Immobilien, fehlen. Das  
138 möglicherweise Fehlen liquider Mittel zur Begleichung der Steuerschuld wird seit jeher von vielen  
139 Neoliberalen und Familienunternehmer\*innen als Gefahr für den weiteren Bestand des Betriebes  
140 angeführt und emotional medienwirksam gestreut. Dieses Narrativ spiegelt sich im aktuellen  
141 Erbschaftsteuerrecht wider: Das Erbschaftsteuerrecht räumt unter bestimmten Voraussetzungen  
142 Betriebsvermögen umfangreiche Ausnahmen von der Besteuerung ein. Hier besteht eine ungleiche  
143 Besteuerung von Betriebsvermögen und zum Beispiel liquider Mittel im Erbfall oder bei Schenkung.  
144 Auch das Bundesverfassungsgericht hatte wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz des Artikel 3  
145 Grundgesetz, dem Gesetzgeber bereits mehrfach zu einer weitreichenden Reform der Erbschaftsteuer  
146 aufgefordert, was bis heute in weiten Teilen nicht erfolgte.

147 Um mehr Erbschaftsteueraufkommen zu generieren, werden Ausnahmen für Betriebsvermögen  
148 abgeschafft und schädliche Gestaltungsmöglichkeiten wie zum Beispiel durch die Gründung von  
149 Familienstiftungen steuerlich nicht anerkannt.

150 Der einmalige Freibetrag im Leben beträgt eine Million Euro pro Person. Der Freibetrag wird  
151 regelmäßig an die Inflationsentwicklung angepasst und gilt für alle Verwandtschaftsgrade und auch für  
152 Schenkungen. Er wird um den Betrag gekürzt, den die Person als Gemeinschaftserbe bereits erhalten  
153 hat (z.B. 1.000.000 - 20.000 Euro = 980.000 Euro). Das geerbte Nettovermögen vermindert um den  
154 Freibetrag ist das zu versteuernde Erbvermögen. Das zu versteuernde Erbvermögen unterliegt der  
155 Erbschaftssteuer in Höhe von 100 Prozent. Auf Antrag ist eine Stundung der zu zahlenden  
156 Erbschaftssteuer für bis zu zehn Jahre möglich. Unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel bei  
157 Betriebsvermögen oder später auftretenden finanziellen Schwierigkeiten, wird eine Stundung von bis  
158 zu 20 Jahren gestattet. Die gestundete Steuer ist zu verzinsen.

159 Um eine progressive Erbschaftssteuer durchzusetzen, müssen Vermögen transparent und effektiv  
160 erfasst werden. Zu diesem Zweck wird ein weltweites Vermögensregister eingerichtet, das alle  
161 verfügbaren Quellen des Vermögensbesitzes (z.B. Betriebsvermögen, Firmenanteile, Wertpapiere,  
162 Grundstücke, Yachten usw.) erfasst und verknüpft. Hier sollen die wahren Eigentümer\*innen des  
163 Vermögens erfasst werden. Das Vermögensregister soll auch den Kampf gegen Geldwäsche,  
164 Steuervermeidung und Steuerhinterziehung erleichtern. Es soll auch mehr Transparenz über das  
165 Vermögen schaffen.

#### 166 **Internationale Zusammenarbeit ausbauen!**

167 Noch nie war das Kapital so mobil und global wie heute! Gleichzeitig enden die länderspezifischen  
168 Gesetze und die Verwaltungsbefugnisse der Finanzbehörden an den jeweiligen Landesgrenzen –  
169 kurzum: Ein leichtes Spiel für Vermögende, um Steuern zu vermeiden und tatsächliche  
170 Vermögensverhältnisse zu verschleiern! Es ist an der Zeit, dass auch Steuergesetze und  
171 Finanzverwaltungen transnationaler und globaler und internationale Besteuerungsrechte gerechter  
172 unter den Ländern verteilt werden! Dazu müssen die Steuerverwaltungen enger zusammenarbeiten  
173 und steuerrelevante Informationen austauschen. Die länderspezifischen Steuersysteme müssen  
174 weltweit transparenter, gerechter und umfassender harmonisiert werden, um Steuerdumping auf  
175 Kosten der Allgemeinheit zu beenden, damit die Vermögenden weltweit ihren gerechten Beitrag zur  
176 Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Dies erfordert, dass internationale Steuerfragen auf der  
177 Ebene der Vereinten Nationen diskutiert und entschieden werden und nicht mehr im Club der reichen  
178 Länder wie der OECD, G20 und G7. Sie sind nach den Analysen von Tax Justice Network durch ihre  
179 Steuersysteme auch für 99,4 Prozent aller weltweiten Steuerausfälle verantwortlich.

#### 180 **Wir leben in einer reichen Gesellschaft, lasst uns diesen Reichtum gerecht verteilen – Erben für Alle!**

181 Wir Jusos Berlin fordern deshalb die:

- 182 ● Einführung einer progressiven Erbschaftssteuer mit einem einmaligen Freibetrag in Höhe von  
183 einer Million Euro,
- 184 ● Einrichtung eines deutschlandweiten Vermögensregisters, bei dessen Ausgestaltung auf  
185 Missbrauchssicherheit geachtet werden muss. Eine europa- sowie weltweite Erweiterung  
186 dieses Registers, soll langfristige Perspektive werden,
- 187 ● Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten,
- 188 ● Stärkung der Finanzverwaltung zur effektiven Bekämpfung von Geldwäsche,  
189 Steuervermeidung und -hinterziehung,
- 190 ● Einrichtung eines Chancengleichheitsfonds, das aus den Einnahmen der progressiven  
191 Erbschaftssteuer finanziert wird,
- 192 ● Auszahlung eines jährlich an alle 18-Jährigen auszahlenden Gesellschaftserbes in Höhe von  
193 20.000 Euro aus dem Chancengleichheitsfonds und
- 194 ● Finanzierung von öffentlichen Gütern und Leistungen, die die allgemeine Chancengleichheit  
195 fördern.

**Antragssteller\*innen:** Jusos X-Hain

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Der YES-Kongress möge beschließen:

Der PES-Kongress möge beschließen:

## **W2\_1/22 Kein Geld für umweltschädliche Technologien! Erdgas und Atom gehören nicht in die EU-Taxonomie!**

1 Zur Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels und zur Einhaltung der Paris-Ziele ist eine  
2 erfolgreiche Energiewende in ganz Europa innerhalb von zwei Jahrzehnten unabdingbar. Es handelt  
3 sich dabei um die schnellste Transformation des Energiesektors, die es auf unserem Kontinent je  
4 gegeben hat. Sie kann nur durch ein deutlich erhöhtes Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren  
5 gelingen.

6 Erdgas kann keine Brückentechnologie mehr sein, dafür wurde zu spät gehandelt. Es ist richtig, dass  
7 die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zur Kohleverstromung deutlich geringer sind. Das Ziel der EU-  
8 Kommission ist aber keine bloße Reduktion der Emissionen mehr, sondern eine vollständige  
9 Emissionsfreiheit in ganz Europa bis spätestens 2050. Ein Ausbau von Gaskraftwerken steht diesem  
10 Ziel im Wege.

11 Atomenergie aus Kernspaltung ist ebenfalls nicht nachhaltig. Es stimmt, dass bei der Verstromung  
12 selbst kein CO<sub>2</sub> produziert wird. In dieser simplen Betrachtung werden aber vollständig die  
13 ökologischen Folgen des aufwändigen Baus und des jahrzehntelangen Abbaus eines AKW  
14 unterschlagen. Auch die Folgen von Abbau, Verarbeitung und Transport des radioaktiven Materials  
15 werden ignoriert. Dazu kommt die nach wie vor ungelöste Problematik der Endlagerung des  
16 Atommülls.

17 Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, welche Folgen eine Abhängigkeit von diesen  
18 beiden Energieträgern hat. Durch die Abhängigkeit von russischem Erdgas finanziert Europa jeden  
19 Tag Putins Krieg mit. Die angestrebten Versuche, Erdgas aus anderen autoritären Staaten zu  
20 beziehen, eröffnen nur neue Abhängigkeiten. Auch das Sicherheitsproblem von Atomkraftwerken  
21 wurde durch den russischen Angriff auf das AKW Saporischschja erneut deutlich. Neben direkter  
22 militärischer Bedrohung macht auch die Gefahr von Cyberangriffen Atomkraftwerke zu kritischen  
23 Punkten der Infrastruktur.

24 Die EU-Taxonomie-Verordnung ist eine Klassifikation der Nachhaltigkeit verschiedener  
25 Wirtschaftsformen. Durch sie soll EU-weit einheitlich geregelt werden, welche Aktivitäten als  
26 nachhaltig gelten. Das soll Investor\*innen als Orientierung dienen und Investitionen in die  
27 gewünschte Richtung lenken. Nun sollen laut Plänen der EU-Kommission Erdgas und Atomkraft im

28 Rahmen dieser Taxonomie als nachhaltig eingestuft werden. Das Hauptproblem daran ist, dass  
29 dadurch die dringend benötigten Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren an anderer Stelle  
30 getätigt werden und damit dort fehlen, wo sie gebraucht werden. Ohne diesen massiven Ausbau  
31 wird die Energiewende in Europa und damit auch der Kampf für die Ziele des Pariser Abkommens  
32 scheitern. Gleichzeitig können Unternehmen ihr klimaschädliches Handeln als nachhaltig verkaufen -  
33 offiziell von der EU zertifiziert.

34 Ein Greenwashing umwelt- und klimaschädlicher Technologien ist nicht hinzunehmen. Deshalb fordern  
35 wir die deutsche Bundesregierung und alle sozialdemokratischen Mitglieder des europäischen  
36 Parlaments dazu auf, sich entschieden gegen die Einstufung von Erdgas und Atomkraft als nachhaltig  
37 im Rahmen der EU-Taxonomie einzusetzen. Insbesondere die Unterstützung der deutschen  
38 Bundesregierung zur nachhaltigen Einstufung von Erdgas muss revidiert werden.

## **Initiativanträge (Ini):**

Antrag I1\_1/22

---

**Antragssteller\*innen:** Jusos X-Xain

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **Ini1\_1/22 Keine weitere Planung für den 17.**

### **Bauabschnitt der A100**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und der Bundesregierung sowie die  
2 sozialdemokratischen Mitglieder in den Verkehrsausschüssen von Abgeordnetenhaus und Bundestag  
3 werden aufgefordert, sich gegen die weitere Planung des Bundesverkehrsministers für den 17.  
4 Bauabschnitt der A100 einzusetzen.

5 Dazu gehören:

- 6 ● Zurückziehen der Ausschreibung für die Planung des 17. Bauabschnittes der A100 seitens der  
7 bundeseigenen Autobahn GmbH
- 8 ● Entfernung des 17. Bauabschnitts aus dem Bundesverkehrswegeplan
- 9 ● sinnvolle Nutzung der vorgesehenen Flächen (Beschleunigung der städtebaulichen Planung  
10 für Vorhalteflächen für z.B. Sportangebote, Urban Gardening, Clubkultur oder temporären  
11 Schulstandort)
- 12 ● Entwicklung von Alternativen für die Gestaltung des Autobahnanschlusses am Treptower  
13 Park